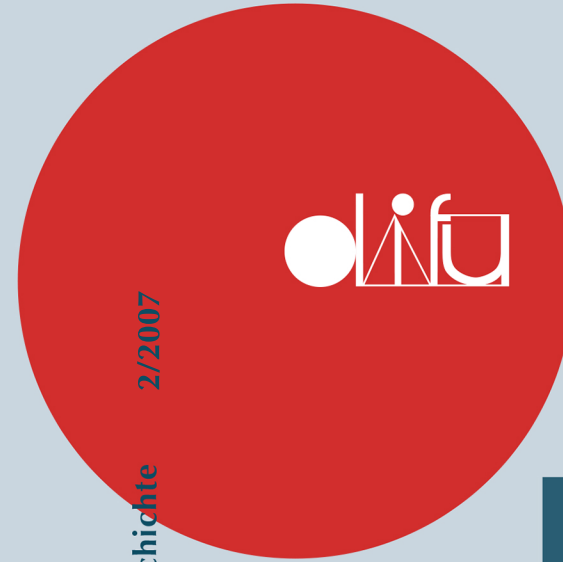




Informationen zur modernen Stadtgeschichte

Themenschwerpunkt

Stadt und Migration



2/2007

2/2007

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

IMS

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2007

2.Halbjahresband

Verlagsort: Berlin

Herausgegeben von

Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Franz-Josef Jakobi, Gerd Kuhn,
Heinz Reif, Jürgen Reulecke, Axel Schildt, Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit

Christian Engeli, Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Wolfgang Hofmann,
Horst Matzerath, Heinz-Jürgen Priamus, Dieter Rebentisch, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Stadt und Migration

Verantwortliche Herausgeber:

Martin Baumeister / Imke Sturm-Martin

LEITARTIKEL

Martin Baumeister / Imke Sturm-Martin

Migration und urbaner Wandel im 20. Jahrhundert 5

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

Thomas M. Bohn

Industrialisierung und Landflucht in der Sowjetunion.
„Eigenmächtige Bautätigkeit“ als Antwort auf die Wohnungsfrage in
Minsk nach dem Zweiten Weltkrieg 10

Martin Baumeister

Die Peripherie als Heterotopie: Massenemigration und
suburbane Elendsquartiere in Rom und Madrid 1950-1975. 22

<i>Lars Amenda</i>	
Chinesenviertel im Hafenviertel. Chinesische Seeleute und Migranten und ihre Bilder in Rotterdam und Hamburg 1920-1970	36
<i>Synnøve Bendixsen</i>	
Making Sense of the City: Religious Spaces of Young Muslim Women in Berlin	51
<i>Imke Sturm-Martin</i>	
Vom „Ghetto“ zur Parallelgesellschaft: Konjunkturen der Wahr- nehmung ethnisierten urbaner Räume in Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg	66
<i>Håkan Forsell</i>	
Between Cultural Clientization and Market Individualism. Integration policies in Stockholm since the 1970s	83

F O R S C H U N G S B E R I C H T

<i>Martin Baumeister / Imke Sturm-Martin</i>	
Stadt und Migration in Europa. Aspekte einer vielschichtigen Beziehung .	98

R E Z E N S I O N

<i>Andreas Fahrmeier</i>	
Rezension zu: Anne J. Kershen, Strangers, Aliens and Asians. Huguenots, Jews and Bangladeshis in Spitalfields 1660-2000.	112

F O R U M

<i>Gerd Kuhn</i>	
Reurbanisierung, Renaissance der Städte und Stadtwohnen	121

A L L G E M E I N E B E R I C H T E

<i>Anna Richter</i>	
„Stadt-Ökonomie – Stadt-Vergnügen – Stadt-Natur“, Nachwuchs- tagung der GSU in Offenbach, 29.-30. Juni 2007 (Tagungsbericht)	131

<i>Sebastian Haumann</i>	
„Society for American City and Regional Planning History – 12th National Conference on Planning History, Portland, Maine, 25.-18. Oktober 2007 (Tagungsbericht)	136
<i>Iris Engemann / Anna Moskal</i>	
„The Nationalization of Cities in the 20 th Century. East Central Europe and Palestine/Israel Compared.“ Berlin, 17.-18.09.2007 (Tagungsbericht)	139
<i>Malte Fuhrmann/Florian Riedler</i>	
Osmanische Stadtforschung am Zentrum Moderner Orient, Berlin (Projectbericht)	142
 MITTEILUNGEN	 145

Migration und urbaner Wandel im 20. Jahrhundert

Stadt und Migration gehören eng zusammen. Wanderbewegungen, ob regional oder über nationale Grenzen hinweg, richten sich oft auf urbane Räume. Städte sind Anziehungspunkte, Durchgangsstationen und Zielpunkte von Migranten. Zuwanderung ist ein Kennzeichen moderner Urbanität. Sie begleitet und bedingt urbanen Wandel, beschleunigt ihn und gibt ihm vielerlei Gesichter. Städte leben und wachsen durch Zuwanderung. Dennoch wird sie häufig nicht als „Normalfall“, sondern als Ausnahme und Bedrohung wahrgenommen. Sie lässt Forderungen nach Regulierung, Kontrolle und Grenzziehungen laut werden und löst Konflikte aus über Integration und Exklusion. Immigranten werden so zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und Maßnahmen. Sie treten jedoch auch als Akteure in Erscheinung. Sie beeinflussen die sozioökonomische Entwicklung von Städten. Sie greifen unmittelbar in den städtischen Raum ein. Ihre Präsenz wird in diesem Raum manifest, führt zu dessen Umwertung und bedingt die Entstehung neuer Quartiere und Stadtlandschaften.

Zuwanderer in der Stadt sind ein Testfall für Politik und Ökonomie, für die räumliche und soziale Konsistenz und Kohärenz einer Stadt, aber auch für ihre Identität und ihr Selbstverständnis. Die Verhältnisse vor Ort sind entscheidend für die Lebenschancen von Zuwanderern. Ihre Sichtbarkeit, die Formen, in denen sie urbanen Räumen ihren Stempel aufzudrücken, sie zu reklamieren und zu nutzen vermögen, verändern die Stadt. Die Art und Weise, in der sie, etwa von seiten der städtischen Eliten, in ihren Bewegungs- und Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden und mit der ihre Anwesenheit thematisiert, gegebenenfalls politisch instrumentalisiert wird, bestimmt aber auch entscheidend das Bild einer Stadt: nach innen gegenüber den eigenen Einwohnern sowie nach außen im Vergleich und Wettbewerb mit anderen urbanen Zentren.

Die europäischen Metropolen haben sich in den letzten Jahrzehnten durch Zuwanderung grundlegend gewandelt. In ihnen wird die Geschichte der innereuropäischen wie internationalen Migrationen manifest, an ihnen lassen sich die unterschiedlichen Konjunkturen und Formen der Wanderungsbewegungen in den Staaten Europas nachvollziehen. Die Beiträge, die dem Themenschwerpunkt dieses Hefts gewidmet sind, beleuchten einige wichtige Aspekte des Spannungsfeldes zwischen urbanem Wandel und Zuwanderung unter verschiedenen Perspektiven und Fragestellungen, ohne freilich die vielfältigen Potenziale im Wechselspiel zwischen Stadtgeschichte und historischer Migrationsforschung auch nur annähernd ausloten zu können. Der zeitliche Schwerpunkt der Artikel liegt auf Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der geographische Bogen ist weit gespannt und reicht vom südlichen über Mittel- bis nach Nordeuropa, von der iberischen Halbinsel über Großbritannien bis nach Osteuropa. Behandelt werden Phänomene der Binnenmigration, Land-Stadt-Wanderungen im Zuge gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozesse, weiterhin die Präsenz ethnischer und religiöser Minderheiten in Städten, ihre Sichtbarkeit, ihre Anpassungs- und Handlungsstrategien und schließlich der politische Umgang mit Migranten auf der städtischen Ebene, insbesondere in seiner Ableitung aus Wahrnehmungsweisen der einheimischen Gesellschaften heraus.

Die ersten beiden Aufsätze beschäftigen sich mit Formen einer neu entstehenden städtischen Peripherie im Kontext beschleunigter Urbanisierung und Industrialisierung in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Obwohl die politischen Rahmenbedingungen der Fallstudien vom Sowjetsystem über die italienische Nachkriegsdemokratie bis hin zur Franco-Diktatur weit divergieren, zeichnen sich hier durchaus ähnliche Probleme und Konfliktlagen ab. Thomas Bohn wirft einen ungewöhnlichen Blick auf die spätstalinistische Gesellschaft. In seiner Studie einer „spontanen“ Siedlung von Zuwanderern aus dem ländlichen Raum am Rand der weißrussischen Kapitale Minsk stellt er eigenmächtiges Bauen im administrativen „Niemandland“ unter den Bedingungen akuten Wohnungs- und Ressourcenmangels als „Normalfall“ in der Sowjetunion der 1950er Jahre dar. Er legt die Widersprüche offen zwischen dem Projekt einer neuen, repräsentativen „sowjetischen Stadt“ im Minsker Zentrum und der Ohnmacht und dem Versagen von Partei und Behörden angesichts des Migrationsdrucks. Die „Eigenmächtigkeit“ der massenhaft zugewanderten Arbeitskräfte, die die Anstrengungen des Wieder- und Neuaufbaus nach dem Krieg sowie der ehrgeizigen Industrialisierungsbemühungen zu tragen hatten, verweist nach Bohn auf die Grenzen der Diktatur. Das Regime muss seine Ansprüche auf die Reglementierung und Neuordnung der Gesellschaft deutlich relativieren und zurücknehmen. Das Leitbild der „sowjetischen

Stadt“ wird neu ausgerichtet auf die Massenproduktion von Wohnraum, während die Siedlungen im „Niemandland“ legalisiert und für eine Übergangszeit als Privateigentum anerkannt werden. Martin Baumeister untersucht die Herausbildung neuer urbaner Peripherien in Rom und in Madrid in den 1950er und 1960er Jahren aus einer kulturgeschichtlichen Perspektive. Wie im Falle von Minsk entsteht eine „andere Stadt“ an den Rändern der italienischen und spanischen Hauptstadt in der Folge einer beschleunigten Urbanisierung und einer umfassenden sozioökonomischen Transformation der beiden Mittelmeerländer, wie in Minsk manifestiert sich der Wandel in Gestalt einer „urbanen Krise“, nicht zuletzt im Phänomen „informeller“ Siedlungen der Migranten aus ländlichen Gebieten. Im Unterschied zum sowjetischen Fall wird der städtische Wandel jedoch sowohl in der italienischen Republik als auch in Franco-Spanien öffentlich verhandelt. In der Analyse von Stadtdiskursen in Literatur und Film, Urbanistik, Sozialwissenschaften und Politik zeigt sich, wie das „Niemandland“ der neuen Peripherien mythisch überformt wird und als exemplarischer Ort der gesamtgesellschaftlichen Umbrüche fungiert.

Zwei Beiträge sind der Präsenz ethnischer und / oder religiöser Minderheiten in europäischen Großstädten im Wechselspiel zwischen dem Verhalten der Migranten und ihrer Wahrnehmung durch die Aufnahmegesellschaft gewidmet. Lars Amenda untersucht die Ansiedlung von Chinesen in den Hafenvierteln Rotterdams und Hamburgs von den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts bis in die Nachkriegszeit. Dabei zeigt er zum einen die Anpassungsleistungen einer hoch mobilen transnationalen Migrantengruppe in beruflichen „Nischen“ sowohl in der lokalen Ökonomie als auch in Dienstleistungen für die eigenen Landsleute. Zum anderen arbeitet er heraus, wie sehr der Umgang der Behörden mit den Einwanderern abhängt von tief sitzenden ambivalenten, zwischen Abwehr und Faszination schwankenden Bildern Chinas und der Chinesen. Wurden diese lange Zeit als billige, anspruchslose Arbeitskräfte nachgefragt, so gelang es ihnen seit den 1950er Jahren, das Image von „Exotik“ im Zeichen der entstehenden Konsumgesellschaft im Gastronomiegewerbe erfolgreich zu vermarkten. Synnøve Bendixsen diskutiert in ihrer sozialanthropologischen Studie junger weiblicher Muslime im Berliner Bezirk Kreuzberg Aspekte der zunehmenden Sichtbarkeit von Migranten in europäischen Städten. Zugleich geht sie der Frage nach, inwiefern das großstädtische Umfeld in der Aufnahmegesellschaft zu einer Pluralisierung muslimischer Gemeinden beizutragen vermag. Bendixsen zeigt am Beispiel der von ihr untersuchten Frauen Tendenzen zur Individualisierung und Privatisierung des Islam und zur Vereinbarkeit mehrerer Identitäten, die durch religiöse Rollen, ethnische Herkunft sowie die Identifikation mit der Stadt und der neuen Gesellschaft entstehen. Die Welt des Islam erscheint somit,

entgegen stereotyper Bilder einer „monolithischen“ Religion, so vielfältig wie die wachsende Zahl der Moscheen in der Großstadt.

Zwei Artikel setzen sich schließlich mit der Verschränkung der Wahrnehmung von Einwanderern und dem politischen Umgang mit ihnen auseinander. Imke Sturm-Martin stellt aktuelle Debatten über „Parallelgesellschaften“ in Großbritannien in längere historische Entwicklungszusammenhänge und zeichnet die Konjunkturen der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Masseneinwanderung im Zuge der Dekolonisierung nach. Dabei zeigt sie, wie unterschiedliche rhetorische Strategien der Verräumlichung von Immigration, vom „Ghetto“ bis zu den „parallel lives“, mit bestimmten gesellschaftlichen Dispositionen und politischen Maßnahmen den Immigranten gegenüber einhergehen. Ungefähr seit Mitte der 1960er Jahre wird in der britischen Einwandererpolitik eine Wende vollzogen, die wegführt von grundsätzlicher Abwehr und Ausgrenzung und zunehmend auf Toleranz und rechtliche Gleichstellung abzielt. Zur gleichen Zeit lässt sich in der Wahrnehmung und Diskussion der Zuwanderung eine Abkehr von der Fixierung auf Phänomene der örtlichen Segregation beobachten. Die Rede von der „Parallelität“, die sich nach der Jahrtausendwende einbürgert, kann so auch als Bezeichnung für die Gleichstellung von Immigranten und Aufnahmegesellschaft, allerdings unter der Voraussetzung der Trennung und Distanz beider Gruppen, verstanden werden. Håkan Forsell, dessen Beitrag man komplementär lesen kann zu Sturm-Martins Fallstudie des postkolonialen Großbritannien, wirft einen Blick auf die Wandlungen in der Integrationspolitik des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats Schweden seit den 1970er Jahren. Am Beispiel Stockholms behandelt er den Um- und Rückbau sozialstaatlicher Interventionspolitik nach marktwirtschaftlichen Prinzipien angesichts des politischen und sozioökonomischen Wandels. Misserfolge in den Versuchen der Integration von Immigranten durch politische Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene und die wachsende Arbeitslosigkeit erschüttern optimistische Erwartungen in die Kraft der Großstadt mit ihren sozialen und ökonomischen Perspektiven als „Integrationsmaschine“ und führen dazu, dass seit den 1990er Jahren weniger Staat und Stadt als vielmehr die Wirtschaft als Motor einer erfolgreichen Positionierung in der Aufnahmegesellschaft gesehen wird.

Andreas Fahrmeir erörtert in seiner eingehenden Besprechung Vorteile sowie Grenzen der Engführung historischer Migrationsforschung im lokalen Raum. Bei dem rezensierten Werk der britischen Historikerin Anne Kershen handelt sich um eine der wenigen aktuellen Studien aus dem Bereich der europäischen Geschichte, die Migrationsgeschichte aus stadtgeschichtlicher Perspektive in einem weit gespannten zeitlichen Rahmen untersuchen. Auch in der Auswahl der einschlägigen deutschen Literatur, die im kurzen Forschungsbericht vorgestellt wird, ist eine Be-

trachtungsweise, die beide Themen miteinander verschränkt, selten zu finden. So sollen die Beiträge des Themenheftes „Stadt und Migration“ auch dazu anregen, diesen Nexus in der historischen Forschung öfter in den Mittelpunkt zu stellen.

Dr. phil. Martin Baumeister, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Ludwig-Maximilians-Universität München, martin.baumeister@lmu.de

Dr. phil. Imke Sturm-Martin, Lehrbeauftragte am Historischen Seminar der Universität zu Köln, sturm-martin@online.de

Industrialisierung und Landflucht in der Sowjetunion. "Eigenmächtige Bautätigkeit" als Antwort auf die Wohnungsfrage in Minsk nach dem Zweiten Weltkrieg

Am 28. August 1955 erschien in der weißrussischen Tageszeitung *Sovetskaja Belorussija* („Sowjetisches Weißrussland“) ein Beitrag mit dem unspektakulären Titel „Novye Šejpici“, zu Deutsch „Neuschejpitšchi“. Interesse musste dieser Artikel dadurch wecken, dass er als sowjetisches „Feuilleton“ deklariert wurde. Es handelte sich um ein zwischen Prosa und Reportage angesiedeltes Genre, das den Beginn des „Taufwitters“ nach Stalins Tod markierte. In einem lyrischen Vorspann schildert der Verfasser die folgende kafkaeske Situation: Ein junges Paar gedenkt, ein Neugeborenes registrieren zu lassen, und trifft auf unerwartete Widerstände. Das Ansinnen hat eine Odyssee zur Folge. Es gibt weder in der Stadt noch auf dem Land eine Behörde, die sich für zuständig erklärt. Die Begründung lautet immer wieder, das Paar stamme aus dem „Niemandland“. Im Folgenden rollt der Autor die Hintergründe dieser ungewöhnlichen Geschichte auf, wobei er geschickt zwischen den Grenzen von Fiktion und Wirklichkeit jongliert. Er erzählt, wie ein Pionier bei einem Sonntagsspaziergang unbekanntes Land entdeckt und dann eine Siedlung gründet, ohne sich um die Regeln der sozialistischen Stadtplanung zu scheren. Getauft wird die Kolonie auf den Namen „Neuschejpitšchi“. Quasi von heute auf morgen aus dem Boden gestampft, zieht sie die Abenteuerlustigen an. Zuvor purer Not ausgesetzt, kommen sie mit großen Hoffnungen. Doch recht bald führen die unsäglichen Lebensbedingungen in der „Neuen Welt“ dazu, dass der Gründervater den Zorn seiner jungen Gemeinde auf sich zieht. Die „Moral von der Geschichte“ kann auf eine einfache Formel gebracht werden: Weil sich die Siedlung Neuschejpitšchi von der Außenwelt abgeschlossen hatte, weil sie eben nicht „sowjetisch“ war, habe sie nicht von den Errungenschaften des Sozialismus profitieren können. Deshalb sei – praktisch gesehen – eine Versorgung ihrer Bewohner mit Dienstleis-

tungen ausgeblieben. Zu diesem Schluss kommt jedenfalls die *Sovetskaja Belorussija*.¹

Retrospektiv können die kritischen Töne auf die Lockerung der Zensur zurückgeführt und als Vorboten der Entstalinisierung gedeutet werden. Zu erinnern ist daran, dass Chruschtschow auf dem Moskauer Baukongress vom Dezember 1954 den aufwändigen „Zuckerbäckerstil“ in der Architektur der Stalinzeit angeprangert hatte und für die Industrialisierung des Bauwesens durch Typenprojekte und Fertigteile eingetreten war.² Versucht man den Artikel aus dem „Geist der Zeit“ heraus zu verstehen, dann kommt man jedoch nicht umhin, gleichermaßen festzustellen, dass der ihm zugrunde liegende kulturelle Code die so genannte „stalinistische Sorge um den Menschen“ war. Gemeint waren damit zwei Aussagen Stalins, die sich auf das Verschwinden der Elendsviertel in der „sozialistischen Stadt“ und auf die Normalisierung der Lebensbedingungen beim Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg bezogen.³ Eingedenk der gerade vollzogenen Wende im Bauwesen vermochte der Feuilletonist der *Sovetskaja Belorussija* jedenfalls, die Schwachstelle in der Politik der lokalen Parteiführer aufzudecken. Diese waren dafür verantwortlich gewesen, dass im Zentrum der weißrussischen Hauptstadt ein Freilichtmuseum des „sozialistischen Realismus“ entstanden war. Als ein Fall von „eigenmächtiger Bautätigkeit“ oder Wildwuchs stellte das an der südöstlichen Stadtgrenze an einer Schleife des Swislotsch-Flusses entstandene Neuschejbitschi ein Übel dar, das dieser Politik zuwiderlief und eigentlich hätte beseitigt werden müssen. Ein chirurgischer Eingriff, eine gewaltsame Lösung, schien sich aber von selbst zu verbieten. So will es zumindest die *Sovetskaja Belorussija* glauben machen: „Neuschejbitschi ‘zu

¹ N. Michonov, *Novyje Šejpici*, in: *Sovetskaja Belorussija* Nr. 204 vom 28.8.1955, S. 2.

² Vgl. *Vsesojuznoe soveščanie stroitelej, architektov i rabotnikov promyšlennosti stroitel'nych materialov, stroitel'nogo i dorožnogo mašinostroenija, proektnych i naučno-issledovatel'skich organizacij*. 30 nojabrja – 7 dekabrja 1954 g. *Sokraščennyj stenografičeskij otčet*, Moskva 1955, S. 162-168. Vgl. eine deutsche Fassung in: *Besser, billiger und schneller bauen*. Sammelband, Berlin 1955, S. 275-280.

³ I. V. Stalin, *26-ja godovščina Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii*. *Doklad Predsedatelja Gosudarstvennogo komiteta Oborony na toržestvennom zasedanii Moskovskogo Soveta deputatov trudaščichsja s partijnymi i obščestvennymi organizacijami g. Moskvy 6 nojabrja 1943 goda*, in: ders., *O Velikoj Otečestvennoj vojne Sovetskogo Sojuza*. *Izd. 5-oe*, Moskva 1950, S. 218. Deutsche Fassung: Josef Stalin, *Der 26. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*. Bericht des Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees in der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen gemeinsam mit den Partei- und gewerkschaftlichen Organisationen der Stadt Moskau, 6. November 1943, in: ders., *Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion*, 3. Ausgabe, Moskau 1946, S. 126; ders., *Otčetnyj doklad XVII s-ezdu partii o rabote CK VKP(b)* [Rechenschaftsbericht an den 17. Parteitag über die Arbeit des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei], in: ders., *Sočinenija*. T. 13. *Ijul' 1930 – janvar' 1934*, Moskva 1951, S. 334/335. Vgl. zum letzten Punkt auch den *Pravda*-Artikel „Privetstvie Moskve [Gruß an Moskau]“ vom 7. September 1947 in ders., *Sočinenija*. T. 16. 1946-1952, Moskva 1997, S. 68 f.

schließen', dafür ist es wohl zu spät", lautet schlicht und einfach das Fazit des Feuilletons.⁴ Wie reagierten die Stadtväter auf die Initiative ihrer regierungsamtlichen Tageszeitung? Welche Maßnahmen ergriffen die Organe von Staat und Partei, um die Missstände in Neuschejbitschi zu beseitigen?

Um diese Fragen zu beantworten, bedarf es zunächst einer Einführung in die spezifischen Bedingungen der weißrussischen Hauptstadt Minsk nach dem Zweiten Weltkrieg und die allgemeinen städtebaulichen Konzepte des Moskauer Kreml. Im Anschluß daran erfolgt der Versuch, die Geschichte von Neuschejbitschi zu rekonstruieren. Darüber hinaus soll das Bild von der „eigenmächtigen Bautätigkeit“ noch mit einem Ausblick auf die Legalisierung provisorischer Hütten in anderen Teilen der weißrussischen Hauptstadt abgerundet werden.

Wiederaufbau und Stadtwachstum in Minsk nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) trat erst nach 1945 im Rahmen des sowjetischen Wiederaufbauprogramms nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Phase der rasanten Industrialisierung und Urbanisierung ein. Dabei wurden alle Ressourcen des Landes auf die Hauptstadt konzentriert. In den Jahren 1947 – 1950 nahmen ein Lastkraftwagenwerk, ein Zweiradwerk und ein Traktorenwerk die Produktion auf. Minsk avancierte damit zu einem Zentrum der sowjetischen Fahrzeugindustrie. Unter diesen Voraussetzungen verdoppelte sich die Einwohnerzahl von einer viertel Million im Jahre 1950 auf eine halbe Million im Jahre 1959. Mit dieser Entwicklung war ein regelrechter Bevölkerungsaustausch verbunden. Einerseits hatte Minsk durch den Holocaust den Charakter eines jüdischen Shtetls, der bis in die zwanziger Jahre hinein lebendig gewesen war, verloren. Andererseits sorgten die Rekrutierung von Arbeitskräften vom Lande und der Zuzug aus der Provinz für die „Verbäuerlichung“ der städtischen Gesellschaft. Das bis Mitte der fünfziger Jahre verfolgte Projekt einer „sozialistischen Stadt“ war von mannigfachen Widersprüchen begleitet. Während das auf der Tabula rasa des Zweiten Weltkrieges entstandene Zentrum eine neoklassizistische Siegerarchitektur erhielt, lag in den Wohngebieten die Infrastruktur brach. Da die Betriebe auf die „Tonnenideologie“ festgelegt waren, d.h. unter Hintanstellung der Qualität Massenproduktion zur Erfüllung staatlicher Planvorgaben betrieben, konnten sie ihren Verpflichtungen im Wohnungsbau nicht nachkommen. Unter diesen Bedingungen war die Masse der Bevölkerung mit einer sozialen Misere konfrontiert, die an die Zustände der von Marx und Engels beschriebenen „kapitalistischen Stadt“ erinnert. 1960 wurden rund 80.000 Personen registriert, die über keinerlei Wohnraum verfügten, sowie

⁴ Michonov, *Novye Šepici*, S. 2.

42.000 Personen, denen weniger als 4 m² Wohnfläche zur Verfügung stand.⁵ Aufgrund der Wohnungsnot gerieten die ländlichen Zuwanderer mitunter in eine Situation, in der sie ihr Glück im wahrsten Sinne des Wortes selbst in die Hand nehmen mussten. „Eigenmächtige Bautätigkeit“, die illegale Errichtung von Wohnhäusern, war ein Phänomen, das in den vierziger Jahren die innerstädtischen Brachflächen und in den fünfziger Jahren den Stadtrand betraf. Es ist darauf zurückzuführen, dass der individuelle Wohnungsbau innerhalb der Stadtgrenzen staatlicherseits bis 1963 nicht nur zugelassen, sondern auch gefördert wurde. Allerdings kam der Bau von privaten Holzhäusern in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur schleppend voran, weil sich einerseits die Verabschiedung des Generalbebauungsplans verzögerte und es andererseits an Material mangelte. Unter diesen Umständen entstanden in Planzonen für hochgeschossige Wohnbauten in Eigenregie ganze Siedlungen minderer Bauqualität. Nachdem der Ministerrat der BSSR vom Bauministerium der UdSSR aus ökonomischen Gründen am 28. Oktober 1950 angewiesen wurde, die Vergrößerung des Stadtgebiets von Minsk zu überdenken und stattdessen eine höhere Einwohnerzahl auf engerem Raum in mehrstöckigen Häusern unterzubringen⁶, geriet die Peripherie zunehmend außer Kontrolle. Gegenmaßnahmen leitete das Exekutivkomitee des Stadtrats erst am 6. September 1951 ein. Diese Maßnahmen beschränkten sich jedoch im Wesentlichen darauf, die Verantwortung an die Stadtteil-Räte zu delegieren. Letztere sollten im Verein mit dem Stadtarchitekten und der Miliz für Ordnung sorgen und dabei den Abriss illegal errichteter Häuser in Betracht ziehen.⁷ Ob in Einzelfällen zu rabiaten Mitteln gegriffen wurde, ist angesichts des allgemeinen Chaos beim Wiederaufbau der Stadt jedoch zu bezweifeln. In den Akten des Stadtarchivs ließ sich jedenfalls kein diesbezüglicher Fall eruieren.

⁵ Vgl. Thomas M. Bohn, Das „neue“ Minsk – Aufbau einer sozialistischen Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dietrich Beyrau/Rainer Lindner (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Weißrußlands, Göttingen 2001, S. 319-333; ders., Das „Phänomen Minsk“. Sozialistische Stadtplanung in Theorie und Praxis, in: Bruno Fritsche/Hans-Jörg Gilomen/Martina Stercken (Hrsg.), Städteplanung – Planungsstädte, Zürich 2006, S. 141-155; ders., Das „Phänomen Minsk“. Stadtwachstum und Wohnungsnot in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Axel Schildt/Dirk Schubert (Hrsg.), Wachsende und schrumpfende Städte – Geschichte – Gegenwart – Zukunft, Dortmund (in Vorbereitung).

⁶ Central'nyj gosudarstvennyj archiv naucno-techniceskoj dokumentacii [Zentrales Staatsarchiv für wissenschaftlich-technische Dokumentation, Minsk; zitiert als: CGANTD], f. 3, op. 4, d. 529, ll. 2-3.

⁷ Gosudarstvennyj archiv Minskoj oblasti [Staatsarchiv für das Minsker Gebiet, Minsk; zitiert als: GAMO], f. 6, op. 4, d. 346, ll. 114/115.

Die Regulierung des Stadtwachstums in der Sowjetunion

Augenfällig wurde der Wildwuchs von Siedlungen am Stadtrand aber erst, nachdem Chruschtschow im Februar 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU nicht nur die Überwindung des stalinistischen Personenkults proklamiert, sondern auch die Begrenzung des Wachstums von Großstädten durch die Unterbindung der Arbeitskräfterekrutierung aus der Provinz eingefordert hatte.⁸ Zur Regulierung der Binnenwanderung standen der politischen Führung in der Sowjetunion zwei Mechanismen zur Verfügung: die Anwendung eines Meldesystems und die Dezentralisierung der Industriestandorte. Bezüglich des ersten Punktes ist darauf zu verweisen, dass die Einführung der Inlandspässe in den Städten und Grenzgebieten der Sowjetunion zur Jahreswende 1932/33 unmittelbar mit der Verfolgung sogenannter „Kulaken“, d.h. Groß- und Mittelbauern, in Zusammenhang stand. Mit der Eintragung eines Meldestempels in den Inlandspass wurde seit 1933 sowohl eine umfassende Registrierung der Bevölkerung als auch ihre Bindung an den Wohnort angestrebt. In der Praxis wurde dadurch die Landflucht eingeschränkt, aber nicht verhindert. Als Instrument zur Begrenzung des Stadtwachstums konnte das sogenannte Passregime aber erst nach Stalins Tod fungieren. Durch die Verordnung vom 21. Oktober 1953 wurde die Aufenthaltserlaubnis in Großstädten für Neusiedler an den Nachweis einer der sanitären Norm entsprechenden Wohnfläche gebunden. Letztere betrug pro Kopf in Wohnhäusern 9 m², in Studenten-Wohnheimen 6 m² und in Arbeiter-Wohnheimen 4,5 m².⁹ Im Hinblick auf den zweiten Punkt, die Dezentralisierung der Industriestandorte, ist festzuhalten, dass nach der Proklamierung der forcierten Industrialisierung staatlicherseits seit 1932 in bestimmten

⁸ XX s-ezd Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. 14-25 fevralja 1956 goda. Stenografičeskij očet. T. I, Moskva 1956, S. 9-120, besonders S. 79. Deutsche Fassung: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Referat des Genossen N. S. Chruschtschow, dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, gehalten am 14. Februar 1956, Berlin 1956, S. 101.

⁹ Vgl. Merwyn Matthews, *The Passport Society. Controlling Movement in Russia and the USSR*, Boulder, Col./San Francisco, Cal./Oxford 1993; Gijss Kessler, *The Passport System and State Control over Population Flows in the Soviet Union, 1932-1940*, in: *Cahiers du Monde russe* 42 (2001), S. 477-504. Angesichts der Tatsache, dass der Küchen, Badezimmer und Flure nicht einbeziehende individuelle Wohnraum pro Person in den 1950er Jahren durchschnittlich vier bis fünf m² betrug und der sanitären Norm von neun m² pro Kopf im Unionsdurchschnitt erst Ende der achtziger Jahre entsprochen wurde, konnte räumliche Großzügigkeit im westlichen Sinne folglich nicht zum Tragen kommen. Vgl. *Social'noe razvítie SSSR. Statističeskij sbornik* [Die soziale Entwicklung der UdSSR. Statistische Sammlung], Moskva 1990, S. 210. In Minsk vergrößerte sich der Pro-Kopf-Anteil an der allgemeinen Wohnfläche, die sich im Unterschied zur bei der sanitären Norm zugrundegelegten individuellen Wohnfläche auch auf Küchen, Flure und Badezimmer erstreckte, von 1950 bis 1965 offiziellen Angaben zufolge lediglich von 5,8 auf 9,6 m². *Narodnoe chozjajstvo goroda Minsk v 1978 g.* [Die Volkswirtschaft der Stadt Minsk im Jahre 1978], Minsk 1979, S. 152.

Großstädten sukzessive die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Fabriken und Betriebe untersagt wurde. Als der sowjetischen Bevölkerung unter Chruschtschow das 1940 entzogene Kündigungsrecht erneut zugestanden und die Möglichkeit der freien Arbeitsplatzwahl wieder eingeräumt wurde, mussten weitergehende Maßnahmen zur rationellen Verteilung der Arbeitskräfte getroffen werden, um der Anziehungskraft der Ballungszentren zu begegnen. Folglich wurden im Zuge des 20. Parteitages 1956 quasi alle Städte mit über 200.000 Einwohnern der Verpflichtung unterworfen, ihre Produktionspalette in Grenzen zu halten.¹⁰ Aus der Kombination beider Faktoren – der Einführung des Passregimes und der Aufrechterhaltung des industriellen Status quo zur Abschwächung der Anziehungskraft der Ballungszentren – resultierte ein System der „geschlossenen Städte“.¹¹ Die dringend anstehende Lösung der Wohnungsfrage in der Sowjetunion wurde infolgedessen mit dem Wohnungsbauprogramm vom 31. Juli 1957 proklamiert.¹² Damit verschob sich das Herz der „sozialistischen Stadt“ vom Zentrum auf die Peripherie, von der Herrschaftsrepräsentation auf die „Mikrorayon“ genannten Wohnsilos.

Wirksam wurden die neuen Richtlinien in der weißrussischen Hauptstadt aber erst in den sechziger Jahren. Als sich das Exekutivkomitee des Minsker Stadtrats am 12. April 1956 mit der Funktion des Meldesystems in der Hauptstadt auseinandersetzte, fiel auf, welch' moderate Töne die mit den Gegebenheiten vor Ort vertrauten und von der Wohnungsmisere ebenfalls betroffenen Vertreter der Miliz im April 1956 im Minsker Stadtrat anstimmten. Schließlich einigte man sich bei

¹⁰ Vgl. Bernd Knabe, *Bevölkerungsentwicklung und Binnenwanderung in der UdSSR 1967-1974*. Dargestellt an ausgewählten Territorien und unter Berücksichtigung interregionaler Migrationen, Berlin 1978; Peter J. Grandstaff, *Interregional Migration in the U.S.S.R. Economic Aspects, 1959-1970*, Durham, N. C. 1980; Cynthia Buckley, *The Myth of Managed Migration: Migration and Market in the Soviet Period*, in: *Slavic Review* 54 (1995), S. 896-916.

¹¹ Vgl. B. S. Chorev, *Problemy gorodov. (Urbanizacija i edinaja sistema rasselenija v SSSR) [Probleme von Städten (Die Urbanisierung und das einheitliche Siedlungssystem in der UdSSR)]*, Izd. 2-oe, dop. i pererab. Moskva 1975, S. 78-87; Victor Zaslavsky, *Closed Cities and the Organized Consensus*; in: ders. (Hrsg.), *The Neo-Stalinist State. Class, Ethnicity, and Consensus in Soviet Society. With a New Introduction*. Armonk, N.Y. 1994, S. 130-164; Thomas M. Bohn, *Das sowjetische System der „geschlossenen Städte“*. Meldewesen und Wohnungsmangel als Indikatoren sozialer Ungleichheit, in: Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Die Europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion*, Köln, Weimar und Wien 2006, S. 373-385.

¹² *Kommunisti českej partija Sovetskogo Sojuza v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK (1898-1986) [Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Entscheidungen von Sitzungen, Konferenzen und Plenen des Zentralkomitees (1898-1986)]*. Izd. 9-oe, dop. i ispravl. T. 9-yj. 1956-1960, Moskva 1986, S. 193-208. Vgl. auch eine Kurzfassung in deutscher Übersetzung bei Albrecht Martiny, *Bauen und Wohnen in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg*. Bauarbeiterschaft, Architektur und Wohnverhältnisse im sozialen Wandel, Berlin 1983, S. 193-200.

Fällen von eigenmächtiger Bautätigkeit auf den Kompromiss, bereits bestehende Siedlungen nicht anzutasten, in Zukunft aber jeglichen sich am Stadtrand entwickelnden baulichen Wildwuchs im Keim zu ersticken.¹³ Für die Hilflosigkeit des Stadtrats spricht die Tatsache, dass die Verabschiedung diesbezüglicher Richtlinien bis zum 11. Oktober 1956 vertagt wurde, obgleich durchaus registriert wurde, dass Migranten ihre Häuser im Dorf abbauten und in der Stadt kurzerhand wieder errichteten. Eingedenk dessen, dass die eigenmächtige Bautätigkeit „Massencharakter“ angenommen habe, wurde der Status quo sanktioniert, und Gegenmaßnahmen wurden nunmehr im präventiven Bereich angestrebt. Immerhin hatten die Betriebe ein Interesse daran, aus einem Heer von Arbeitskräften schöpfen zu können.¹⁴

Die Entwicklung der illegalen Siedlung Neuschejbitschi am Stadtrand von Minsk

Vor diesem Hintergrund der soeben beschriebenen Maßnahmen werden die Reaktionen der Stadtväter und die Maßnahmen von Partei- und Staatsführung auf Phänomene wie Neuschejbitschi begreifbar. Obgleich oder gerade weil die Gesellschaft nach dem Muster eines militärischen Kommandosystems durchorganisiert war, fand sich kein Verantwortlicher. Herrschaft spielte sich nur innerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches ab. „Niemandland“ war dabei nicht vorgesehen. Daher wurde die Lösung des Problems trotz der eingangs geschilderten Initiative der Tageszeitung *Sovetskaja Belorussija* vom 28. August 1955 vertagt. Erst am 4. Januar 1956 kam der Stein ins Rollen, als der Rat des Minsker Landkreises beantragte, Neuschejbitschi in die Verwaltungshoheit der Stadt Minsk zu überführen.¹⁵ Es schloss sich eine umständliche Untersuchung an, im Zuge derer von Juli 1956 bis Januar 1957 nicht nur die Milizverwaltung, sondern auch das Finanzministerium und das Kriegsministerium Stellungnahmen abgaben.¹⁶ Wie beim sowjetischen Ämterfilz nicht anders zu erwarten, widersprechen sich die Gutachten in einzelnen Punkten. Doch lässt sich die Geschichte von Neuschejbitschi in groben Zügen wie folgt rekonstruieren.

Im Oktober 1947 überließ die nach dem weißrussischen Parteivorsitzenden benannte Kolchosa „Ponomarenko“ dem Innenministerium 25,5 ha Land, das unmittelbar an die Stadt Minsk angrenzte. Hier wurde eine Lagerabteilung für deutsche Kriegsgefangene errichtet, deren Aufgabe es war, Kies und Sand zu gewinnen.

¹³ GAMO, f. 6, op. 4, d. 582, l. 22-43.

¹⁴ GAMO, f. 6, op. 4, d. 597, ll. 23-25.

¹⁵ Nacional'nyj archiv Respubliki Belarus' [Nationalarchiv der Republik Belarus, Minsk; zitiert als: NARB], f. 7, op. 4, d. 725, ll. 60-61.

¹⁶ NARB, f. 7, op. 4, d. 725, ll. 52-55, 59, 62-63.

Folglich führte der Minsker Landkreis besagtes Grundstück seit 1948 nicht mehr in seinem Kataster. Eine mehr als zweijährige Existenz war dem Lager aber nicht beschieden. Bis Ende 1949 wurden alle in Weißrussland befindlichen Kriegsgefangenen repatriiert oder als Kriegsverbrecher in die östlichen Teile der Sowjetunion abgeschoben.¹⁷ Dennoch scheint eine offizielle Auflösung des Lagers ausgeblieben zu sein. Die Vermutung liegt nahe, dass zunächst die Wachmannschaften die verbliebenen Baracken übernahmen. Im Frühjahr 1950 begann dann der illegale Bau von Holzhäusern auf dem Territorium des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers. Von nun an traten die „Immobilienhändler“ auf den Plan. Sie versorgten die in der Stadt zu kurz Gekommenen mit privatem Wohnraum. Auf diese Weise formierte sich eine Siedlung, die nach dem 200 bis 300 m entfernten Dorf Schejbitschi benannt wurde. Bis Anfang 1957 wurden in „Neuschejbitschi“ etwa 200 Häuser errichtet, in denen rund 1.500 Menschen lebten. Zum Großteil handelte es sich um Arbeiter und Angestellte des benachbarten Fahrradwerkes. In den Akten wird daneben auch immer wieder auf Personen hingewiesen, die „nirgends“ arbeiteten. Nennen wir sie Kapitalisten. Sie hatten sich Zugang zu Baumaterialien zu verschaffen gewusst und lebten dann von der Rendite ihrer Häuser. Schließlich hatten in Neuschejbitschi noch 60 Milizionäre mit ihren Familien ein Unterkommen gefunden.¹⁸ Es handelte sich um die Personengruppe, die der Siedlung durch ihren Status und ihre ordnungsgemäße Meldung im Minsker Landkreis einen Hauch von Legalität vermittelte. Alles in allem war die Gemeinde gut organisiert. Ihre findigen Bürger zweigten vom städtischen Netz Strom ab, richteten Radio-Stationen ein und vergaben Hausnummern.

Dennoch war jedem klar, dass es sich hier um einen rechtsfreien oder gar herrschaftsfreien Raum handelte. In administrativer Hinsicht war die Siedlung, so hieß es auf amtsrussisch, „niemandem unterstellt“ und die Bewohner waren „niemandem zugeordnet oder verpflichtet“.¹⁹ Weil sich weder der Rat des Minsker Landkreises noch der Rat im Stalin-Viertel der Stadt Minsk für zuständig erklärte, waren die Bewohner von Neuschejbitschi bei keinem Einwohnermeldeamt einge-

¹⁷ Vgl. A. V. Šarkov, Voennoplennye i internirovannye na territorii Belarusi. Rol' organov vnutrennich del v ich soderžanii i trudovom ispol'zovanii (1944-1951 gg.). Monografija, Minsk 1997. Deutsche Übersetzung: Anatolij Wasiljewitsch Scharchow, Kriegsgefangene und Zwangsdeputierte in Belarus (1944-1951), Dortmund 2000. Vgl. auch ders., Archipelag GUPVI na territorii Belarusi. 1944-1951 gg. [Der Archipel der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene auf dem Territorium Weißrußlands], Minsk 2003.

¹⁸ Am 17. März 1948 hatte der Leiter der Minsker Milizverwaltung den Sekretär des Stadtkomitees der KP (b)B und den Vorsitzenden des Sowjetexekutivkomitees darauf hingewiesen, dass seine 1.300 Mitarbeiter unter akuter Wohnungsnot litten. 400 Milizionäre hätten wegen ihrer Familie außerhalb der Stadt untergebracht werden müssen. GAMO, f. 69, op. 1, d. 251, l. 49.

¹⁹ NARB, f. 7, op. 4, d. 725, l. 62.

schrieben. Männer im wehrpflichtigen Alter waren bei keiner Militärbehörde registriert, und es gab kein Finanzamt, an das Steuern oder Abgaben gezahlt werden mussten. Unter Verweis darauf, dass der Wildwuchs primitiver Holzhaussiedlungen in Minsk den Generalbebauungsplan in Frage stelle und infrastrukturelle Defizite für die Bevölkerung mit sich bringe, empfahl die Verwaltung für Kommunalwirtschaft dem Ministerrat der BSSR am 28. Dezember 1958 daher, die Strafe für illegale Landnutzung von 130 auf 3.000 Rubel (d. h. auf die Summe von drei durchschnittlichen Monatsgehältern) zu erhöhen oder die Verurteilung zu einer einjährigen Besserungsarbeit in Betracht zu ziehen.²⁰ Dass eine Verschärfung der Kontrollen angesichts des Bevölkerungsdrucks, der durch die Landflucht entstanden war, nicht hatte fruchten können, lag indes auf der Hand. Obgleich die vorgesehene Geldstrafe am 1. September 1959 Gesetzeskraft erlangte²¹, erschloss sich erst dann eine Lösung zur Eindämmung der „eigenmächtigen Bautätigkeit“, als die Moskauer Führung am 23. und 24. August 1955 mehrere Verordnungen erließ. Mit diesen wurde zum einen die Verantwortung für die Stadtplanung an die Unionsrepubliken abgegeben und zum anderen die Anwendung industrieller Methoden im Bauwesen vorgeschrieben.²² Dadurch wurde die weißrussische Staats- und Parteiführung von den Moskauer Auflagen vom 28. Oktober 1950 befreit. Sie brauchte sich nicht mehr an die Weisung zu halten, die Fläche der Stadt Minsk im Interesse einer kompakten Bebauung gering zu halten.²³ Infolgedessen wurde im Zusammenhang mit der Revision des Generalbebauungsplans eine Erweiterung der Stadtgrenze anvisiert. Mit der Eingemeindung von Neuschejpitshi und achtzehn weiteren Siedlungen in die weißrussische Hauptstadt am 8. August 1959 war zugleich eine Legalisierung der eigenmächtigen Bautätigkeit verbunden.²⁴ Auf diese Weise wurde die letzte „Freie Stadt“ in Weißrussland auch in rechtlicher Hinsicht „sowjetisch“. Der eingangs zitierte Beitrag im Feuilleton vom 28. August 1955 erschien somit beinahe zeitgleich zu den Beschlüssen der Moskauer Führung.

²⁰ NARB, f. 7, op. 4, d. 2241, ll. 376-380.

²¹ Žiliščnoe zakonodatel'stvo [Das Wohnungsgesetz], Minsk 1961, S. 225-228.

²² Vgl. Postanovlenija CK KPSS i Soveta Ministrov SSSR po voprosam stroitel'stva ot 23, 24 avgusta i 4 nojabrja 1955 g. [Verordnungen des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR zu Baufragen vom 23. und 24. August sowie vom 5. November 1955], Moskva 1956, S. 3-22, 160-162.

²³ CGANTD, f. 3, op. 4, d. 529, ll. 2-3.

²⁴ Sbornik zakonov Belorusskoj SSR i ukazov Prezidiuma Verhovnogo Soveta Belorusskoj SSR. 1938-1973 gg. [Sammlung von Gesetzen der BSSR und Verordnungen des Präsidiums des Obersten Sowjets der BSSR 1939-1973], T. I. Minsk 1974, S. 378.

Die Legalisierung provisorischer Hütten in anderen Minsker Stadtteilen

Über die Vergünstigungen, die einigen Bewohnern von illegalen oder halblegalen Stadtrandsiedlungen durch die 1959 vollzogene Eingemeindung zuteil wurden, informiert ein Bericht der Milizverwaltung vom Mai 1961. Durch die Erweiterung der Stadtgrenzen seien dem Stalin-Viertel zehn Siedlungen mit 600 „provisorischen“ Hütten zugeschlagen worden. Gemäß einer Verfügung des Minsker Stadtrats und des Stadtkomitees der Kommunistischen Partei sowie eines Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der BSSR vom 18. Juni 1958 seien im Zuge der Stadtsanierung 150 Hütten abgerissen worden. Als Entschädigung hätten die Besitzer Wohnungen oder Grundstücke für den individuellen Wohnungsbau erhalten. In 64 Fällen hätten die betroffenen Personen ihre für den Abriss vorgesehene Hütte weiterverkauft.²⁵ Wie erfinderisch die Migranten sein konnten, wenn es darum ging, eine Aufenthaltsgenehmigung zu ergattern, zeigt das Verhalten der 86 Familien, die sich seit 1955 in 78 provisorischen Hütten in der Siedlung Dražnja niedergelassen hatten. Nachdem das Exekutivkomitee des Minsker Stadtrats das Gelände, auf dem sich die Hütten befanden, am 30. Juni 1960 dem Minsker Motorenwerk als Bauplatz zugewiesen und im Gegenzug eine Entschädigung der Bewohner angeordnet hatte, ereignete sich – so ist einem Bericht des Betriebsdirektors vom 24. Mai 1961 zu entnehmen – ein wahrer Schildbürgerstreich. Einerseits hätten die Hüttenbesitzer sofort Personen ohne Meldebescheinigung bei sich aufgenommen, um diese in den Genuss einer Aufenthaltsberechtigung zu bringen. Um ihre Interessen gegenüber dem Motorenwerk vertreten zu können, hätten sie kurzerhand neue Türen in ihre Hütten eingebaut und ihnen damit den Anschein gegeben, Heimstätten mehrerer Familien zu sein. Andererseits hätten die Betroffenen ihr Anrecht auf eine Neubauwohnung zu unterstreichen gesucht, indem kurz entschlossene Heiraten im Interesse einer Multiplizierung der zu versorgenden Haushalte anberaumt worden seien. Darüber hinaus wurde moniert, dass es unter den Hausbesitzern Leute gebe, die keiner geregelten Arbeit nachgingen, sondern sich als Makler verdingten.²⁶ Eine Lösung des Problems der provisorischen Hütten zeichnete sich am 12. Mai und 20. Juli 1961 dadurch ab, dass das Exekutivkomitee des Minsker Stadtsowjets anordnete, die verbliebenen 162 Liegenschaften als Privateigentum registrieren zu lassen.²⁷ Damit wurde der Status quo anerkannt. Nachdem der Bau von Privathäusern innerhalb der Stadtgrenzen in den Jahren 1962 und 1963 untersagt respektive durch

²⁵ GAMO, f. 6, op. 3, d. 223, ll. 311-313.

²⁶ Ebd., ll. 300-303.

²⁷ Es handelte sich um Häuser, die zum überwiegenden Teil in der Nachkriegszeit gebaut worden waren. GAMO, f. 6, op. 3, d. 137, ll. 16-19; d. 142, ll. 18-24.

den kooperativen Wohnungsbau von Mietshäusern ersetzt worden war, stellte sich das Thema „eigenmächtiger Bau“ nicht mehr.²⁸

Zusammenfassung

Wenn es in den dreißiger Jahren in Magnitogorsk – um Steven Kotkin zu zitieren – „Stalinism as a Civilization“ gegeben hat²⁹, dann entstand nach dem Zweiten Weltkrieg in Neuschejptschi und andernorts am Lebensabend des „großen Führers“ eine von ‚Pilgervätern‘ begründete Gegenkultur. Es handelte sich um die Welt der Privatunternehmer und der desertierten Bauern. Sie entschieden sich für ein Leben am Rande der Legalität und konnten ihren *way of life* verwirklichen, weil sie dafür einen rechtsfreien Raum fanden. Staats- und Parteiführung in Minsk standen dem Prozess der „Verbäuerlichung“ der Stadt hilflos gegenüber. Folglich wurde das Prinzip „Stadtluft macht frei“ sanktioniert. Tatsächlich war der Fall „Neuschejptschi“ keine Ausnahme, sondern Normalität.³⁰ Er symbolisiert die Geburtswehen einer „sozialistischen Stadt“ in der Phase zwischen Rekonstruktion und Bevölkerungsboom. Erfolgte in der Hochphase des Stalinismus eine Umwandlung der Klassen in eine amorphe Masse oder eine Atomisierung der Gesellschaft, so zeigte die weißrussische Variante des Spätstalinismus die Unfähigkeit des Apparates, dem aus dem Stadt-Land-Gegensatz resultierenden Migrationsdruck standzuhalten. Von „Speaking Bolshevik“ oder enthusiastischem Aufbau des Sozialismus kann für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg daher nicht mehr die Rede sein.³¹ „Normalisierung der Lebensbedingungen“ hieß das Zauberwort des späten Stalinismus. Konsolidierung neuer sozialer Hierarchien und „Rückzug ins Private“ waren die praktischen Folgen von Chruschtschows Wohnungsbauprogramm.

Wie der Volksmund heutzutage zu berichten weiß, ließen sich in den sechziger Jahren in Neuschejptschi vor allem Zigeuner nieder. Und es soll genau diese Bevölkerungsgruppe gewesen sein, die bei der Sanierung des Viertels Anfang der 1970er Jahre als erste in den Genuss einer begehrten Einfamilienwohnung im

²⁸ Vgl. die Verordnung des Zentralkomitees der KPb und des Ministerrats der BSSR vom 17. Juli 1962 sowie die Resolution des Exekutivkomitees des Minsker Stadtrats vom 29. Juni 1963. *Žiliščnoe zakonodatel'stvo* [Das Wohnungsgesetz], Minsk 1968, S. 91-94; GAMO, f. 6, op. 3, d. 256, l. 282.

²⁹ Vgl. Steven Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley, Los Angeles und London 1995.

³⁰ Zu den Grenzen der Diktatur nach dem Zweiten Weltkrieg finden sich weitere empirische Befunde in den Sammelbänden von Juliane Fürst (Hrsg.), *Late Stalinist Russia. Society between Reconstruction and Reinvention*, London 2006; Polly Jones (Hrsg.), *The Dilemmas of De-Stalinization. Negotiating Cultural and Social Change in the Khrushchev Era*, London/New York 2006 (Reprint 2007).

³¹ Ebd., S. 198-237.

Neubauviertel Serebrjanka gekommen sei. Reste des Dorfes Šejpiči an der südwestlichen Seite des Swislotsch-Flussarmes haben sich bis heute erhalten. Es befindet sich inmitten der Millionenstadt Minsk und ist vom Zentrum in einem dreißigminütigen Fußmarsch zu erreichen.

**Dr.phil. Thomas M. Bohn, Professor für Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
Thomas.Bohn@lrz.uni-muenchen.de**

Die Peripherie als Heterotopie: Massenmigration und suburbane Elendsquartiere in Rom und Madrid 1950 – 1975

Spanien und Italien haben sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten von „klassischen“ Auswanderungs- in Einwanderungsstaaten verwandelt. Diese Aussage gehört gegenwärtig fast schon zu den Topoi politischer und wissenschaftlicher Diskussionen. Das Thema der massenhaften Zuwanderung in den beiden Mittelmeeranrainerstaaten sorgt in den europäischen Medien, nicht zuletzt durch Bilder und Berichte über Boote mit illegalen Immigranten vor den Küsten Tarifas und Lampedusas oder über den Hochsicherheitszaun um die spanische Exklave Ceuta, für Aufsehen. Zugleich stellen Migrationsforscher die aktuelle Zuwanderung immer häufiger in den Kontext der langen Geschichte der Emigrationen aus Italien und Spanien, auch wenn es sich dabei in der Regel eher um eine „phänomenologische“ als um eine argumentative Verknüpfung handelt.¹ Doch nicht nur die transnationale Emigration gehört zur Erfahrung von Millionen von Spaniern und Italienern der jüngsten Vergangenheit. Die Abwanderung ins Ausland lief parallel und war z. T. verknüpft mit der Wanderung großer Bevölkerungsströme vom Land in die Städte. Selten jedoch wird der Zusammenhang zwischen diesen massiven demographischen Verschiebungen und der Massenimmigration der letzten Jahre hergestellt. Meist ist man in den öffentlichen Debatten ängstlich darauf bedacht, Binnenwanderung und Migration über staatliche Grenzen hinweg streng voneinander zu trennen. So muss es als besondere Provokation gelten, wenn der italienische Schriftsteller und Journalist Vittorio Messori als Reaktion auf erregte Auseinandersetzungen über den Zusammenhang von Immigration und Kriminali-

¹ Vgl. zu Italien z. B. Asher Colombo / Giuseppe Sciortino, *Gli immigrati in Italia*, Bologna 2004, die besonders auf die europäische Dimension in der Verschiebung der Migrationsströme verweisen, oder Enrico Pugliese, *L'Italia tra migrazioni internazionali e migrazione interne*, Bologna, 2., aktual. Aufl. 2006; zu Spanien u. a. Fundación Largo Caballero (Hrsg.), *De la España que emigra a la España que acoge*, Madrid 2006, dort v. a. die Einleitung von Alicia Alted, *España, de país emigrante a país de inmigración*, S. 30-57 sowie der Überblick von Axel Kreienbrink, *Migration über Jahrhunderte – Auswanderung und Einwanderung in Spanien*, in: Thomas Fischer / Daniel Gossel (Hrsg.), *Transnationale Migration: Prozesse, Akteure, Konzepte*, München 2007 (im Erscheinen).

tät die Behauptung aufstellt, der Zuzug von Südtalienern nach Turin in den 1950er Jahren hätte damals bei der ortsansässigen Bevölkerung mehr Probleme aufgeworfen als die Präsenz von Nordafrikanern in italienischen Städten der Gegenwart.²

Urbane Krise als Repräsentationskrise

In der Tat lösten die gewaltigen Bevölkerungsverlagerungen im Italien und Spanien der Nachkriegszeit, die Millionen Italiener und Spanier aus einer scheinbar archaischen agrarischen in eine urbane, meist großstädtische Welt führten, intensive Debatten aus. Die Land-Stadt-Wanderungen hatten bereits im 19. Jahrhundert eingesetzt und erreichten in den beiden südeuropäischen Ländern aufgrund des demographischen Drucks, einer Strukturkrise der Landwirtschaft und der beschleunigten industriellen Entwicklung ihren letzten großen Höhepunkt in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts. Das explosionsartige Wachstum der Städte, die damit einhergehenden tiefen soziokulturellen Erschütterungen und die völlig unzulänglichen Reaktionen seitens der staatlichen Behörden erzeugten eine „urbane Krise“, in der die Engpässe und Widersprüche der in den nationalen „Wirtschaftswundern“ gipfelnden Modernisierung Italiens und Spaniens zum Ausdruck kamen.³ Die Physiognomie von Großstädten wie Rom, Mailand, Turin und Genua, Madrid, Barcelona und Bilbao wurde durch die Massenzuwanderung grundlegend verändert. Zum auffälligsten Merkmal des rapiden Wachstums der Städte, die sich, um ein Bild der zeitgenössischen Stadtplanungsliteratur aufzugreifen, wie Ölflecken ausbreiteten, wurden breite Zonen einer neuen städtischen Peripherie, die sich an die historischen Zentren und die Unterschichtenquartiere des 19. und frühen 20. Jahrhunderts anschlossen bzw. jenseits der Stadtgrenzen anlagerten. Schnell hochgezogene Wohnblöcke, Agglomerationen von Hütten, Baracken, dazwischen Brachen, auf denen Schafherden weideten, aufgelassene Bauernhöfe, wilde Müll- und Schutthalden, eigenartige Mischformen aus städtischen und ländlichen Lebensweisen, aus illegalen und legalen Siedlungen bildeten eine neue Stadt vor der Stadt,

² S. Immigrati ieri & oggi, in: La Stampa, 23.8.2006.

³ Der Begriff der „crisis urbana“ bei Manuel Castells, *Ciudad, democracia y socialismo. La experiencia de las asociaciones de vecinos en Madrid*, Madrid 1977, S. 39-71. Zur „großen Transformation“ Italiens seit den 1950er Jahren s. u. a. Paul Ginsborg, *A history of Contemporary Italy. Society and Politics, 1943 – 1988*, London 1988; Silvio Lanaro, *Storia dell’Italia repubblicana*, Venedig 1992; Guido Crainz, *Storia del miracolo italiano. Culture, identità, trasformazioni fra anni 50 e 60*, 2., erw. Aufl. Rom 2003. In der Geschichte Franco-Spaniens ist dieses Thema bislang stark vernachlässigt worden: vgl. z. B. die neuesten Synthesen: Enrique Moradiellos, *La España de Franco (1939 – 1975). Política y sociedad*, Madrid 2003; Encarna Nicolás, *La libertad encadenada. España en la dictadura franquista 1939 – 1975*, Madrid 2005; Javier Tusell, *Dictadura franquista y democracia (1939-2004)*, Barcelona 2005.

die ständig weiter ins flache Land ausgriff und den Zuwanderern aus den ländlichen Regionen, dem Arbeitskräftereservoir der industriellen und urbanen Entwicklung, in manchen Fällen aber auch alt eingesessenen, aus den historischen Zentren vertriebenen und ökonomisch schwachen Stadtbewohnern eine mehr oder weniger erbärmliche Bleibe bot.

Die neuen Ränder der schnell wachsenden Großstädte bildeten Zonen ständiger Bewegung und Veränderung, Schwellengebiete, wo Millionen von Menschen in Lebensformen und Arbeitswelten fern ihrer vertrauten ländlichen Herkunftsgebiete initiiert wurden. Die Peripherie wurde zu einem exemplarischen Ort des gesamtgesellschaftlichen Wandels, der überkommene Vorstellungen von Stadt, Urbanität und Zentralität erschütterte und überaus problematische Bilder der Nachkriegsmoderne lieferte. Dieser Beitrag geht von der besonderen Bedeutung der großstädtischen Randzonen in den Wandlungsprozessen der Jahrzehnte nach 1950 aus. Die in ihnen manifeste „urbane Krise“ soll hier an einigen Beispielen zu Rom und Madrid aus den 1950er bis in die frühen 1970er Jahre, der Hochzeit der Land-Stadt-Wanderungen, als „Repräsentationskrise“ betrachtet werden, als Problem der Definition, Eingrenzung und Darstellung einer neuen Realität.⁴ Untersucht werden unterschiedliche Modi der Thematisierung der neuen städtischen Peripherien, die immer auch eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Masseneinwanderung, der Präsenz Zehntausender mittelloser Bauern- und Landarbeiterfamilien in der Stadt beinhalten. Im Mittelpunkt stehen Stadtdiskurse aus Literatur und Film,⁵ die zumindest punktuell mit wissenschaftlichen und politischen Diskussionen verknüpft werden, um die „Intertextualität“ und Handlungsrelevanz der Blicke auf die Ränder zu illustrieren. Ein ausgewogener Vergleich wird nicht angestrebt. Vielmehr soll es darum gehen, anhand einiger mir besonders signifikant erscheinender Beispiele Ähnlichkeiten in der Problemlage und Logik der beiden Fälle herauszuarbeiten.

In den Hauptstädten mit ihren tief verankerten Ansprüchen auf politische und kulturelle Zentralität, die materiell und symbolisch in den alten und neuen Bezirken der Macht verortet waren, stellte das „wilde“ Wachstum überkommene Hierarchien und Ordnungsvorstellungen, nicht nur im Hinblick auf den städtischen Raum, sondern auch auf überlokale Größen wie Land und Nation, in Frage. Die

⁴ Vgl. zum Begriff der „Krise der Repräsentation“ im Kontext der Darstellbarkeit von Grunderfahrungen der Moderne: Bernd Hüppauf, *Experiences of Modern Warfare and the Crisis of Representation*, in: *New German Critique* 59, 1993, S. 41-47.

⁵ Als Beispiel für die Untersuchung der wechselseitigen Verschränkung und „Symbiose“ von „literary“ und „urban text“, die selbstverständlich auch für das Medium Film gilt, vgl. aus einer mittlerweile umfangreichen Literatur: Richard Lehan, *The City in Literature: An Intellectual and Cultural History*, Berkeley, Cal. 1998.

ausufernden städtischen Randgebiete, aus der Sicht des Zentrums Terra incognita, „Zwischenräume“ oder „Niemandland“, die sich nicht nur dem planerischen Zugriff, sondern auch herkömmlichen Kategorien der Beschreibung und Definition entzogen, wurden zu einem beliebten Objekt mythischer Überschreibung und Transformation. Im Reden von den Rändern der Stadt etablierten sich unterschiedliche Sprechweisen, die oft mit konkreten Interessen, politischen Absichten und Praktiken verbunden waren und offene oder verdeckte Kommentare zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung enthielten.

Die Fälle Rom und Madrid: Blicke auf „borgate“ und „suburbios“

Rom und Madrid mussten im behandelten Zeitraum, zumindest was die quantitativen Dimensionen des Wandels betrifft, mit ähnlichen Herausforderungen kämpfen. Die Einwohnerzahl Madrids stieg in den Jahrzehnten zwischen 1930 und 1973 um mehr als das Dreifache von gut 950.000 auf 3,15 Millionen. In den letzten 15 Jahren der Franco-Diktatur vermehrte sich die Madrider Bevölkerung vor allem infolge der Zuwanderung um mehr als eine Million Einwohner, d. h. um 50%. Gegen Mitte der 1960er Jahre wurden Rekordwerte mit deutlich mehr als 40.000 Zuwanderern pro Jahr erreicht.⁶ Eine ähnliche Dynamik zeigt Rom im fraglichen Zeitraum. Nach einer starken Beschleunigung des Wachstums in faschistischer Zeit seit Mitte der 1920er Jahre wuchs die Bevölkerung der „ewigen Stadt“ zwischen 1950 und 1971 um mehr als eine Million, von knapp 1,7 auf knapp 2,8 Millionen Personen an, bei einer jährlichen Nettoeinwanderungsrate von jährlich 35.000 Personen.⁷ Auch wenn Formen und Dynamiken des demographischen Wachstums sich sehr ähnelten, gab es jedoch wichtige Unterschiede, was ihre Voraussetzungen und ihre Bewältigung betrifft. In Madrid ging die Massenzuwanderung mit einer vom Franco-Regime seit den 1940er Jahren intensiv geförderten Industrialisierung der Stadt Hand in Hand, während Rom ein markantes Beispiel großstädtischen Bevölkerungswachstums ohne Industrialisierung abgibt. Dort fungierte vor allem der Bausektor als großes Auffangbecken für die (männlichen) Immigranten.⁸ Nicht

⁶ Carlos Fernández Magán, Migraciones centro-periferia en la Comunidad de Madrid: Un análisis, in: *Alfoz* Nr. 65, 1989, S. 65-70, hier S. 66; damit abzugleichen wären die z. T. abweichenden Angaben bei Aurora García Ballesteros / Dolores Brandis / Isabel del Río, Los movimientos migratorios de la población de Madrid, in: *Revista Internacional de Sociología* 35: 22, 1977, S. 193-224, insbesondere S. 196 f.

⁷ Antonio Golini, La popolazione, in: Luigi De Rosa (Hrsg.), *Storia di Roma dall'antichità a oggi: Roma del Duemila*, Rom / Bari 2000, S. 119-157, hier S. 123.

⁸ Zur Industrialisierung Madrids und ihren sozialen Implikationen s. v. a. Marcello Caprarella, *Madrid durante el franquismo. Crecimiento económico, políticas de imagen y cambio social*, Madrid 1999; ei-

zu vernachlässigen sind die politischen Rahmenbedingungen der Zeit, die die Öffentlichkeit(en) und Handlungsräume entscheidend bestimmten: Die italienische Nachkriegsdemokratie mit der beherrschenden Stellung der *Democrazia Cristiana* in der römischen Kommunalpolitik bis zur Linkswende Mitte der 1970er Jahre auf der einen, die Diktatur des Generals Franco auf der anderen Seite, ein Regime, für welches das „rote Madrid“ der Arbeiterschaft und der Republik ein verhasstes Feindbild darstellte.

In Rom wie in Madrid mussten die neuen Ränder der Stadt, die sog. *borgate* bzw. *suburbios*, zunächst wie ein provozierendes Gegenbild zu den Träumen von einer imperialen Metropole, die die faschistischen Machthaber und die Sieger des Spanischen Bürgerkriegs gleichermaßen hegten, wirken.⁹ Während die Ambitionen, Madrid städtebaulich in den Rang der Kapitale eines neu erstandenen hispanischen Großreichs zu erheben, bereits in der frühen Franco-Zeit an sehr enge Grenzen stießen, wurden Mussolinis Visionen von Rom als neuer imperialer *Urbs* in groß angelegten Propagandakampagnen verbreitet und in umfangreichen urbanistischen Projekten, die bis heute das Bild der Stadt prägen, umgesetzt. Im Fall Roms lässt sich die Geburt der „offiziellen“ *borgate* unmittelbar auf die faschistischen Städtebaumaßnahmen zurückführen: 1924 tauchte der Begriff, eine Ableitung von *borgo* („Stadtviertel“), im offiziellen Sprachgebrauch zum ersten Mal auf. In diesem Jahr begannen die

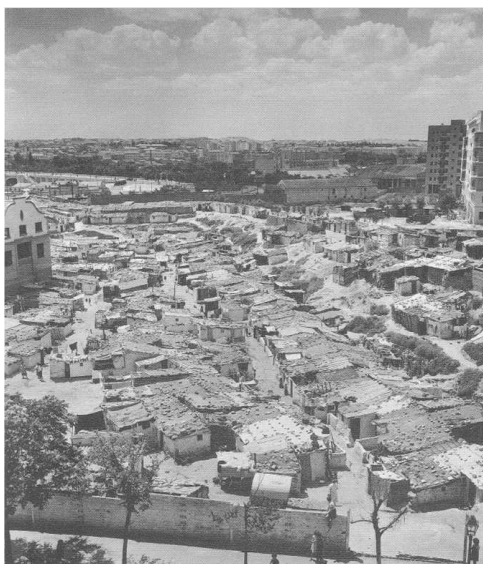


Abb. 1: Hützensiedlung Jaime el Conquistador im Süden von Madrid, ca. 1956.

nen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Roms in der Nachkriegszeit gibt Mario Brutti, *L'attività produttiva*, in: De Rosa, S. 203-224.

⁹ Zum faschistischen Rommythos Andrea Giardina / André Vauchez, *Il mito di Roma. Da Carlomagno a Mussolini*, Rom / Bari 2000, S. 212-295; zu den urbanistischen Eingriffen der Faschisten in Rom: Antonio Cederna, *Mussolini urbanista*, Rom / Bari 1979; zu den franquistischen Plänen, Madrid nach dem Sieg im Bürgerkrieg städtebaulich in den Rang einer neuen imperialen Hauptstadt zu erheben, s. Carlos Sambrićo, *Madrid, 1941: tercer año de la victoria*, in: ders. (Hrsg.), *Madrid, vivienda y urbanismo: 1900 - 1960*, Madrid 2004, S. 189-328.

Behörden, Tausende von Römern, die infolge von Abbrucharbeiten im historischen Zentrum zur Freilegung monumentaler Zonen obdachlos geworden waren, unter dem Geleit von Carabinieri und faschistischen Milizen in *case rapidissime*, auf die Schnelle errichtete provisorische Behausungen in malariaverseuchten Gebieten viele Kilometer weit vor der Stadt, zu deportieren. Die Maßnahmen zur Aufwertung Roms als neuer imperialer Kapitale gehorchten überdies einer Logik der Segregation, indem „sozial unerwünschte Elemente“ aus der Stadt ausquartiert wurden. Den *borgate*, den neuen Siedlungen für die Vertriebenen, die in der Zeit zwischen 1935 und 1955 nicht weniger als 200.000 Bewohner aufnahmen, blieb der Makel des Pejorativen und Mangelhaften auf Dauer anhaften: „ein Stück Stadt mitten auf dem Land, das in Wirklichkeit weder das eine noch das andere ist.“¹⁰

Pathologisierung und Heroisierung: die mythische Überformung der städtischen Peripherie

Vom Kriterium der Mangelhaftigkeit und Defizienz war es kein weiter Weg mehr zur Pathologisierung der städtischen Ränder. Dieser Wahrnehmungsmodus beherrschte insbesondere die Diskussion um die „informellen“ Siedlungen, von Zuwanderern mangels besserer Alternativen selbst errichteten Hütten und hausähnlichen Konstruktionen, *chabolas* in Madrid und *barrache* in Rom, die sich mit den wachsenden Zuwanderungszahlen vermehrten und in Rom bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, in Madrid nach dem Bürgerkrieg zum Massenphänomen wurden. Die „spontanen“ Barackensiedlungen stellten das größte Problem und Ärgernis in einer Sicht auf die Peripherie dar, die man als „apokalyptisch“ bezeichnen könnte und die weite Teile des politischen und öffentlichen Diskurses über die „neuen“, von Zonen des Elends umschlossenen Städte prägte. Die faschistische Politik spielte das Problem zwar gelegentlich in quasi bukolischen Tönen herunter, indem sie die Elendssiedlungen als löbliche Selbsthilfe der Immigranten aus ländlichen Gebieten inmitten der „Freiheit der Natur“ verharmloste. In der Regel denunzierte sie sie jedoch als giftige Herde von Unmoral und Verbrechen, die es zu eliminieren gelte.¹¹ Diffamierung und Pathologisierung bestimmten auch den politischen Umgang der franquistischen Behörden mit den Siedlungen der Immigranten in der Nachkriegszeit, so etwa im Rahmen der zwei größten einschlägigen Projekte: Der sogenannte soziale Notplan für Madrid (*Plan de Urgencia Social*

¹⁰ Italo Insolera, *Roma moderna. Un secolo di storia urbanistica 1870 – 1970*, Turin 2007 (Neudruck der überarb. Aufl. v. 1993, 1. Aufl. 1962), S. 135 f. – dort werden auch die Zwangsumgesiedelten als „deportati“ bezeichnet; die Einwohnerzahlen der faschistischen *borgate ufficiali* ebd., S. 156.

¹¹ Franco Ferrarotti, *Roma da capitale a periferia*, Rom / Bari 1979, S. 65.

de Madrid) von 1957 als auch der *Plan de Absorción de chabolas* von 1961 zielten beide – mit geringem Erfolg – auf die Ausmerzung der *chabolas* durch die Bereitstellung von billigem Wohnraum und harte polizeiliche Ordnungsmaßnahmen.¹²

Die Abwertung der Hüttensiedlungen als pathologisches Phänomen findet sich jedoch auch, freilich mit umgekehrten politischen Vorzeichen, in „Sozialromanen“ der 1950er und 1960er Jahre, so in dem 1957 publizierten literarischen Erstling von Ángel María de Lera *Los olvidados* („Die Vergessenen“).¹³ Dieser spielt in einer vor allem von Zuwanderern aus dem agrarischen Süden bewohnten *chabola*-Siedlung am Rand der spanischen Hauptstadt mit dem sprechenden Namen *Colonia sin Ley* („Siedlung ohne Gesetz“), die als Ort von Anomie und Degeneration, von Krankheit, Prostitution und Verbrechen gezeichnet wird, wo Lumpenproletarier in extremem Mangel, in Gewalt und moralischer Verworfenheit, ohne Perspektive auf eine Veränderung ihrer Situation dahinvegetieren. In der Stadtplanung und den Ordnungsdiskursen des Regimes erschien das „Chaos“ der Barackensiedlungen als „Krebsgeschwür“, das es als Bedrohung des nationalen Körpers zu eliminieren gelte. In Leras Sozialroman hingegen wurde die vorstädtische Barackensiedlung in grellen melodramatischen Tönen als soziales Krankheitssymptom geschildert, um unter den Bedingungen der franquistischen Zensur die Diktatur anzuprangern. Literatur fungierte somit als eine Art politische Ersatzöffentlichkeit, um Kritik an den sozialen Verhältnissen im Land zu artikulieren. Allerdings zielte die Botschaft Leras nicht auf Veränderung, sondern war durch Fatalismus und Pessimismus bestimmt, und sollte somit als ein Korrektiv zur offiziellen triumphalistischen Rhetorik der Machthaber dienen.

Während in den angeführten Beispielen die Randstädte als ein auszumerzendes soziales Übel oder als Symptom weit ausgreifender gesellschaftlicher und politischer Missstände dämonisiert wurden, finden sich jedoch auch andere Varianten der „apokalyptischen Perspektive“, in der die Vorstädte als düstere Bühne für eine Art „Helden“- oder „Martyrererzählung“ dienten. Man könnte hier, unter der Gefahr, ein komplexes Werk ungebührlich zu reduzieren, auf die Auseinandersetzung Pier Paolo Pasolinis mit Rom verweisen, der die Welt der römischen Stadtränder ins Zentrum seines dichterischen, erzählerischen, essayistischen und filmischen Werks

¹² Der beste Überblick über Stadtplanung und Wohnungsbaupolitik in Madrid zur Franco-Zeit stammt von dem Geographen Manuel Valenzuela Rubio, *Iniciativa oficial y crecimiento urbano en Madrid* (1939 – 1973), in: *Estudios geográficos* Nr. 134, 1974, S. 593-655; vgl. a. Ayuntamiento de Madrid. Oficina Municipal del Plan Madrid (Hrsg.), *Cuarenta años de desarrollo urbano (1940 – 1980)*, Madrid 1981, darin v. a. die Beiträge von Rafael Moneo, *Madrid: los últimos veinticinco años (1940 – 1965)*, S. 79-94, ders., *El desarrollo urbano de Madrid en los años sesenta*, S. 101-112 sowie von Eduardo Leira / Jesús Gago / Ignacio Solana, *Madrid: cuarenta años de crecimiento urbano*, S. 135-162.

¹³ Ángel María de Lera, *Los olvidados* (1957), in: ders., *Novelas*, Madrid 1964.

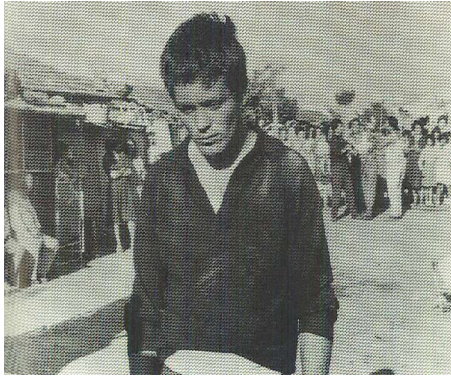


Abb. 2: Standfoto aus: Pier Paolo Pasolini, *Accattone*, 1961.

der 1950er und frühen 1960er Jahre stellte.¹⁴ Pasolini beobachtet durchaus die Heterogenität und Vielschichtigkeit der *borgate*, Ordnung und Differenzen im scheinbaren Chaos. Er interessierte sich jedoch kaum für die Masse der „*borgate* der armen ehrbaren und arbeitsamen Leute“, die er als „Konzentrationslager“ denunzierte, in denen das im Gefolge der Zuwanderung anwachsende Heer der Arbeiterschaft in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen ghettoisiert werde.¹⁵ Inbegriff seiner römischen Vorstädte war vielmehr

die *borgata* als Brutstätte von Krankheit, Gewalt, Verbrechen und Prostitution, als „Heterotopie“,¹⁶ Gegenwelt zum „unheiligen“ „offiziellen“ Rom als der Stadt von Regierung und Papst: Rom als eine „*grande capitale popolare*“, geprägt von proletarischen und subproletarischen Massen, verkörpert von herumstreunenden Jugendlichen, den *ragazzi di vita*, im Stand einer vorzivilisatorischen, heidnischen Authentizität, unbeschadet aller Einflüsse und Zugriffe des Katholizismus, gewalttätig und gütig, böseartig und unschuldig zugleich, Träger einer stoisch-epikureischen Ethik, einer ungebrochenen Vitalität und Leidensfähigkeit.¹⁷ Obwohl Pasolini die Darstellung der Hüttensiedlungen an der römischen Peripherie im Neorealismus der 1950er Jahre, etwa in Filmen Vittorio De Sicas oder Federico Fellinis, als „*mistificazione*“ kritisierte, stellten seine Repräsentationen der „anderen Stadt“ an den Rändern Roms als Ergebnis einer „mimetischen Regressionsaktion zum Zweck der Forschung“ durchaus auch eine mythische Überformung der Vorstädte dar.¹⁸ Die

¹⁴ Vgl. aus der umfangreichen Literatur zu Pasolini den aktuellen Versuch einer Gesamtwürdigung der Auseinandersetzung Pasolinis mit Rom aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive: John David Rhodes, *Stupendous, Miserable City. Pasolini's Rome*, Minneapolis / London 2007.

¹⁵ Pier Paolo Pasolini, *I campi di concentramento* (1958), in: ders., *Storie della città di Dio. Racconti e cronache romane 1950 – 1966*, Turin 1995, S. 124-127 (eine deutsche Übersetzung von Annette Kopetzki erschien 1996 in Berlin unter dem Titel „Geschichten aus der Stadt Gottes“).

¹⁶ Im Sinn einer „Abweichungsheterotopie“, als Ort an den Rändern der Gesellschaft, an dem von der herrschenden Norm abweichendes Verhalten ritualisiert und lokalisiert wird: Michel Foucault, *Die Heterotopien / Der utopische Körper. Zwei Radiovorträge*, Frankfurt a.M. 2005, S. 12.

¹⁷ Vgl. das Bild der *borgate* und ihrer Bewohner in den Kurzsays v. a. aus den Jahren 1957 – 1961, in: Pasolini, S. 93-168; die Formel von der „*grande capitale popolare*“ S. 163.

¹⁸ Die Kritik am Neorealismus: Pasolini, S. 128, die Formulierung von der „anderen Stadt“ ebd., S. 120, die Kennzeichnung seiner Methode als „*operazione esplorativa e mimetica di regresso*“, hier bezogen auf

Protagonisten seiner Romane, Erzählungen und Filme, so der Sohn der ehemaligen Prostituierten *Mamma Roma* aus dem gleichnamigen Film (1962) oder der Kleinkriminelle *Accattone* in Pasolinis erstem Film von 1961 sind Christusfiguren ohne Botschaft, die schuldig-unschuldig unbewusst ihre Passion erleiden und einem frühen Tod entgegengehen. Bei Pasolini ist die *borgata* Hölle und sakraler Ort zugleich, die „niedere“ und „gemeine“ Alltagswelt von Zuhältern, Prostituierten, Tagedieben wird in der Ästhetik der italienischen Malerei der Renaissance und des Manierismus, der Musik Johann Sebastian Bachs und durch vielfältige Verweise auf die christliche Heilsgeschichte sublimiert.

„Die Sprache, die Situationen, die Protagonisten, das Milieu, all das ist voller Verachtung und Lieblosigkeit den Menschen gegenüber, geprägt von einer oberflächlichen und entstellten Kenntnis der Wirklichkeit, von einem krankhaften Einvernehmen mit den trübsten Aspekten einer komplexen, vielgestaltigen Wahrheit.“ Diese schroffe Kritik des kommunistischen Intellektuellen Giovanni Berlinguer¹⁹ an Pasolinis Darstellung der *ragazzi di vita*, der Jugendlichen der *borgate*, in seinem ersten 1955 erschienen gleichnamigen Roman illustriert das tiefe Unbehagen der italienischen Linken angesichts Pasolinis Umwertung der bürgerlichen Moral. Der zentrale Vorwurf gegen Pasolinis Bild der Subproletarier richtete sich auf den Mangel an Vorbildern für den politischen Kampf. Statt solidarischer Aktion sehe man nur Bilder der Amoral, statt politischer Militanz Haltlosigkeit und Verbrechen. Ungeachtet aller Gegensätze teilte der Kritiker der Kommunistischen Partei mit Pasolini, freilich unter entgegen gesetzten Vorzeichen, die „apokalyptische Sicht“ auf die Vorstädte, deren Elendswelt nicht wie bei Pasolini einen authentischen humanen Zustand vor dem Sündenfall repräsentierte, sondern den Schauplatz für den Emanzipationskampf des Proletariats darstellte. In einer 15 Jahre nach ihrem Ersterscheinen aktualisierten kritischen Enquête zum Phänomen der römischen *borgate* von kommunistischer Seite konstatierten die Autoren Giovanni Berlinguer und Piero della Seta Mitte der 1970er Jahre, dass neben die zwei bislang vorherrschenden Orientierungen der Bewohner der Vorstädte, die katholisch-ländliche Tradition und die kapitalistische Konsumkultur, nunmehr ein neuer *universalismo* sozialistischer oder kommunistischer Prägung getreten sei. Mit der kommunalpolitischen Wende von 1975/76 käme den *borgate* nunmehr die Rolle des Protagonisten zu:

„Das Rom, das 1975 den *Partito Comunista Italiano* zur stärksten Partei macht und das 1976 sich mit dem Risiko oder der Erwartung konfrontiert sieht, zur ‚roten Stadt‘ zu werden; das Rom, das in die Literatur, ins Kino und in die Presse eingeht;

seine Verwendung des Dialekts, S. 135.

¹⁹ Giovanni Berlinguer, *Il vero ed il falso sulle borgate di Roma*, l'Unità 29.7.1955, zit. aus selbstkritischer Distanz in: ders. / Piero Della Seta, *Borgate di Roma*, 2., überarb. u. erw. Ausg., Rom 1976, S. 321.

das Rom, das die katholische Kirche erschüttert und zum Nachdenken einlädt; das Rom des Rowdiums und der Gewalt, das Pierpaolo Pasolini tötet und die Kriminalitätsindices ansteigen lässt; in all diesen gegensätzlichen Gesichtern der Stadt sind die Bewohner der *borgate* präsent und entscheidend.“²⁰

In den Augen Berlinguers und Della Seta repräsentierten die *borgatari*, die Bewohner der römischen Peripherie, ein „wesentliches historisches Subjekt des zeitgenössischen Italien“, eine Position, aus der sie das dialektische Dilemma zwischen ihrer „politischen Zentralität“ einerseits und ihrer individuellen Marginalisierung andererseits ableiteten. Zugleich warnten sie, durchaus auch in kritischer Auseinandersetzung mit Positionen der eigenen Partei, davor, die Dämonisierung oder Exklusion der *borgatari* in ihr Gegenteil, deren Heroisierung, etwa als revolutionäre Avantgarde, umzukehren.²¹

Wie stark die Macht der mythischen Überschreibung der neuen Peripherien war, zeigt sich gerade im Anspruch gegen die „Mystifizierungen“, so Pasolini, anzuschreiben. Ein weiteres prominentes Beispiel ist dafür neben Pasolini der Madrid-Roman von Luis Martín-Santos, *Tiempo de silencio* („Zeit des Schweigens“),²² der als erster moderner Großstadt-Roman der spanischen Literatur und als eine der bedeutendsten literarischen Leistungen der Franco-Zeit gilt. Im Jahr der Erstaufführung von Pasolinis *Accattone* 1961 konstruiert Martín-Santos in der Geschichte um den jungen Arzt Pedro, der in eine Abtreibungs-Affäre verwickelt wird und deshalb seine wissenschaftliche Karriere in der Hauptstadt aufgeben muss, Madrid als „Palimpsest“,²³ als Überlagerung unterschiedlicher mythischer Schichten. Der ironische Erzählmodus erlaubt es, unversöhnliche Bedeutungen, die in ihrer Konkurrenz und Widersprüchlichkeit die Identität der Stadt ausmachen, nebeneinander bestehen zu lassen und damit auf die spannungsgeladene Realität Spaniens in der erzählten Zeit, 1949, ein Jahrzehnt nach Bürgerkriegsende, zu verweisen. Auch im Roman von Martín-Santos spielt die Peripherie der Hauptstadt in Gestalt einer Hütten-Siedlung eine wichtige, wenn auch nicht die zentrale Rolle. Pedro steigt in Begleitung eines Gehilfen in die Niederungen der Welt der *chabolas* hinab, um sich dort mit Mäusen für seine Krebsversuche zu versorgen. Wie in Nietos Roman dient auch hier die Thematisierung der elenden Hüttenwelt als Mittel, das offizielle

²⁰ Berlinguer / Della Seta, S. 319.

²¹ Ebd., S. 353, 355.

²² Luis Martín-Santos, *Tiempo de silencio*, Barcelona 1980 (1. vollst. Ausgabe des Originalmanuskripts) – die Übersetzung der angeführten Zitate aus dieser Ausgabe stammen von mir, M.B. 1991 erschien in Frankfurt a.M. eine deutsche Ausgabe unter dem Titel: „Schweigen über Madrid“.

²³ Vgl. Joan Ramon Resina, *Madrids Palimpsest. Die Hauptstadt gegen den Strich lesen*, in: Albrecht Buschmann / Dieter Ingenschay (Hrsg.), *Die andere Stadt. Großstadtbilder in der Perspektive des peripheren Blicks*, Würzburg 2000, S. 122-143.

Spanien bloßzustellen. Die Assoziation der Hütten mit Krankheit und Tod wird auf der metaphorischen Ebene fortgeführt. Dabei zeigt sich jedoch die hoch problematische Ambivalenz der ironischen mythischen Übersichtung bei Martín-Santos, der zentrale Elemente des „apokalyptischen Blicks“ reproduziert, ohne diese wiederum zu brechen und in Frage zu stellen: die Pathologisierung, die Stilisierung des Lebens der *chabolistas* als parasitäre Existenz inmitten der Abfälle der Großstadt – die Metaphorisierung des Mülls (S. 69 f. und passim) – und schließlich ihre Tribalisierung in der sarkastischen Darstellung der Hütten als „Ergötzen für den Künstler und Forschungsfeld für den Soziologen“:

„Warum soll man zur Erforschung der menschlichen Sitten bis nach Tasmanien auf den Antipoden reisen? Als ob wir hier nicht beobachten könnten, wie Menschen, die unsere Sprache sprechen, die ewigen Probleme der Menschheit mit noch größerer Originalität lösen. Als ob das Tabu des Inzests in diesen primitiven Schlafgemächern nicht mit derselben Kühnheit gebrochen würde wie zwischen Grasbüscheln auf irgendeiner paradiesischen Insel. Als ob die primären Institutionen dieser Menschengruppen nicht ebenso bemerkenswert und überdies viel komplexer wären als diejenigen der Völker, die noch nicht in der Lage waren, das Stammesstadium hinter sich zu lassen.“ (S. 52)

Jenseits der Mythen?

Die „apokalyptische Sicht“ von außen, mit der sich zweifelsohne sehr unterschiedliche politisch-moralische Ordnungsvorstellungen verbanden und die in einer „eliminatorischen“ oder „kritischen“ Dämonisierung, in einer quasi sakralen Sublimierung oder politischen Heroisierung ihren Ausdruck finden konnte, bezeichnete zweifelsohne die herrschende Perspektive in der Repräsentation der urbanen Peripherie italienischer und spanischer Großstädte in den 1950er und 1960er Jahren. Nur schwer konnten hier alternative Sichtweisen artikuliert werden. In Italien bemühten sich kritische Architekten, Stadtplaner und Sozialwissenschaftler seit den 1960er Jahren um eine differenzierte, empirisch gestützte Sicht des „spontanen Wachstums“ der italienischen Hauptstadt. Zum Verständnis der Logik und Dynamik der „neuen Stadt“ unterschied man verschiedene Formen und Phasen der Ausbildung der *borgate* und bemühte sich um eine „ökologische“ Analyse der Vorstädte in kritischer Auseinandersetzung mit der nordamerikanischen Stadtsoziologie der Vorkriegszeit.²⁴ Mit der aus den Feldern von Stadtplanung und Recht übernommenen Kategorie des „abusivismo“, der Bezeichnung für illegale Bauaktivitäten aller Art, bürgerte sich in der wissenschaftlichen und publizistischen Auseinander-

²⁴ Referenzwerke sind die Studien von Insolera (1. Aufl. 1962) und Ferrarotti (1. Aufl. 1970).

setzung Italiens mit den städtischen Peripherien allerdings ein Begriff ein, der die Gefahr ihrer Reduktion auf rechtlich-administrative Schemata in sich birgt und überdies höchst unterschiedliche Formen des Bauens – sowohl die Errichtung mehr oder weniger primitiver Unterkünfte durch die Bedürftigen selbst als auch illegale spekulative Bauaktivitäten z. T. in großem Stil – zusammenfasst.²⁵

In Franco-Spanien, wo sich eine kritische Auseinandersetzung mit den Prozessen der „neuen Stadt“ unter ungleich schwierigeren Bedingungen nur deutlich später entwickeln konnte, unternahm der Soziologe Miguel Siguán in seiner empirischen Pionierstudie zum Problem der Land-Stadt-Wanderung nach dem Bürgerkrieg, die er 1959 unter dem Titel *Del campo al suburbio* („Vom Land in die Vorstadt“) vorlegte, einen ersten wichtigen Versuch, die mythische Überschreibung der neuen Stadtränder zu konterkarieren. Auf der Grundlage einer Befragung von rund 100 Immigrantenfamilien in Madrid, die er in zahlreichen Fallgeschichten vorstellte, analysierte er Herkunft der Zuwanderer, Motive und Abläufe der Abwanderung, die Rolle von Arbeitsplatz, Unterbringung, Bildung und Soziabilität für die Möglichkeiten einer Integration in der Zielgesellschaft, Bedeutung und Verarbeitung der Migrationserfahrung, schließlich politische Perspektiven im Umgang mit den Immigrantinnen. Eine interessante Parallele zu Siguáns Studie findet sich in der sozialkritischen narrativen Literatur der Zeit, im 1962 erschienenen Roman des jungen Autors Ramón Nieto *La patria y el pan* („Das Vaterland und das Brot“).²⁶ Thema war wie bei Leras „Vergessenen“ das Leben in einer Barackensiedlung im Süden Madrids. Allerdings verzichtete Nieto im Unterschied zu Lera völlig auf Melodram und Apokalypse und wählte einen nüchternen realistischen Stil. Wie Siguán präsentierte er eine Fallgeschichte in Form einer Familiengeschichte, in der die Erfahrungen im Heimatort, einem Dorf in der andalusischen Provinz Jaén, mit der der neuen Welt der *chabolas* verschränkt wurden. Erzählt wird die Geschichte einer erzwungenen Emigration als Aufbruch aus einer unerträglichen Situation von Arbeitslosigkeit, Rechtlosigkeit und Abhängigkeit, die Ankunft in der Hüttensiedlung als Fortführung, wenn nicht gar Verschärfung der Not in einem Leben zwischen Müll und Fäkalien. Die unmittelbar zurückliegende Vergangenheit im Dorf, das Leben in Madrid und das Leben der zurückbleibenden Angehörigen, die zuletzt auch aufgeben und ihren Verwandten nachziehen, werden im Roman gegeneinander geschnitten.

²⁵ Vgl. z. B. Pietrenzo Piazza, Roma. La crescita urbana abusiva, Rom 1982; Alberto Clementi / Francesco Perego (Hrsg.), La metropoli „spontanea“. Il caso di Roma 1925 – 1981: sviluppo residenziale di una città dentro e fuori dal piano, Bari 1983 (dort S. 29-49 wichtige begriffliche Klärungen der Herausgeber); Enrica Aureli Cutillo / Fiammetta Mignella Calvosa (Hrsg.), Abitare a Roma. Urbanizzazione e crescita urbana, Mailand 1989, u. a. S. 215-247; Marco Brazzoduro, L'abusivismo a Roma e la formazione delle nuove aree periferiche.

²⁶ Ramón Nieto, *La patria y el pan*, Barcelona 1962.

Das Elend auf dem Land und in der Vorstadt desavouiert die in Andeutungen präsente offizielle Rhetorik von nationaler Größe und einem christlichen Staat. Trotz aller Härte zeigt der Roman, anders als Leras Sozialdrama, das in Tod und Verzweiflung endet, eine hoffungsvolle Perspektive: der Gang in die Stadt als möglicher Weg einer ökonomischen und sozialen Verbesserung durch Arbeit, die Erfahrung von Solidarität und Bildungschancen zumindest für die nachwachsende Generation. Die Barackensiedlung, so kann der Leser hoffen, bleibt somit letztlich nur eine Durchgangsstation, die im Roman erzählte Geschichte deutet Aussichten nicht nur auf eine Verbesserung des Loses der *chabolistas*, sondern der gesamten politisch-sozialen Lage im Land an, eine Stimmung, die sich trotz aller kritischer Färbung vom Fatalismus Leras oder dem ironischen Skeptizismus von Martín-Santos abhebt.

Fazit

Die großstädtische Peripherie erscheint bei Pasolini oder Martín-Santos, aber auch in den Augen der franquistischen Administration oder der Kommunistischen Partei Italiens als „mythischer Ort“. In den 1950er und 1960er Jahren nahmen sich Politiker und Stadtplaner, Künstler und Intellektuelle der auswuchernden großstädtischen Randzonen an, in denen der gesamtgesellschaftliche Wandel von einer agrarischen in eine urbane Gesellschaft auf dramatische Weise sichtbar wurde. Dabei konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Beobachter auf einzelne Phänomene wie das der „informellen Stadt“, die komplexe Erscheinung der Peripherie wurde etwa auf „spontane“ Hüttsiedlungen reduziert und sozial auf ein marginalisiertes, depraviertes Lumpenproletariat eingengt. Die Peripherie war für den Blick von außen zunächst „Niemandland“, eine semiotische Brache, die zur metaphorischen Transformation und mythischen Überhöhung einlud. Sie erschien als Heterotopie, als Gegenbild zur „echten“ Stadt, zur „wahren“ Gemeinschaft, zum „richtigen“ Leben, zu Ordnung, Geschlossenheit, Respektabilität, und wurde damit zum Phänomen deklariert, das es zu bekämpfen und auszulöschen galt. Oder die Heterotopie wandelte sich zur Isotopie. Durch die Lektüre, den Blick auf die Ränder der Stadt wurde ein kritisches Verständnis des gesellschaftlichen und politischen Ganzen möglich: Die Elendsquartiere Madrids erwiesen sich als „wahres Gesicht“ Franco-Spaniens, die römischen *borgate* als authentisches Italien, als Essenz des *popolo*. Die Mythisierung im Stadtdiskurs beschränkte sich keineswegs auf Film und Literatur, sondern durchtränkte auch Politik und Wissenschaft, wurde somit unmittelbar praxisrelevant. In kaum einem anderen Fall wurde das Verständnis urbanistischer Prozesse im 20. Jahrhundert dermaßen vom Mythos überlagert wie im

Phänomen der städtischen Randzonen.²⁷ Der Mythos hob die Historie in die Überzeitlichkeit, Zeitlosigkeit. Die städtische Peripherien als in ständigem Wandel begriffene Territorien und soziale Formationen mussten sich einer solchen Mythisierung auf Dauer widersetzen. Bereits gegen Ende der 1960er Jahre bemerkte Pasolini das Verschwinden „seines“ römischen Subproletariats, das er als Opfer einer weit ausgreifenden Amerikanisierung, des Einflusses der Massenmedien und der Konsumkultur beklagte. Er zog daraus die Konsequenz, wandte sich von Rom immer mehr ab und suchte die Authentizität des *popolo* fortan in Indien und Afrika.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Luis Fernando-Galiano / Justo F. Isasi / Antonio Lopera, *La quimera moderna. Los Poblados Dirigidos en la arquitectura de los 50*, Madrid 1989, S. 15.

Dr. phil. Martin Baumeister, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Ludwig-Maximilians-Universität München, martin.baumeister@lmu.de

²⁷ Vgl. die ausgezeichnete Analyse der Debatten um die Mailänder Peripherie der Nachkriegszeit bei John Foot, *Milan since the miracle. City, culture and identity*, Oxford / New York 2001, S. 135-155.

Chinesenviertel im Hafenviertel. Chinesische Seeleute und Migranten und ihre Bilder in Rotterdam und Hamburg 1920 –1970

Städte und Migration stehen in einem engen Wechselverhältnis, darauf ist in der Migrationsforschung vielfach hingewiesen worden.¹ Wenn also Städte „Verdichtungsräume“ auch für Migration waren und sind, so variiert die jeweilige urbane Migrationsgeschichte selbstverständlich nach Größe, geographischer Lage und wirtschaftlichem Profil einer Stadt. In diesem Beitrag soll es um Mobilität und Migration im urbanen Raum der Hafenstadt, genauer gesagt des Hafenviertels gehen. Hier war der „Fremdenverkehr“ besonders augenscheinlich, da eine Vielzahl von Seeleuten, Passagieren und Migranten zeitweilig die großen Hafenstädte aufsuchte und damit eine besondere Atmosphäre und Internationalität erzeugte. Hierher gelangten auch Menschen aus entfernten Regionen und Kontinenten, so dass ein „Stück Ausland“ inmitten der Heimat entstand – zumindest in den Augen vieler Betrachter. Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte am Beispiel maritimer Metropolen zu schreiben ermöglicht deshalb, globale Verbindungen im Lokalen aufzuzeigen.

In diesem Artikel möchte ich das Phänomen der chinesischen Migration in Rotterdam und Hamburg untersuchen und dabei folgende Fragen behandeln: Wie und wieso richteten sich chinesische Seeleute und Migranten in kleinen ethnischen Nischen europäischer Hafenviertel ein? Welche Verbindungen gab es unter den Migranten? Wie waren die gesellschaftlichen und behördlichen Reaktionen auf die „Fremden“? Existierten lokale und nationale Unterschiede? Schließlich: Färbte die chinesische Präsenz auf das Erscheinungsbild der Hafenstädte ab?

Als Untersuchungsorte dienen Rotterdam und Hamburg. Beide gehörten im behandelten Zeitraum nach Umschlag und ein- und auslaufenden Seeschiffen zu den größten Häfen weltweit und sind auch heute noch herausragende Umschlagsplätze.

¹ Dieser Artikel ist ein Zwischenergebnis meines derzeitigen Projektes über chinesische Migration in westeuropäischen Hafenstädten, siehe dazu meinen Forschungsbericht: Chinesenviertel in westeuropäischen Hafenstädten. Eine transnationale Migrations- und Wahrnehmungsgeschichte, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Hamburg 2006, Hamburg 2007*, S. 98-101; siehe auch meinen Aufsatz: Metropolen, Migrationen, Imaginationen. Chinesenviertel in Westeuropa 1900-1950, in: *Zeithistorische Forschungen* 4, 2007, ca. 20 S.

Der Hamburger Hafen stieg in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg zum viertgrößten Hafen der Welt auf (nach New York, London und Liverpool) und prägte das städtische Selbstverständnis und die Außendarstellung ebenso stark wie in Rotterdam. In beiden Fällen unterstrichen die städtischen Verwaltungen in ihrer Selbstdarstellung die globalen Verbindungen.² Ungeachtet der unterschiedlichen Größe – Hamburg hatte 1900 705.000 und Rotterdam 280.000 Einwohner – gab es in beiden Städten, wie in allen international bedeutenden Hafenstädten, ausgeprägte Hafenviertel.

Zur Untersuchung wurden vor allem Dokumente aus staatlichen und städtischen Archiven und zeitgenössische Publikationen herangezogen. Die Quellenlage ist somit einseitig, da Egodokumente aus dem Kreis chinesischer Seeleute und Migranten kaum überliefert sind. Im ersten Teil werde ich die maritime Beschäftigung und das Entstehen kleiner Chinesenviertel beschreiben und danach die behördlichen Reaktionen und westlichen Bilder und Wahrnehmungen untersuchen. Abschließend werde ich den großen Erfolg chinesischer Gastronomiebetriebe in den 1950er bis 1970er Jahren im Kontext des sozioökonomischen Wandels beleuchten.

„Chinesenviertel“ im Hafenviertel

In den 1890er Jahren beschäftigten englische und deutsche Reedereien wie die Blue Funnel Line aus Liverpool oder der Norddeutsche Lloyd aus Bremen zunehmend „farbige Seeleute“ als Heizer und Trimmer (Kohlenzieher) für ihre Dampfschiffe. Neben vielen Indern in der britischen Handelsschiffahrt waren es vor allem chinesische Seeleute aus der südchinesischen Provinz Guangdong und hier den umliegenden Bezirken der Provinzstadt Kanton (Guangzhou).³ Für die körperlich sehr anstrengende Tätigkeit erhielten asiatische und afrikanische Seeleute eine deutlich geringere Heuer als europäische Arbeitskräfte. Die Gewerkschaften verurteilten ihre Beschäftigung deshalb vehement und brachten das Thema wiederholt in die Parlamente. Die Zahlen waren keineswegs marginal: Um 1900 fuhren rund 5000

² J. Schraver (Hrsg.), Rotterdam. The Gateway to Europe. History of the Port and Trade of Rotterdam, Rotterdam/Antwerpen 1948; Lars Amenda, „Welthafenstadt“ und „Tor zur Welt“. Selbstdarstellung und Wahrnehmung der Hafenstadt Hamburg im 20. Jahrhundert, in: Deutsches Schiffsarchiv 29, 2006, S. 137-158.

³ Laura Tabili, „We Ask for British Justice“. Workers and Racial Difference in Late Imperial Britain, Ithaca, NY/London 1994; Sibylle Küttner, Farbige Seeleute im Kaiserreich. Asiaten und Afrikaner im Dienst der deutschen Handelsmarine, Erfurt 2000; Henk J. Wubben, „Chineez en ander Aziatisch ongedierte“. Lotgevallen van Chinese immigranten in Nederland, 1911 – 1940 [„Chinesen und anderes asiatisches Ungeziefer“. Schicksal der chinesischen Einwanderer in den Niederlanden, 1911 – 1940], Zutphen 1986.

„farbige Seeleute“, darunter 3000 Chinesen, auf deutschen Handelsschiffen und stellten damit zehn Prozent aller in der Seeschifffahrt Beschäftigten. Seit dem 19. Jahrhundert eilte den Chinesen mit Blick auf die chinesische Arbeitsmigration nach Nord- und Südamerika bei Unternehmern ein Ruf als ausgezeichnete Arbeitskräfte und billige und bedürfnislose „Kulis“ voraus.⁴

Weil die britische Schifffahrt seinerzeit dominierend und London der wichtigste Knotenpunkt im „Weltverkehr“ war, bildete sich in der britischen Metropole in dem im Osten der Stadt gelegenen Limehouse bereits Ende des 19. Jahrhunderts ein kleines Chinesenviertel (*Chinese quarter*) heraus.⁵ Nach der Jahrhundertwende wurde auch in Liverpool die Präsenz von Chinesen in der Hafengegend sichtbar, die auf die vielen temporär verweilenden chinesischen Seeleute zurückging.⁶ In den frühen 1920er Jahren entwickelten sich auch in Rotterdam und Hamburg kleine Chinesenviertel, die ebenfalls auf den maritimen Verbindungen basierten. In Rotterdam markierte ein großer Seemannsstreik 1911 den Beginn einer chinesischen Migration, da niederländische Reedereien wie der Rotterdamsche Lloyd und die *Stoomvaartmaatschappij* (Dampfschiffahrtsgesellschaft) aus Amsterdam chinesische Seeleute als „Streikbrecher“ aus englischen Hafenstädten rekrutierten.⁷ Die Chinesen konzentrierten sich fortan in Katendrecht, einem ausgeprägt internationalen Hafenviertel auf der stadtabgewandten Seite der Maas, das nach der Schaffung des Maashafens 1901 eine kleine Halbinsel bildete. Für chinesische Seeleute – vor allem ältere, die über einige Ersparnisse verfügten – bot sich hier eine wirtschaftliche Chance, um der körperlich auszehrenden und monotonen Arbeit vor den Kesseln zu entinnen. Chinesen eröffneten vor allem in der Atjeh- und Delistraat Unterkünfte (*boarding houses*) für chinesische Seeleute, Lokale und

⁴ So etwa bei Friedrich Ratzel, *Die chinesische Auswanderung. Ein Beitrag zur Cultur- und Handelsgeographie*, Breslau 1876; zum Begriff des Kuli siehe Robert L. Irick, *Ch'ing Policy Toward the Coolie Trade, 1847-1878*, Taipei 1982, S. 2-5; einen guten Überblick bietet Ronald Takaki, *Strangers from a Different Shore. A History of Asian Americans*, Boston 1989; die Netzwerke und Perspektive chinesischer Migranten untersucht Adam McKeown, *Chinese Migrant Networks and Cultural Change. Peru, Chicago, Hawaii, 1900-1936*, Chicago/London 2001.

⁵ Ng Kwee Choo, *The Chinese in London*, London u. a. 1968; Colin Holmes, *The Chinese Connection*, in: Geoffrey Alderman/Colin Holmes (Hrsg.), *Outsiders & Outcasts. Essays in Honour of William J. Fishman*, London 1993, S. 71-93; Jonathan Schneer, *London 1900. The Imperial Metropolis*, New Haven/London 1999, S. 8.

⁶ Maria Lin Wong, *Chinese Liverpudlians. A History of the Chinese Community in Liverpool*, Liverpool 1989; Zur hafenstädtischen Gesellschaft und Kultur siehe die instruktive Studie von Tony Lane, *Liverpool. City of the Sea*, Liverpool 1997.

⁷ Siehe hierzu ausführlich Wubben. Ob die angeworbenen chinesischen Seeleute überhaupt von dem Streik wussten, ist nicht bekannt; es ist denkbar, dass sie die starken Anfeindungen auf ihre Ethnizität und „Fremdheit“ bezogen.

andere Geschäfte. Einige chinesische Männer gelangten zu beträchtlichem Reichtum, den sie mit Statussymbolen wie Kleidung und Automobilen zur Schau stellten. Neben Schmuggelgeschäften wie dem Opiumhandel flossen ihnen Gewinne vor allem aus der Ausbeutung chinesischer Seeleute zu, da diese bei Anwerbung über einen chinesischen Seemannsagenten (*shipping master*) und bei der Unterbringung regelmäßig übervorteilt wurden. Ein weiteres Tätigkeitsfeld war die Vermittlung illegaler Migranten, die mit Hilfe von Landsleuten unter den Schiffsbesatzungen leicht als „blinde Passagiere“ in beliebte Zielländer wie Australien oder die USA befördert werden konnten.⁸

Lebten 1922 bereits 500 Chinesen in Rotterdam, so stieg die Zahl in den kommenden Jahren kontinuierlich an und erreichte im Januar 1931 genau 1306 Personen.⁹ Damit existierte in Rotterdam das größte Chinesenviertel Europas, das damit selbst einigen US-amerikanischen Chinatowns wie beispielsweise dem Philadelphias quantitativ nicht nachstand. Die Rotterdamer Bevölkerung nannte die fremde Kolonie rasch *Chineezenvijk* („Chinesenviertel“) und selbst von „Chinatown“ war gelegentlich die Rede.¹⁰ Ein erheblicher Einschnitt für die chinesische Migration war die Weltwirtschaftskrise, da diese die Handelsschifffahrt erheblich beeinträchtigte und auch viele chinesische Seeleute arbeitslos werden ließ. Die wirtschaftliche Misere war wiederum für einen chinesischen Seemann, Ng Kwai, 1931 der Anstoß, nach einem Rezept aus der Kolonie Niederländisch-Indien Erdnusskuchen



Abb. 1: Fotoreportage über das Rotterdamer Chinesenviertel, 1922.

⁸ Vgl. Wubben, S. 119-122; A. T. Yarwood, *Asian Migration to Australia. The Background to Exclusion 1896-1923*, Reprint, Westport, Conn. 1984, S. 52-62; siehe dazu auch die umfangreiche Akte in Gemeentearchief (GA) Rotterdam, 454.06, SB296 (1929-1957).

⁹ GA Rotterdam, 63, 3165.

¹⁰ In de Rotterdamsche China-Town, in: *Het Leven* 17, 1922, Nr. 13, 27.3.1922, unpaginiert.

(*pindakoeckjes*) zu backen und auf der Straße zu verkaufen.¹¹ Von Rotterdam breitete sich die neue selbständige Beschäftigung der chinesischen Kuchenverkäufer (*pinda-venter*) sehr schnell aus, da sich der große Erfolg rasch unter chinesischen Migranten herumsprach. Selbst aus dem benachbarten Ausland – auch aus Deutschland – gingen Chinesen in die Niederlande, um im wahrsten Sinne des Wortes „ein Stück vom Kuchen“ abzubekommen. Der Kuchenverkauf auf der Straße führte schließlich zu einer Verteilung der Arbeitsmigranten auf alle Städte der Niederlande, auch wenn Rotterdam und Amsterdam die Zentren der chinesischen Migration blieben.

Kommen wir zum Hamburger „Chinesenviertel“. Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede gab es gegenüber Rotterdam? In Hamburg konzentrierten sich die Chinesen ebenfalls im Hafenviertel, dem bekannten und berüchtigten St. Pauli, welches jedoch nahe der Innenstadt lag.¹² Bereits seit den 1890er Jahren fielen chinesische Seeleute selbst im internationalen Milieu St. Paulis auf, ohne sich zu dieser Zeit schon dort niederzulassen. Wie in Rotterdam entwickelte sich ein Chinesenviertel in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg; sein Entstehen wurde jedoch maßgeblich von politischen Gründen begünstigt. Weil die Chinesische Republik den Versailler Vertrag aus Empörung darüber nicht unterzeichnet hatte, dass die ehemals deutsche Kolonie Kiautchou (*Jiaozhou*) an Japan übergeben wurde, schlossen das demokratische Deutschland und China 1921 einen bilateralen Friedensvertrag ab, in dem sich die Regierungen auch die wirtschaftliche Betätigung ihrer Staatsangehörigen zusicherten. Das Auswärtige Amt hatte in erster Linie die für den Außenhandel sehr wichtigen „Chinadeutschen“, vor allem in Shanghai, im Blick, kaum hingegen die Möglichkeit eines Chinesenviertels in Deutschland. Wie in Rotterdam entstand der Nukleus einer „Chinatown“ in einigen Straßen St. Paulis, vor allem in der Schmuckstraße nahe der Grenze zum damals noch preußischen Altona. Auch hier eröffneten chinesische Seeleute Geschäfte, Lokale, Unterkünfte und Wäschereien und lebten vom Hafenbetrieb, insbesondere von ihren regelmäßig in die Stadt kommenden Landsleuten. Die – freilich ungenau erfassten – statistischen Zahlen blieben gegenüber Rotterdam jedoch zurück und lagen für 1910 bei 207, für 1925 bei 111 Personen.¹³

¹¹ Wubben, S. 145-152; Bart Zeven, Van Chineezenreserves en pindamannen. De kijk [Blick] van Nederlanders op Chinezen in de jaren 1910-1940, in: Anne Frank Stichting (Hrsg.), *Vreemd gespuis*, Amsterdam 1987, S. 77-91, hier S. 86-88; zeitgenössisch: „Lekka-lekka-pinda-pinda!“, in: *Het Leven*, 28, 1933, Nr. 5.

¹² Siehe dazu ausführlich Lars Amenda, *Fremde – Hafen – Stadt. Chinesische Migration und ihre Wahrnehmung in Hamburg 1897-1972*, München/Hamburg 2006.

¹³ Statistisches Bureau der Steuer-Deputation (Hrsg.), *Statistik des Hamburgischen Staates*, Hamburg 1910, S. 39; Statistisches Landesamt, *Statistik des Hamburgischen Staates*, Hamburg 1927, S. 96. Anders als in

Eine Besonderheit Hamburgs waren seine beiden auch überregional bekannten chinesischen Treffpunkte, das „Neu-China“ und das „Cheong Shing“ („Große Mauer“) in der Amüsierstraße Große Freiheit, die Mitte der 1920er Jahre gegründet worden waren. Hier trafen sich chinesische Migranten und Seeleute, aber auch deutsche Frauen und einige Intellektuelle mit „Fernweh“ wie beispielsweise Kurt Tucholsky, der von der dortigen multikulturellen Atmosphäre schwärmte.¹⁴ Die beiden Lokale machen deutlich, dass das Chinesenviertel keineswegs vollständig segregiert war, sondern über viele Berührungspunkte mit der Stadtgesellschaft verfügte.

Wegen der engen Verbindung mit der Schifffahrt war die chinesische Migration ausgesprochen temporär und fließend. Dies lag auch an den Netzwerken chinesischer Seeleute und Migranten zwischen Südchina und der Nordsee. Zwischen den Chinesenvierteln in westeuropäischen Hafenstädten gab es eine Vielzahl persönlicher, familiärer und regionaler Kontakte. Dies war auch ein Ausdruck der besonderen Bedeutung der Familie und des Clans in Südchina, Bindungen, die auch von Migranten aufrechterhalten wurden. Hatte ein Chinese ein eigenes Geschäft in Rotterdam oder Hamburg eröffnet, so konnte er hier leicht Verwandte unterbringen. Ein gutes Beispiel für die stete Kommunikation untereinander sind die vielen Besuche chinesischer Migranten aus England in Hamburg zu Beginn der 1920er Jahre. Während diese den hamburgischen Behörden mitteilten, sie besuchten lediglich Verwandte, kaufte eine Reihe von ihnen Gaststätten, da wegen der Inflation das Preisniveau für Ausländer mit stabiler Valuta sehr günstig war.¹⁵

Spätestens seit den 1920er Jahren gibt es auch einige Hinweise auf eine dauerhafte Einwanderung chinesischer Migranten in beiden Hafenstädten. Gerade chinesische Geschäftsinhaber, die wirtschaftlichen Erfolg hatten, lebten meist mehrere Jahre an einem Ort und erlernten die jeweilige Sprache. Weil zu dieser Zeit fast ausnahmslos chinesische Männer nach Europa kamen, lebten die Migranten meist in Partnerschaften oder waren verheiratet mit europäischen Frauen. Eine gewisse Verstetigung der chinesischen Präsenz lässt sich auch an Vereinsgründungen ablesen – 1929 wurde der Chinesische Verein in Hamburg ins Leben gerufen, der bis

Rotterdam beruhten diese Zahl nicht auf einer tatsächlichen Zählung der Polizei, sondern auf den Anmeldungen bei der Fremdenpolizei zum jeweiligen Stichtag am 1.12. eines Jahres.

¹⁴ Kurt Tucholsky, Auf der Reeperbahn nachts um halb eins [1927], in: ders., Gesammelte Werke, Sonderausgabe, Reinbek 1995, Bd. 5, S. 282-284 (der Artikel erschien erstmals unter dem Pseudonym Peter Panter in der Vossischen Zeitung vom 19.8.1927).

¹⁵ Zahlreiche Fälle sind dokumentiert in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), R 85831, R 85832. Dies war auch der Grund für die hohe Zahl chinesischer Studenten in Berlin zu dieser Zeit – insgesamt 500 Personen, siehe dazu Thomas Harnisch, Chinesische Studenten in Deutschland. Geschichte und Wirkung ihrer Studienaufenthalte in den Jahren 1860 bis 1945, Hamburg 1999, bes. S. 203.

zum Zweiten Weltkrieg aber recht wirkungslos blieb und sich erst danach zu einer wichtigen Einrichtung entwickelte.¹⁶ 1922 hatten Chinesen in den Niederlanden bereits einen nationalen Verein der Chinesen in Holland gegründet (*Wah Kiu Kun*), der aber aufgrund der unterschiedlichen regionalen Herkunft der Mitglieder tief gespalten war.

Behördliche Reaktionen

Den Behörden in Rotterdam und Hamburg war bewusst, dass eine Beschäftigung chinesischer Seeleute von den lokalen Reedereien erwünscht war. In Hamburg versuchte die Polizei – sie verfügte ebenso wie in Rotterdam über eine spezielle Hafenz Polizei – während des Kaiserreichs die Landgänge von Chinesen zu begrenzen und drängte darauf, dass diese auf ihren jeweiligen Schiffen nächtigten. Als 1912 ein Chinese in Liverpool ein *boarding house* für chinesische Seeleute in Hamburg eröffnen wollte, lehnte die Polizeibehörde dies aus Sorge vor einer dauerhaften Einwanderung ab. Die Hamburger Polizei war vor dem Ersten Weltkrieg gewillt, die koloniale Hierarchie aufrechtzuerhalten und chinesische „Kulis“ in ihre Schranken zu weisen. Mit dem erwähnten bilateralen Vertrag von 1921 änderte sich die politisch-rechtliche Situation. Die Verantwortlichen bei der Polizei konnten sich an die neue Lage jedoch nur schwer gewöhnen. Die vielen überlieferten Polizeiberichte sind von einem diskriminierenden Tonfall geprägt, wie etwa eine Einschätzung aus dem Jahr 1921 verdeutlicht: „Die dauernde Niederlassung von derartigen fremdstämmigen Ausländern ist nicht erwünscht. Sie muss nicht nur im sanitären, sondern auch im Allgemeinen deutschen Interesse [...] mit allen Mitteln verhindert werden.“¹⁷ Ohne ein Einwirken des Auswärtigen Amtes, dessen Mitarbeiter die allzu offensichtlich rassistischen Passagen in Hamburger Polizeiberichten regelmäßig markierten, hätte die Hamburger Polizei ungleich mehr Chinesen ausgewiesen, da sie diese durchweg als kriminell einstufte, ohne jedoch in der Regel schlüssige Beweise für die Verdächtigungen vorlegen zu können.

Wie im Zitat anklingt, begründete die Hamburger Polizei ihre Ablehnung gegenüber der chinesischen Migration mit hygienischen Vorstellungen, welche die städtische Politik nach der verheerenden Choleraepidemie 1892 nachhaltig prägten.¹⁸ So entstanden bereits 1893 die neuen Institution des Hafenzarztes und 1900/01 des Hafenzkrankenhauses, das bezeichnenderweise direkt der Polizeibehörde unterstand.

¹⁶ Eine Foto des Gründungstreffens ist reproduziert in Amenda, *Fremde – Hafen – Stadt*, S. 139.

¹⁷ PA/AA, R 85831, Schreiben des Hamburger Polizeipräsidenten an die Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten (Abschrift), 9.11.1921.

¹⁸ Richard J. Evans, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910*, Reinbek 1990.

Maritime Mobilität und Migration – wie die erhebliche Auswanderung über Hamburg in die USA – sollten mittels dieser neuen Instrumente überwacht werden. Vor dem Hintergrund des Hygiene-Diskurses erschienen chinesische Seeleute und Migranten der Hamburger Polizei als „Plage der Hafenstädte“ und Gefahr für die städtische Gesellschaft.¹⁹ Die Polizeibehörde sorgte maßgeblich dafür, dass das bestehende Hafengesetz 1925 verschärft wurde und folglich Landgänge von der Polizei im Voraus bewilligt und Listen mit Seeleuten vorgelegt werden mussten, auf denen „Farbige“ (und damit auch Chinesen) als solche zu deklarieren waren.²⁰

In Rotterdam blieben die Behörden demgegenüber lange indifferent. Erst mit den wirtschaftlichen Problemen und der steigenden Arbeitslosigkeit zu Beginn der 1930er Jahre ging der Polizeipräsident Sirks verschärft gegen chinesische Migranten vor und reduzierte ihre Zahl durch Ausweisungen, insbesondere von älteren und arbeitslosen Seeleuten.²¹ Eine hygienische Gefahr wurde in Rotterdam hingegen nicht beschworen, obwohl die Überbelegung der Unterkünfte in Katendrecht bereits seit den 1920er Jahren als unhaltbar galt.²² Mit Blick auf Hamburg und ähnliche Regelungen wie in Großbritannien oder Belgien, vermisste die niederländische Polizei ein restriktiveres Hafengesetz in Rotterdam und machte dies für den Anstieg der Zahl chinesischer Migranten verantwortlich.²³

Aus stadthistorischer und -planerischer Sicht ist die Migrationgeschichte Katendrechts sehr interessant. Die besondere Lage auf der abgelegenen Halbinsel hat den Stadtsoziologen Han Meyer etwa zu der These animiert, die Behörden hätten dort gezielt soziale Randgruppen wie eben Chinesen oder später auch Prostituierte konzentriert, um sie von der Gesellschaft zu isolieren und besser kontrollieren zu können.²⁴ Einmal davon abgesehen, dass die These bereits deshalb problematisch ist, als sich chinesische Pindahändler seit den frühen 1930er Jahren in niederlän-

¹⁹ Staatsarchiv (StA) Hamburg, 331-1 I, 991, Vermerk der Polizeibehörde Hamburg, Inspektion 2 (Möller), 1.10.1925.

²⁰ StA Hamburg, 331-1 I, 846, Bd. 2; Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe (Hrsg.), Hamburg mit einem Auszug aus dem Hamburgischen Hafengesetz und einer Beschreibung des Hafens, Hamburg 1929, S. 96.

²¹ Siehe dazu die umfangreichen Materialien in GA Rotterdam, 63, 3165; Wubben, S. 168-174, 176f., erkennt in den systematischen Ausweisungen eine reaktionäre Politik, welche er sogar etwas übertrieben in die Nähe des NS-Regimes bringt.

²² Th. K. van Lohuizen, De Chineezzen op Katendrecht en de Rotterdamsche logementenverordening, in: Tijdschrift voor Stedebouw en Volkshuisvesting 9, 1928, S. 131-139.

²³ Van Heek, S. 92.

²⁴ Han Meyer, Operatie Katendrecht. ‚Demokratisering‘ van het sociaal beheer van de grote stad, Nijmegen 1983; die überspitzte These kritisiert Karel Davids, De ‚rosse‘ Kaap. Over het stigma van een Rotterdamsche buurt, 1900-1985, in: H. Diederiks/C. Quispel (Hrsg.), Onderscheid en minderheid. Sociaal-historische opstellen over discriminatie en vooroordeel, Hilversum 1987, S. 150-173.

dischen Städten stark verteilten, lässt sich die Niederlassung vielmehr mit den maritimen Traditionen Katendrechts erklären.

Wie wirkte sich die NS-Herrschaft auf die chinesische Migration in Hamburg aus? Erst infolge der verschärften Devisenbestimmungen von 1936/37 gingen Kriminalpolizei und Zollfahndung verschärft gegen chinesische Geschäftsinhaber und Händler vor, die sie regelrecht zu einer verschworenen Gemeinschaft stilisierten.²⁵ Der Zweite Weltkrieg bewirkte dann einen erheblichen Einschnitt, da die Polizei ihre Razzien noch einmal intensivierte und die Chinesische Republik 1941 Deutschland den Krieg erklärte. In der Folge blieb der zuvor so wichtige diplomatische Schutz für die chinesische Minderheit aus. Die verschärfte Verfolgung gipfelte am 13. Mai 1944 in der „Chinesenaktion“: Beamte der Gestapo verhafteten 130 chinesische Männer und misshandelten diese anschließend monatelang im Gestapogefängnis Fuhlsbüttel und im „Arbeitserziehungslager Wilhelmsburg“. Das Kapitel des maritim geprägten Chinesenviertels in Hamburg-St. Pauli war damit gewaltsam beendet worden.

Bilder und Wahrnehmungen

Die Geschichte chinesischer Migranten in europäischen Hafenstädten ist nicht ohne ihre Bilder und Wahrnehmungen in den Zielländern zu verstehen, da diese das behördliche Vorgehen massiv beeinflussten. Auf Seiten der westlichen Gesellschaft riefen die kleinen „Chinesenviertel“ Imaginationen hervor, die sich aus überlieferten, populären Vorstellungen von China und Chinesen speisten.²⁶ Es waren vor allem „Fremdheit“ und „Exotik“ chinesischer Migranten, welche – je nach Standpunkt – beängstigte oder faszinierte. Aber nicht nur Vorstellungen von China flossen ein, auch die chinesische Migration in den USA und die dortigen „China-towns“ waren eine häufige Assoziation angesichts der kleinen europäischen Chinesenviertel. Letztlich galten Chinesen als Personifikation des globalen Migranten, die Chinesenviertel in der städtischen Nachbarschaft wirkten als ein Ausdruck der Globalisierung, der zunehmenden weltweiten Verflechtungen.

In Rotterdam und insbesondere Hamburg vermuteten Behörden und Bevölkerung, dass chinesische Migranten und Seeleute in erheblichem Maße kriminell seien. Es galt als sicher, dass Chinesen Drogen, vor allem Opium, schmuggelten und in geheimen „Opiumhöhlen“ konsumierten.²⁷ Tatsächlich rauchten nicht wenige

²⁵ Siehe dazu Amenda, *Fremde – Hafen – Stadt*, S. 215-238, 258-281; ders., „Chinesenaktion“. Zur Rassenpolitik und Verfolgung im nationalsozialistischen Hamburg, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 91 (2005), S. 103-132.

²⁶ S. allgemein: Colin Mackerrass, *Western Images of China*, Oxford/New York 1989.

²⁷ Josephus J. Dietz, *Politie-arbeid in een grote stad* [Rotterdam], Amsterdam 1931, S. 174, 182; Ernst

chinesische Seeleute Opium, das sie als Genussmittel betrachteten. Auch existierte ein organisierter Opiumsmuggel, der angesichts der vielen chinesischen Besatzungen auf europäischen Dampfschiffen leicht zu organisieren war, an dem aber auch europäische Seeleute teilnahmen, um ihre geringe Heuer aufzubessern. Einzelne Chinesen galten als Drahtzieher des klandestinen Gewerbes, so etwa Choy Loy, der 1897 als Sohn eines Kaufmanns in Hongkong geboren worden war. Er soll während des Ersten Weltkrieges nach London gelangt sein, lebte in den 1920er Jahren in Rotterdam, Hamburg und Antwerpen und soll zudem regelmäßig zwischen China, Europa und den USA gependelt sein.²⁸ Choy Loy war auch mit einer anderen schillernden Persönlichkeit befreundet: Brilliant Chang, der als „Dope King“ im London der 1920er Jahre zweifelhaften Ruhm erlangte.²⁹ Migrantinnen wie Chang oder Choy lösten massive gesellschaftliche Reaktionen aus, weil sie die koloniale Ordnung herausforderten, wenn sie sich beispielsweise dandyhaft mit mehreren Frauen an ihrer Seite im großstädtischen Nachtleben zeigten. In den Medien wurden sie als Personifikationen des gesellschaftlichen Umbruchs in Folge des Ersten Weltkrieges dargestellt.³⁰ Auch wenn Indizien für eine Beteiligung am Drogenhandel sprachen, konnte die Polizei ihnen dies trotz erheblicher Anstrengungen nicht nachweisen. Angesichts der großen Verbreitung der Modedroge Kokain im hedonistischen Milieu der Großstadt in den 1920er Jahren war der Opiumsmuggel vergleichsweise überschaubar.³¹

Nicht nur Ethnizität prägte die Bilder und Wahrnehmungen, sondern auch die Kategorie Geschlecht war zentral. Vor dem Hintergrund verbreiteter Stereotype (wie etwa Hinterhältigkeit) galt die Sexualität chinesischer Männer als abweichend von europäischen Normen. Die Chinesen wurden folglich als eine Gefahr für einheimische Frauen und Mädchen betrachtet. Aus der Verbindung von Sexualität und Drogen wurde eine grundlegende Bedrohung der europäischen Stadtgesellschaften abgeleitet. In St. Pauli kursierte in den 1920er Jahren etwa „das Gerücht von

Engelbrecht, Opiumhöhlen, in: ders./Leo Heller, Kinder der Nacht. Bilder aus dem Verbrecherleben, Finkenkrug bei Berlin o.J. (1926), S. 26-30.

²⁸ Zu seiner Person siehe StA Hamburg, 213-11, L 351/35; Wubben, S. 112f.

²⁹ Zu Chang siehe Marek Kohn, Dope Girls. The Birth of the British Drug Underground, London 1992; archivalische Unterlagen befinden sich in National Archives Kew, MEPO 3/469; Dope King Sent to Prison. Brilliant Chang to be Deported to China, in: Daily Express, 11.4.1924.

³⁰ Kohn, S. 127, 130; White Girls “Hypnotized” by Yellow Men, in: Evening News, 8.10.1920; The Lure of the Yellow Man. English Girls “Moral Suicide”. Fatal Fascination, in: Evening News, 4.10.1920

³¹ Detlef Briesen, Drogenkonsum und Drogenpolitik in Deutschland und den USA. Ein historischer Vergleich, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 72-77; Marcel de Kort, Tussen patiënt en delinquent. Geschiedenis van het Nederlandse drugsbeleid [Zwischen Patient und Delinquent. Geschichte der niederländischen Drogenpolitik], Hilversum 1995.

wilden, phantastischen Orgien“ in den Kellerwohnungen der Chinesen.³² In der westlichen Wahrnehmung verschmolzen Drogenkonsum und Sexualität zu einem einzigen Exzess in den „Chinesenkellern“. Gerade die Abgeschlossenheit der Keller – immer wieder betonten Beobachter, dass diese nicht einzusehen seien – schürte die bisweilen schrillen Vermutungen. Trotz der Ähnlichkeit der „westlichen“ Vorstellungen sind jedoch lokale Unterschiede auffällig, denn in Rotterdam war dieser Diskurs bei weitem nicht so ausgeprägt wie in Hamburg und erst recht in London. Aufgrund der geographischen Abgeschiedenheit des Rotterdamer Chinesenviertels blieben die Migranten eher im Hintergrund. Überhaupt lässt sich ein vergleichsweise entspannter Umgang mit Fremden in den Niederlanden erkennen, der nachgerade zum nationalen Mythos erklärt wurde und erst in der jüngsten Vergangenheit nachhaltig Schaden nahm. In Hamburg färbte St. Pauli mit seinem „Schmuddel-Image“ auf das Bild chinesischer Migranten ab und vereinfachte die Gleichsetzung mit Kriminalität, Drogenkonsum und abweichender Sexualität.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung lässt sich kaum vom Bild chinesischer Migranten in den Medien trennen, da sich beides wechselseitig aufeinander bezog. Es ist jedenfalls kein Zufall, dass chinesische Migranten in den Massenmedien und der Unterhaltungsliteratur eine besondere Rolle spielten, personifizierten sie für viele Europäer doch „Fremdheit“ schlechthin. Geradezu weltweiten Ruhm erlangten die Unterhaltungsromane von Sax Rohmer, ein Pseudonym des englischen Journalisten Arthur Ward, in der die chinesische Schreckensfigur Dr. Fu-Manchu vom Londoner Chinesenviertel aus seine sinistren Pläne schmiedet.³³ Die zahlreichen Titel wie „The Mystery of Dr Fu-Manchu“ (1913) wurden in viele Sprachen übersetzt, darunter auch ins Deutsche und Niederländische, und beeinflussten sogar das Bild chinesischer Migranten in den USA.³⁴ Ward hatte auch Nachahmer, in Deutschland etwa den gelehrten Buchhändler Alfons Zech. Dieser veröffentlichte 1936 einen Kriminalroman, der zu weiten Teilen im Hamburger Chinesenviertel der späten 1920er Jahre spielt und dieses als einen Ort moralischer Verworfenheit und Gesetzlosigkeit darstellt.³⁵ Die Kriminalität chinesischer Migranten gipfelt im

³² Die „gelbe Gefahr“ in St. Pauli, in: Deutsche Zeitung, Nr. 33 vom 21.1.1925 (Hervorhebung im Original).

³³ Clive Bloom, *Twentieth-Century Suspense. The Thriller Comes of Age*, London 1990, S. 22-36.

³⁴ Sax Rohmer, *The Mystery of Dr Fu-Manchu*, London 1913; deutsch: *Die Mission des Dr. Fu-Mandschu*, Berlin 1927; Tina Chen, *Dissecting the „Devil Doctor“: Stereotype and Sensationalism in Sax Rohmer's Fu Manchu*, in: Josephine Lee/Imogene L. Lim/Yuko Matsukawa (Hrsg.), *Re/collecting Early Asian America. Essays in Cultural History*, Philadelphia 2002, S. 218-237.

³⁵ Alfons Zech, *Begegnung auf der Landstraße. Ein Hamburger Roman aus dem Jahre 1928-29*, Berlin 1936; siehe dazu meinen Artikel: *Migration und Kriminalisierung. Das „Chinesenviertel“ in St. Pauli/Altona und der Unterhaltungsroman „Begegnung auf der Landstraße“ (1936) von Alfons Zech*, in: *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* 46, 2005, S. 92-119.

Roman in einem geplanten Tausch einer deutschen Frau gegen Opium, der nur in allerletzter Minute abgewendet werden kann.³⁶ Die literarische Kriminalisierung mag eine grobe Zuspitzung sein, verdeutlicht aber einmal mehr den teilweise beträchtlichen Verzerrungsgrad der Wahrnehmung. In markantem Gegensatz dazu steht der einzige zeitgenössische Roman über das Rotterdamer Chinesenviertel, in dem ein niederländischer Pastor aus Mitleid ein Missionswerk für verarmte Chinesen betreibt.³⁷ Auch wenn einzelne Unterhaltungsromane keine verlässliche Quellengrundlage bilden können, ist es doch erstaunlich, wie sehr die beschriebenen Werke mit den jeweiligen lokalen und nationalen Einstellungen korrespondierten.

Chinesische Gastronomie in der urbanen Konsumgesellschaft

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges begann eine vollkommen neue Phase der chinesischen Migration in Europa. Bereits in den 1950er Jahren setzte ein regelrechter Boom chinesischer Küche in englischen Städten ein, der auf gesellschaftlichen Veränderungen und dem Wunsch nach Internationalität auch in gastronomischer Hinsicht beruhte und vielen chinesischen Migranten vor allem aus der britischen Kolonie Hongkong ein wirtschaftliches Auskommen sicherte.³⁸ Hatten vor dem Zweiten Weltkrieg nur recht wenige europäische Großstädter chinesische Speisen als reizvoll angesehen, die zu diesem Zeitpunkt noch authentisch waren, da sich die Lokale vornehmlich an chinesische Seeleute und Migranten wandten, so profitierten chinesische Gastronomen seit den 1950er Jahren von den gesellschaftlichen Transformationen in Westeuropa.³⁹ Die „Fremdheit“ der Chinesen war nun auch vor dem Hintergrund des beginnenden Massentourismus auf einmal ein kulturelles und ethnisches Kapital, während sie in den zurückliegenden Jahrzehnten vehemente Ablehnung auf Seiten der Behörden hervorgerufen hatte.

In Rotterdam veränderte sich die chinesische Gastronomie nun wie auch in anderen niederländischen Städten wie Amsterdam und Den Haag.⁴⁰ Zwar gab es zu

³⁶ Der Kriminalkommissar Brinkmann urteilt im Roman: „Rauschgifthandel, Spielhöllen, Schmuggel sind besondere Spezialitäten unserer gelben Freunde aus dem fernen Osten!“, zit. n. ebenda, S. 110.

³⁷ G. J. Peelen, *Delistraat. Roman uit de Chineezenvijk van Katendrecht*, Kampen 1938.

³⁸ James L. Watson, *Restaurants and Remittances: Chinese Emigrant Workers in London*, in: George M. Foster/ Robert V. Kemper (Hrsg.), *Anthropologists in Cities*, Boston 1974, S. 201-222; allgemein Anne J. Kershen (Hrsg.), *Food in the Migrant Experience*, Aldershot/Burlington 2002.

³⁹ Michael Wildt, *Am Beginn der ‚Konsumgesellschaft‘. Mangelserfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1994.

⁴⁰ Siehe Boudewijn R. Rijkschroeff, *Etnisch ondernemerschap. De Chinese horecasector in Nederland en in de Verenigde Staten van Amerika (Ethische Unternehmerschap. Chinesische Gastronomie in den Niederlanden und den USA)*, Capelle a/d IJssel 1998, bes. S. 53-81; R. van der Sijde, *Chinees-Indische*

dieser Zeit noch einige Lokale in Katendrecht – wie etwa das „Chong Kok Low“⁴¹–, doch für die chinesische Gastronomie war nun eine neue Zeit angebrochen. Von den 27 chinesischen Restaurants, die 1957 bereits im Rotterdamer Telefonbuch verzeichnet waren, lagen noch acht in Katendrecht und hier vor allem in der Deli- und Atjehstraat.⁴² Die meisten neuen Lokale befanden sich jedoch in der Innenstadt und strahlten eine urbane Modernität aus.⁴³ Ein gutes Beispiel dafür war das große, modern aufgemachte „China Garden“ im Nieuwe Binnenweg, über das in der Presse lange und begeisterte Artikel erschienen.⁴⁴ Die Betreiber chinesischer Restaurants zielten jetzt auf eine niederländische Klientel, von der sie nicht erwarteten, sie ins abgelegene Katendrecht locken zu können.

Eine niederländische Besonderheit war die Synthese von chinesischer und indonesischer Küche, welche sich ebenfalls in den 1950er Jahren herausbildete. Die „chinees-indisch restaurants“ konnten dabei auf koloniale niederländische Traditionen rekurren – in Indonesien, vormalig Niederländisch-Indien und seit 1949 unabhängig – lebte eine große chinesische Minderheit. Für die niederländische Bevölkerung war chinesische Gastronomie deshalb nicht ganz so „fremd“ wie für die westdeutsche. Dies bedeutete aber keineswegs, dass die Rotterdamer Bevölkerung keine Klischees gegenüber chinesischem Essen abrufen konnte. So tauchte in der Presseberichterstattung über die ständig wachsende Zahl chinesischer Lokale gelegentlich auch der Verweis auf altbekannte Gerüchte wie etwa den Verzehr von Hunden auf. Sie wurden nun jedoch ausdrücklich als falsch bezeichnet.⁴⁵

Ein ganz ähnliches Muster lässt sich auch für Hamburg erkennen. Seit den 1950er Jahren avancierten China-Restaurants, wie sie in Westdeutschland bald hießen, zu modernen, großstädtischen Orten der Freizeitgestaltung. In Hamburg war das 1956 eröffnete „Tunhuang“, das zwei Filialen in der Innenstadt hatte, stilbildend und wegweisend, da der chinesische und der deutsche Geschäftsinhaber erstmals professionell ausgebildete Köche beschäftigten und in der Inneneinrichtung populäre Vorstellungen von China bedienten.⁴⁶ Ein weit verbreiteter Stadtfüh-

restaurants, 's- Gravenhage 1983.

⁴¹ Es wurde als das älteste chinesische Lokal am Platze beworben („Oudste Chinees Restaurant van Rotterdam“), Plaatselijke Telefoondienst Rotterdam, Rotterdam 1957, S. 147.

⁴² Ebenda, S. 146f.

⁴³ Oriënt aan Westersingel, in: Rotterdamsche Nieuwsblad, 18.7.1963; Chinees restaurant, in: Rotterdamsche Nieuwsblad, 18.7.1963.

⁴⁴ Fijnproevers uit China [Feinschmecker aus China], in: De Rotterdamer, 12.11.1966; China Garden, in: Rotterdamsche Nieuwsblad, 25.5.1964.

⁴⁵ Geruchten over hond in de pott onwaar [Gerüchte über Hund in der Pfanne sind unwahr], in: Rotterdamsche Nieuwsblad, 7.4.1971.

⁴⁶ „Waldquelle“ serviert, in: Bild-Zeitung, 4.6.1953; Theodor Böttiger, Kulinarische Streifzüge durch Hamburg. 47 Restaurants und 90 Rezepte ihrer Spezialitäten, Zürich 1966, S. 80f.

rer listete 1968 bereits 22 China-Restaurants auf, die damit die mit Abstand größte Gruppe „ausländischer Spezialitätenrestaurants“ bildeten.⁴⁷ Hamburg war wegen seiner maritimen Traditionen und seines Rufs als Welthafen der Schwerpunkt chinesischer Gastronomie in der Bundesrepublik. Die hamburgischen Behörden unterstützten in den 1960er Jahren sogar chinesische Lokalinhaber, wenn diese aufgrund der restriktiven Ausländerpolitik Probleme hatten, chinesisches Personal zu finden.⁴⁸ Seit den 1960er Jahren waren China-Restaurants ein willkommenes Zeichen der Internationalität Hamburgs, das sich ideal in die touristische Attraktivität des Hafens und St. Paulis einfügte.⁴⁹ Wie sehr die chinesische Küche in Hamburg in den frühen 1970er Jahren bereits heimisch geworden war, illustriert eine 1972 vom „Hamburger Abendblatt“ veröffentlichte Sonderbeilage mit einer Karte der ausländischen Restaurants in der Innenstadt, auf der die Dominanz der China-Restaurants ebenfalls sehr deutlich wird.⁵⁰ Die Gerüchte über Opiumhöhlen und Kriminalität waren jetzt Geschichte, chinesische Migranten, die sich fast ausschließlich in der ethnischen Nische der Gastronomie eingerichtet hatten, galten nun allgemein als Bereicherung der modernen Großstadt.

Fazit

Die Geschichte chinesischer Seeleute und Migranten in den Hafenstädten Rotterdam und Hamburg illustriert, wie „normal“ globale Kontakte an diesen Orten waren, aber auch wie ungewöhnlich Chinesen und die kleinen „Chinesenviertel“ dennoch auf europäische Betrachter wirkten. Die vielen Tausende chinesischer Seeleute in der europäischen Handelsschifffahrt ermöglichten einigen Landsleuten ein Auskommen als Betreiber von Lokalen und Unterkünften und sorgten für eine gewisse chinesische Prägung in den Hafenvierteln Katendrecht und St. Pauli. Chinesische Seeleute und Migranten etablierten Netzwerke zwischen Europa und China und knüpften auch zahlreiche Kontakte zwischen Hamburg und Rotterdam. Das kulturelle Unverständnis auf Seiten der Stadtgesellschaften sorgte für eine teilweise hysterische Kriminalisierung chinesischer Migranten, die stark mit ihrem von harter Arbeit bestimmten Alltag kontrastiert. Hier zeigt sich, wie sehr die ethnische

⁴⁷ Walter Stahl/Dieter Wien, *Hamburg von 7-7*, 5., überarb. Aufl., Hamburg 1968, S. 327f.

⁴⁸ Über den Ausschluss von Nichteuropäern in der bundesdeutschen Ausländerpolitik – behördenintern hießen sie eine Zeit lang sogar recht bizarr „Afro-Asiaten“ – siehe Karen Schönwälder, *Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er Jahren bis zu den 1970er Jahren*, Berlin 2001, S. 257-277.

⁴⁹ Stahl/Wien, S. 289, bezeichneten passend dazu das „Tientsin“ und „Mandarin“, jeweils am Anfang und Ende der Reeperbahn gelegen, als „ein gastronomisches Symbol für St. Paulis internationales Milieu“.

⁵⁰ *Die Küchen der Welt in unserer Stadt* (Beilage), in: *Hamburger Abendblatt*, 21.6.1972.

Ballung, das Entstehen einer kleinen Kolonie die Wahrnehmung beträchtlich verstärkte. Die westlichen Vorstellungen von Chinesen in der eigenen Nachbarschaft waren ausgesprochen ambivalent und reichten von einer vehementen Ablehnung bis hin zu Faszination gegenüber einer fremden Kultur seit den 1920er Jahren. Die Verfolgung chinesischer Migranten im nationalsozialistischen Hamburg basierte auf solchen Zuschreibungen und wurde von radikalisierten Gestapobeamtinnen eigenmächtig durchgeführt. Seit den 1950er Jahren profitierten chinesische Migranten dann von ihrer „Fremdheit“, vom Wunsch nach Internationalität innerhalb der urbanen Wohlstandsgesellschaft und richteten sich in der neuen Nische der ethnischen Gastronomie ein. Der Vergleich zwischen Rotterdam und Hamburg zeigt viele Gemeinsamkeiten, verweist aber auch auf punktuelle Unterschiede wie die sprichwörtliche niederländische Toleranz, wie etwa gegenüber den Pindahändlern, die so in Deutschland undenkbar gewesen wäre. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gehörten chinesische Seeleute und Migranten zwar zum gewohnten Bild der Hafenstadt, waren wegen der tief verwurzelten negativen Vorstellungen jedoch auch ein Stein des Anstoßes. Im scharfen Gegensatz zu vorangegangenen Jahrzehnten gehörten Chinesen in der Nachkriegszeit nicht zum „Ausländerproblem“. Nunmehr standen vor allem südeuropäische Arbeitsmigranten im Visier.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: Gemeentechief Rotterdam

Dr. phil. Lars Amenda, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Universität Hamburg, amenda@zeitgeschichte-hamburg.de

Making Sense of the City: Religious Spaces of Young Muslim Women in Berlin

“...in the city, different people with different projects must necessarily struggle with one another over the shape of the city, the terms of access to the public realm, and even the rights of citizenship. Out of this struggle the city as work – as an *oeuvre*, as a collective if not singular project – emerges, and new modes of living, new modes of inhabiting, are invented.”¹

Introduction

Since the 1960s, immigration to European urban centres has contributed toward changes in cities’ landscapes through the introduction of new modes of living. Today, Islam is increasingly present in European societies, as the veil (*hijab*) has grown in popularity among young Muslims, and purpose-built mosques in the late 1990s have replaced the earlier provisory backyard or factory hall mosques of the 1970s.² The



Abb. 1: Baustelle der Omar Ibn al-Khattab –Moschee in Berlin-Kreuzberg, September 2004.

new four-storey high minaret topped Omar Ibn al-Khattab mosque, under construction at the Görlitzer Bahnhof in the middle of Kreuzberg 36, is only one example of a previously hidden al-Ahbash community now making its presence felt in Berlin with a multifunctional building that provides both space for shopping and prayer.

¹ Henri Lefebvre, *The Production of Space*, Oxford 1996 [1968], quotation in: Don Mitchell, *The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space*, New York 2003, S. 18.

² Jocelyne Cesari, *Mosque Conflicts in European Cities: Introduction*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 3: 6, 2005, S. 1015-1024.

Religious spaces, such as mosques, have to provide services to the increasingly plural European Muslim communities. In the 21st century, there are large inter- and intragenerational differences in religious orientation among Muslim populations.³ Whereas some consider Islam as a part of their cultural and ethnical heritage, others confine religion to their private sphere, although continuing to visit mosques regularly. Meanwhile, others relate to Islam as a way of life, thus, part of both their private and public life. While it is estimated that around 40 per cent of the Muslim population of Turkish origin in Germany visit a mosque at least once a week⁴, there are no reliable figures; many prefer to pray at home, but recognise mosques as a social space where ethnic and national social networks are strengthened.

This paper illustrates how the migrant population has continuously contributed to visually shape Berlin as a city. How is the city shaped as a space and as a social area of interaction, how is it altered and imprinted by the introduction of a new population which gradually again changes its own relationship both to the city and to the country of residence? It is argued that the empirical changes need to be considered as visualising social practices which, on the one hand, seek to fulfil certain needs and on the other, establish social spaces of belonging in Berlin. Secondly, the paper will empirically look closer at one city area, namely the particular social space of mosques as contested spaces, both for non-Muslims and for young Muslims. In focus here is also how religiously devoted Muslim women in Berlin engage with mosques at the level of their perception, and how they are establishing their local religious social spaces through this process.⁵

³ Research has pointed to the plurality of ways of belonging to Islam and of being Muslim, including Pnina Werbner, *Essentialising Essentialism, Essentialising Silence: Ambivalence and Multiplicity in the Constructions of Racism and Ethnicity*, in: Pnina Werbner / Tariq Modood (Hrsg.), *Debating cultural hybridity: multicultural identities and the politics of anti-racism*, London 1997; Christine Jacobsen, *Tilhørighetens mange former: Unge muslimer i Norge*, Oslo 2002; Brigitte Maréchal et al. (Hrsg.), *Muslims in the Enlarged Europe*, Leiden 2003; Werner Schiffauer, *Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs – ein Lehrstück zum verwickelten Zusammenhang von Migration, Religion und sozialer Integration*, in: Klaus J. Bade/Michael Bommes/ Rainer Münz (Hrsg.), *Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt a. M. 2004, S. 67-97.

⁴ According to this study, 30 per cent of Muslims of Turkish origin visit a mosque only once a year or never. Faruk Sen/Martina Sauer, *Islam in Deutschland. Einstellungen der türkischstämmigen Muslime. Religiöse Praxis und organisatorische Vertretung türkischstämmiger Muslime in Deutschland*, Zeitschrift für Türkeistudien – aktuell Heft 115 (2006).

⁵ The term 'Muslim' should not be used unreflectively. Generally, current social research considers all people who directly come from or have the specific background of a country where the majority is following the Islamic religion as "Muslims". This neglects internal differences in people's religiosity as it also includes people who are non-believers or adhere to another faith. Here I am referring to 41 religiously oriented women and girls seeking to improve themselves as religious subjects.

The two parts of the paper explore fractions of the story of how the city as an *oeuvre* (cf. Lefebvre) is continuously emerging, and how people can relate to the different social spaces available. Whereas the historical or visual mapping of physical space refers to and indicates the idea of fixed referents and measurements of the urban landscape (part 1), it does not 'people' the space⁶ (part 2). As Chambers eloquently tells us: "The city plan is both a rationalization of space and time; its streets, buildings, bridges and roads are temporal indices. It permits us to grasp an outline, a shape, some sort of locations, but not the contexts, cultures, histories, languages, experiences, desires and hopes that course through the urban body."⁷ Social relations and processes create places in a material sense, but simultaneously produce *meanings*, which people connect to places.⁸ Social space, which includes a personal relation towards the space, is both produced and maintained by discursive and material practices.⁹ Different actors will relate to urban religious spaces, such as a mosque, in different ways which can be read like 'spatial stories'¹⁰, or which can be understood in terms of 'mental mapping'.

The data for the second part of the paper stem from participant observation with young women (14–35 years old) active in Muslim organisations, and from my regular visits to several mosques in Berlin from April 2004 to February 2006. Necessarily there is an extensive variety of different subject positions amongst the social groups inhabiting the city that should not be bundled together as a singular, all-embracing category as if all were socially operating in a similar fashion.¹¹ The choice of focusing on young women is the urgent need of understanding the current Muslim population growing up in Germany. These young Muslims represent a generational change in their approach to Islam in Germany. Having different national backgrounds (Egyptian, Turkish, Sudanese, Palestinian, Lebanese and German), with different socio-cultural backgrounds (although many belong to an upwardly mobile part of the migrant population due to their success in the German educational system) many of these young women try to distinguish between the ethnic or national background of their parents and their own religious identification. Many young Muslims in European cities, but also in Istanbul, are searching to

⁶ Ian Chambers, *Cities without maps*, in: John Bird et al. (Hrsg.), *Mapping the Futures: Local Cultures, Global Change*, London 1993, S. 188-199.

⁷ Chambers, S. 189.

⁸ Doreen Massey, *Space, Place and Gender*, Minneapolis 1994.

⁹ De Certeau, *The Practice of Everyday Life*, London 1984.

¹⁰ De Certeau.

¹¹ Cf. John Eade and Christopher Mele, *Understanding the City*, in: John Eade/Christopher Mele (Hrsg.), *Understanding the City: Contemporary and Future Perspectives*, Oxford 2002, S. 3-23.

perform an Islam detached from ‘tradition’ and ‘culture’.¹² It will be suggested how this also affects their mapping of religious spaces in Berlin. By focusing on this group, I seek to contribute to break down stereotypes of young Muslims, and provide a more diversified understanding of the current direction of performing Islam instead, as well as to show practices of this social group in the framework of religious spaces in European cities.

Berlin: Changing Urban Spaces

The Muslim population in Berlin comprises up to 213,000 people; an estimate including both figures from immigrants’ countries of origin and converted Germans.¹³ Although the German government financed a wooden mosque for the Muslim prisoners of war in Wünsdorf in 1915, which was later demolished in 1930,¹⁴ Islam was mainly introduced into German society through the arrival of Turkish *Gastarbeiter* following the bilateral working agreements signed between Germany and Turkey in 1961. In Berlin, a large part of the immigrant population was more or less assigned to live in Kreuzberg, an area that in the late 1960s was planned for regeneration. Originally, the immigrants were to be settled temporarily in this densely built neighbourhood, which comprised late-nineteenth and early-twentieth century houses built for working-class families who lived in Berlin during the industrialisation period.¹⁵ However, these soon became permanent settlements.

The rising presence of non-working dependants – women and children – at the end of the 1970s, meant a corresponding increase in demand for basic social services, such as education and housing. The gradual transformation from temporary workforce to settlement went hand-in-hand with the increase of so-called ‘community’ structures. By the mid-1980s, Kreuzberg’s infrastructure was dominated by its Turkish population; small grocery stores and shops for household articles were set up to meet demands for provisions familiar to the migrants’ country of origin.

¹² How the young deal with these and other questions of identity will not be discussed here, but is part of my ongoing PhD research.

¹³ Riem Spielhaus/Alex Färber (Hrsg.), *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*, Berlin 2006.

¹⁴ Gerhard Höpp, *Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914 – 1924*, Berlin 1997. The old Ahmadiyya Mosque, promoted by Muslim diplomats, was erected in 1927 in the borough of Wilmersdorf. It was badly damaged during the Second World War and put under preservation order in 1993.

¹⁵ Hartmut Häussermann/Ingrid Oswald (Hrsg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*, Opladen 1997; Hartmut Häussermann/Andreas Kapphan, *Berlin: from divided to fragmented city*, in: *The Greek Review of Social Research* 113 (2004), S. 25-61.

Certain streets in Kreuzberg became (in)famous because of the establishment of businesses with names such as ‘Taksim’ Restaurant¹⁶ or ‘Little Istanbul’ hairdressers¹⁷, and are still today a recognisable Berlin trademark with Wrangelstraße and Oranienstraße often cited as examples. In summer, parks like Görlitzer Park in Kreuzberg became popular sites for picnic and barbecue meetings of Turkish families. So the *ethnic* population gradually became a more visible part of the urban image of Berlin.

The second generation continued the early tendency towards ‘ethnic businesses’ – partly also due to a lack of alternative job opportunities. Berlin followed a trend found in most European metropolises wherein employment opportunities largely reflected ethnic, religious and social status. One consequence of this urban organisation was that ethnicity increasingly became bound up with class. Saskia Sassen¹⁸, amongst others, argues that in global cities this tendency is reinforced, thereby to some extent preserving ethnic distinctions, compared to industrial cities where more universal categories such as the working class, salaried employees, private employees and civil servants are reinforced, thereby diminishing – at least to some extent – ethnic and cultural differentiation.¹⁹

From ‘ethnic’ to ‘religious’ social spaces

The relation between the (Christian) West and the (Muslim) East took a new dimension in the aftermath of the terrorist attacks in New York 2001, Madrid 2004 and London 2005, which also contributed to categorisations of the ‘migrant’ population in Europe as ‘Muslims’.²⁰ This development is also a consequence of the increase in religious community structures, such as prayer rooms and mosques, and

¹⁶ Taksim is a middle class area in Istanbul where the most popular shopping street is situated.

¹⁷ See also Ruth Mandel, Turkish Headscarves and the “Foreigner Problem”: Constructing Difference Through Emblems of Identity, in: *New German Critique* 46 (1989), S. 27-46; Ayhan Kaya, “Sicher in Kreuzberg”: Constructing Diasporas. *Turkish Hip-Hop Youth in Berlin*, Bielefeld 2001.

¹⁸ Saskia Sassen, *La métropole: site stratégique et nouvelles frontières*, in: *Cultures et Conflits* 33:4, 1999, S. 123-140.

¹⁹ See Saskia Sassen/Marie-Christine Jaillet, *Peut-on parler de sécession urbaine à propos des villes européennes?*, in: Jacques Donzelot/Marie-Christine Jaillet (Hrsg.), *La Nouvelle Question Urbaine. Plan Urbanisme Construction Architecture. Actes du Séminaire (1999/2000)*, Paris 2001, S. 23-56.

²⁰ I would also like to stress that there has been a general refocusing within migration studies over the last couple of years: rather than considering “ethnic” and “cultural” elements of the (im)migrant population, researchers now often focus on the ‘religious’ aspects. There has also been a general re-categorisation of this population; whereas large part of this population used to be categorised as “Turkish” or “Kurdish”, they are now categorised as “Muslims”, independently of whether these people would define themselves as Muslims or not.

the ending of the German and Turkish ‘myth of return’ of the *Gastarbeiter*.

Simultaneously, the number of what I call ‘religious businesses’ in Berlin neighbourhoods with a high migrant population, like Wedding, Neukölln and Kreuzberg, has increased over the last ten years. This includes the introduction of more fast food shops with signs reading ‘*halal döner*’ (made with meat slaughtered according to Islamic dietary laws), Islamic butcheries²¹, and cafes with signs that read ‘no alcohol to be drunk here’. In the neighbourhood of Neukölln, one can buy Islamic books, CD readings of the Koran, ‘religious’ toothbrushes, candies without gelatine, Muslim newspapers in German (*Islamische Zeitung*), Mecca Cola, a counselling book for food purchase for Muslims in Germany, and *hijab-Barbie* (Barbie with a veil) while listening to *Yusuf Islam* or *Ammer 114* (a German ‘Islamic’ hip-hop artist – the number refers to verses from the Koran). By creating a particular atmosphere in the shop and in the neighbourhood, shopkeepers can establish a religious ‘brand’ and reputation among their costumers. Many restaurants in these neighbourhoods also have “Ramadan specials” where anyone can get a complete meal for 5 Euro for *Iftar* (the first meal eaten at the end of a day’s fasting during Ramadan). Information on which of the ‘Turkish’ or ‘Arabic’ *Imbiss* are religiously ‘correct’ is passed via word-of-mouth among religious users.²² Islamic graffiti ‘imprintings’ on the Berlin urban landscape such as ‘Muslims are the best. Live Allah!’ or ‘Muslims love best’²³ challenge urban spaces of belonging.

The increase in young women donning the veil has resulted in the introduction of “women-only” hairdressers in these districts: the windows are well covered against the glances of passers-by and men are prohibited from entering. Wedding dress shops offer ‘Islamically correct’ dresses with matching *hijabs* (veils). Apparently, the assortment and prices of headscarves at the ‘Turkish market’ situated on the Maybachufer (Kreuzberg) on Tuesdays and Fridays can compete with those found in Istanbul. Gender divided marriages or *henna* parties (engagement parties) are performed in otherwise public spaces by covering windows from the gaze of outsiders enabling women to dance without the headscarf. Gender divided sport

²¹ Permission for the slaughtering of meat in the correct Islamic way is the result of a long process of negotiation with the German government.

²² Mandel has described how shopkeepers in Kreuzberg use the fear of *haram* (forbidden) meat and what is considered obligatory or *helal* (permitted) to their advantage. The result is an increase of shops that cater exclusively to Turks, creating a Muslim space in Germany, subdivided by Sunni or Alevi. She rightly points to that this commercial orientation is also creating a place for migrants, on their own terms. Mandel, S. 27-46.

²³ My translation from the German language. Original: “Muslime sind die Besten. Es lebe Allah.“ and „Muslime lieben am besten.“ - Wolfgang Kaschuba, *Ethnische Parallelgesellschaften? Zur kulturellen Konstruktion des Fremden in der europäischen Migration*, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 103:1 2007, S. 65-85, hier: S. 83.

centres are popular also amongst Muslim women since many consider them as 'religiously correct'. Young well-educated Muslims are establishing internet platforms for Muslims in Berlin where Muslims or non-Muslims can write on religious, social and political topics, and present ongoing projects in Berlin.²⁴ Other educated women are establishing Muslim kindergartens or work as teachers in Islamic schools. These creative inventions and initiatives indicate how "Islam carves out a public space of its own, embodied in new Islamic language styles, corporeal rituals, and spatial practices."²⁵ In Europe, it is also a consequence of civil societal and market forces where Muslim actors seek visibility and legitimacy in the national public sphere.²⁶

Mosques: Contested Religious Social Spaces

Historically, the design of places of worship has represented the most controversial and symbolically laden arena when it comes to religious acceptance of a minority religion.²⁷ Migrant groups settling in a new milieu need to self-organize their accommodation for prayer. In Berlin, an extensive research on Muslim religious organisations and prayer spaces at the end of the 1990s estimated that there were 80 mosques in cellars, shops, factory halls, decrepit buildings and private apartments in Berlin.²⁸ More than 70 per cent of these were situated in Kreuzberg, Neukölln, and Wedding.²⁹ Today, the number of mosques or prayer spaces numbers approximately 120, many of which have moved beyond their former backyard locations, and a few of which are constructed with minarets.³⁰

²⁴ See www.muslimische-stimmen.de. Other frequented internet sites include www.helal.de, www.al-shia.de, www.muslimmarkt.de. Accessed 22 March 2007.

²⁵ Nilüfer Göle, *Islamic Visibilities and Public Sphere*, in: Nilüfer Göle/Ludwig Ammann (Hrsg.), *Islam in Public. Turkey, Iran, and Europe*, Istanbul 2006, S. 6.

²⁶ Göle.

²⁷ Thjil Sunier, *The Western Mosque. Space in Physical Place*, ISIM Review 18 (2006), S. 22-23.

²⁸ Gerdien Jonker/Andreas Kapphan (Hrsg.), *Moscheen und islamisches Leben in Berlin*, Berlin 1999. A mosque is not a holy building like a church, but symbolically of high importance to Muslims. There are two types of mosques: the main mosque is called *jama'a* (or *Cami*) where the Friday prayer is performed. The *jama'as* are often richly adorned. The other type of mosque is *masjid* (or *Mescit*), houses of worship, mostly local and smaller places. Nearly all mosques in Berlin are *Mescit*, but are nevertheless called *Cami*.

²⁹ Jonker/Kapphan.

³⁰ Spielhaus/Färber.



Abb. 2: Mevlana-Moschee in der Reichenberger Straße in Berlin-Kreuzberg, Oktober 2005.

Since the 1970s, research has been undertaken on the invaluable social role that mosques fulfil for (im)migrants, particularly with reference to social networks. Within the mosques, participants can find sport clubs, women/girl and youth associations, ‘after-school’ or computer help, and consulting and translation agencies.³¹ Nevertheless, the construction of mosques is controversial partly because it lends greater visibility to Islam within public spaces in European cities conveying the message that the new community is ‘here to stay’.³² The building of a mosque in a European city is more often than not a result of long negotiation processes with the local government.³³ The funding for constructing mosques is a topic of government concern as it relates to questions of future religious, social and political influence with regard to Islamic donors both within and outside Europe.

Fear of either ‘islamisation’ of Berlin neighbourhoods due to an increase in visibility of a religious community, or of alienating the non-Muslim population living in the area are often cited in the German media as objections towards the building of a mosque. These arguments, however, ignore that purpose-built mosques signal the fact that religious communities are leaving backyard spaces and entering the ‘mainstream’ area of the city.³⁴ The architectural contribution of mosques to the cityscape, often with new aesthetic and symbolic representations, also contributes

³¹ Jonker/ Kapphan and Spielhaus/Färber.

³² Chantal Saint-Blancat/Ottavia Schmidt di Friedberg, Why are mosques a problem? Local politics and fear of Islam in Northern Italy, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 11:1 (2005), S. 1083-1104; and Cesari.

³³ Joceline Cesari, Muslim minorities in Europe: the silent revolution, in: John L. Esposito/François Burgat (Hrsg.), *Modernizing Islam: Religion in the Public Sphere in the Middle East and in Europe*, New Jersey 2003, S. 251-269; Gerdien Jonker, The Mevlana Mosque in Berlin-Kreuzberg: An Unsolved Conflict, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 31:6 (2005), S. 1067-1081; Sunier.

³⁴ For a discussion on the ‘*Parallelgesellschaft*’ (parallel society) debate in Germany see in particular Wolfgang Kaschuba/Werner Schiffauer, *Enemies within the Gates – The Debate about the Citizenship of Muslims in Germany*, in: Tariq Modood/Anna Triandafyllidou/Ricard Zapata-Barrero (Hrsg.), *Multiculturalism, Muslims and Citizenship. A European Approach*, London 2006.

to the increased self-consciousness of members of the religious communities.³⁵ These religious sites represent new Muslim entries into the public sphere and provide symbolic references for an Islam oriented life in the city where the majority of inhabitants are non-Muslims. Among the young women I work with, religion has become an increasing reference point for their identification in Germany and their urban presence in Berlin. Thus, the increase of Muslim businesses and visible mosques clearly improves their feeling of belonging – as it makes it possible to be Muslim, German and an urban adolescent.

Too often, current research on mosques in Europe provides a homogeneous and uniform image of the congregation within mosques. In contrast, understanding mosques as ‘sites of practice’³⁶ in urban life involves going beyond the historical, architectural and geographical mapping of mosques. It includes examining the social offers (such as language, computer courses and women reading groups) available in those spaces and the question who is taking advantage of these as the above mentioned studies have sought to do. But, more importantly, it means discovering the social processes of how a person comes to identify/identifies her/himself with a place such as a mosque, a process to which I now turn.

Making Sense of Religious Social Spaces: Belonging to a Local Religious Community

As indicated, the visualisation of Islam in Berlin contributes to diversifying the public sphere and influences Berlin’s image. At the same time, the ever-more complex, multiple and plural available religious associations make it increasingly necessary for active users to find ways to orient themselves. The complexity of the global Islamic revival makes it difficult, for Muslims as for non-Muslims, to generalize about Muslim institutions, social movements, and discursive practices. Globalization has contributed to enhancing transnational Muslim networks from countries where the majority of the population are Muslims and extended them into the web of interconnected world cities.³⁷ In addition, mosques offer an increasing number

³⁵ Wolfgang Kaschuba, S. 82. For example, Riza Baran, an official of the Green party and immigrant activist, argued for the construction of more visible mosques in Berlin and throughout Germany, reasoning that such a step not only testified to the “emancipation of the Muslims” but also helped to forestall radicalization. “One does not enter a back courtyard with head held high. Radicals can agitate without supervision.” Giving Islam visibility within the urban public space can also contribute to making Muslims feel less excluded. Wolfgang Kaschuba, “Gebetsrufe? Ja bitte!“, in: Die Tageszeitung, 7 Jan. 1997.

³⁶ De Certeau.

³⁷ Paul M. Lubeck/Bryana Britts, Muslim Civil Society in Urban Public Spaces: Globalization, Discursive Shifts, and Social Movements, in: John Eade/Christopher Mele (Hrsg.), Understanding the City: Con-

of social services and different activities, fulfilling not only religious aims.

Whereas some mosques are typically local in character with its members living predominantly close by, other mosques attract Muslims from all over Berlin.³⁸ Although the same mosque can mean different things to different religious, ethnic and social groups across a period of time,³⁹ I am here focusing on the point of view of a particular socio-cultural group currently religiously active. My intention is to illustrate how Muslim youths in Berlin make use of mental maps not only to make sense of the different religious spaces but also to find local Muslim spaces they can identify with. Through a longer-term participant observation with young Muslim women in Berlin of different ethnic backgrounds, I was able to gain an understanding of their mental mapping of mosques in Berlin. For these young women, most of them born in Germany and all belonging to the Sunni branch of Islam, mosques are places where they can perform their religious practices and meet people of the 'same kind'. Looking more closely at the reasons given by these women concerning *why* they participate *where* is instructive for understanding the urban experience of religious lifestyles in contemporary Berlin.⁴⁰ In this engagement with the different available urban spaces the city becomes 'a negotiated reality'.⁴¹

What determines the choices of young Muslims when they create or find their own religious social spaces in Berlin? I found that the combination of three aspects are particularly relevant to the women's personal mapping of religious spaces in Berlin; namely, the women's ethnic background, the religious orientation in the mosques, and the women's personal preferences, all of which I discuss in the next three sections.

temporary and Future Perspectives, Oxford 2002.

³⁸ Spielhaus/Färber.

³⁹ Simon Naylor/James R. Ryan, The Mosque in the Suburbs: Negotiating Religion and Ethnicity in South London, in: *Social & Cultural Geography* 3:1 (2002), S. 39-59.

⁴⁰ This should thus not be considered as representative of all Muslims living in Berlin. Among the elder women and males, there might be other perspectives and factors involved. Insofar that the people can change their feeling of belonging to one particular mosque or religious organisation, this mental mapping has to be understood as fluid, not static. Perceptions can change with age, marriage and also because the members of a mosque change. Furthermore, although I focused only on mosques and semi-public religious organisations, there are also private Koran reading groups in homes, while some individuals prefer to practice alone. I focus here on the part of the Muslim population that chooses to participate publicly in a mosque on a regular basis, either to learn about Islam and/or to partake in a religious community.

⁴¹ Kay Anderson, *Vancouver's Chinatown: Racial Discourse in Globalization*, Minneapolis 1991, S. 1022.

Ethnic-based religious spaces of belonging

In diasporas, ethnic belonging has long played a particular role in the organisation of religious social spaces.⁴² Mosques and religious communities and associations are most often divided by their members' ethnic or national origin. In Berlin, a Muslim actor can choose between Turkish, Arabic, Indonesian, Kurdish, Bosnian, Palestine and Albanian mosques or religious associations.⁴³ Ethnically or nationally oriented mosques perform the religious services and presentations in respectively Turkish, Arabic or Bosnian languages, all complying to and reinforcing the ethnical structure of its participants. Over the last couple of years, however, there has been a tendency among the younger generation of Muslims – the so-called second and third generation of migrants – to distinguish between their parents' Islam as traditional and the 'real' Islam with a focus on the worldwide religious community – the *Umma*.⁴⁴ Considering their parents' practice of Islam as mixed with ethnic or national culture and traditions, they seek instead a 'de-culturalised' or 'true' Islam⁴⁵ and identify themselves foremost as 'Muslims', then as 'German' or by their parents' ethnicity or nationality.⁴⁶ Consequently, many young Muslims feel uncomfortable within the religious structures of their parents and decide to either call for modifications or create their own religious organisations. Since the mid-1990s, young Muslims have established religious inter-ethnic, 'multicultural' spaces where the ethnic or national belongings of their parents are put aside. In organisations like Inssan or MJD or German speaking mosques like the DMK, the religious teach-

⁴² The publication of *The Satanic Verses* (Salman Rushdie 1988) made migration researchers more sensitive to religiosity and religious attachment as important factors in cultural reproduction and in enforcing a particular ethnic group identity in diaspora. Religion has been a focus in the social sciences' debates on cultural diversity, covering issues such as the provision of special diets to meet religious principles, the wearing of the *hijab*, and the building of places of worship (particularly mosques). See Ralph D. Grillo, Islam and Transnationalism, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30:5 (2004), S. 861-878.

⁴³ At the German national level, there are about 2200 associations of Mosques. See Maréchal et al. A recent extended research on mosques in Berlin indicated an increase in Bosnian and Egyptian mosques as a consequence of the increase of this population in Germany since the 1990s. See Spielhaus/Färber.

⁴⁴ Oliver Roy, *Globalized Islam*, New York 2004; Schirin Amir-Moazami/Armando Salvatore, Gender, Generation, and the Reform of Tradition: From Muslim Majority Societies to Western Europe, in: Stefano Allievi (Hrsg.), *Muslim Networks and Transnational Communities in and across Europe*, Leiden 2002, S. 64-77; Christine Jacobsen, *Staying on the Straight Path. Religious Identities and Practices among Young Muslims in Norway*, unpublished Dissertation for the degree of doctor rerum politicarum, University of Bergen, 2006.

⁴⁵ Roy.

⁴⁶ Synnøve Bendixsen, *Muslimische Räume organisieren: Eine neue Generation von Muslimen*, in: Spielhaus/Färber, S. 59-64.

ing and presentations are performed in German, except for the reading of the Koran which continues to be in Arabic, but is followed by a translation in German in order to understand what is being read.

Overall, for the last ten years there has also been an increase in cooperation and communication between the ethnically oriented mosques and religious organisations, partially because the new generation is more active in the organisational structures. Many feel more comfortable with the German language⁴⁷, and seek answers on how to live best as a Muslim in Germany – a question, which an *Imam* just arrived from Turkey, cannot sufficiently answer. In addition, expectations from the German government that the Muslim religious community (-ies) make efforts to establish cooperation between the different organisations have literally enhanced discussions “across the streets”. Consequently, several organisations or mosques today attract a mixture of national origins, including Egyptians, Pakistan, Palestine, Turkish and converted Germans, as they offer teaching in different languages, including German. The increase in the teaching of Islam in the German language will continue contributing to an undermining of the importance of an individual’s ethnic background in the religious sphere.

Faith-oriented preferences in the religious spaces of belonging

The migration of people with Muslim orientation has increased Muslim transnational networks⁴⁸, widened the access of religious education, and added to the fragmentation of religious authority. The pluralistic and decentralized character of religious authority already typical for Islam as a religion has become more pronounced in the modern age.⁴⁹ Among the larger different branches of Islam – Sunni, Shiite, and Sufi – I am here focusing on the Sunni branch, representing 90 per cent of the Muslim prayerrooms in Berlin.⁵⁰ There are four major Sunni schools of law⁵¹ and different theological traditions (*Kalam*) and ‘*Cemaat*’. The Islamic ‘sub-communities’ can also be oriented towards particular political orientations, such as political

⁴⁷ Yasemin Karakasoglu, Turkish Cultural Orientations in Germany and the Role of Islam in: David Horrocks/Eva Kolinsky (Hrsg.), Turkish Culture in German Society Today, Oxford 1996, S. 157-179.

⁴⁸ Dale F. Eickelman/James Piscatori, Preface, in: Dale F. Eickelman/James Piscatori (Hrsg.), Muslim travelers: Pilgrimage: Migration and the Religious Imagination, London 1990.

⁴⁹ José Casanova, Civil Society and Religion: Retrospective reflections on Catholicism and Prospective Reflections on Islam, in: Social Research 68:4 (2001), S. 1041-1080.

⁵⁰ Spielhaus/Färber, S. 9. There is relatively little focus on the around 60,000 Alevi in Berlin, of which about half are Kurds. Alevi does not have mosques, but instead Cem (cultural houses). Because Alevi have less food and dress restrictions, this religious community has visualised Berlin in cultural terms, including restaurants with music performances, and clothing, but less in religious terms.

⁵¹ The Sunni schools of law are the Hanafi, Maliki, Shafi’i and Hanbali School.

Islam, influenced by movements of the Hamas, or by the Egyptian Muslim brotherhood.

I found that orientation towards particular schools of law and theological tradition mattered less than a general perception of whether a mosque is 'strict' or 'relaxed'. The Muslims know what religious meanings to expect in the different mosques, and whether they feel that these religious meanings are imposed on them. Whether the women deem that the *Imam* (prayer leader) or *Hodcha* (religious teacher), often officially employed in the mosque, have authority or reverence for them personally also influences their mapping of the mosque.

Personal orientations

The women often visit different religious communities, recommended by friends or family, before they become regulars. Choice of the mosque is explained with 'you learn so much there', 'I like the atmosphere', or 'the Imam there is highly respected', and how approachable they find the other mosque participants. In contrast, the women avoid certain mosques because, as they would say, 'the other women are not friendly', 'they only have uninteresting presentations', or 'the Imam prays too quickly during Ramadan'. Some women would avoid mosques that are under surveillance from the German police or media because of fear of being associated with 'dangerous' spaces by the German government. The level of education of the group also matters; one woman (22-years-old, Turkish parents) emphasised that she felt uncomfortable in a particular religious youth organisation because most of the participants had higher education. As she herself had never gone to college she preferred a religious organisation where the majority of participants had a similar educational level. Social class or social capital⁵² thus also informs individual's mappings of their concept of the religious spaces available to them.

As indicated above, the women's feelings of belonging to a religious space is based on whether a mosque is 'open', a 'free space' or 'too fundamentalistic', 'closed', or whether the organisational leaders are 'too strict'. As one 18-year-old converted German living in Kreuzberg said concerning her preferred mosque, situated in Wedding: 'It's good with a place which is open, that you can say things without feeling stupid. You need these kinds of places, now that it is so difficult to be a Muslim here.' Her reference to 'feeling stupid' has to be understood within the context that she had recently converted to Islam, thus feeling that she was lacking religious knowledge that her Muslim peers had already received from their parents. Her difficulty of being a Muslim must be understood in relation to the current neg-

⁵² Pierre Bourdieu, *Outline of a Theory of Practice*, Cambridge 1977.

ative stereotyping of Muslims in the German media⁵³, so that the women feel the pressure - both from non-Muslims and Muslims - of having to represent Islam in the public sphere. These expectations on the women's public behaviour, like the pressure to veil, or to wear 'correct' religious clothing, vary between different mosques and Muslim organisations. The feeling of what is expected of them as representing (externally and internally) 'Muslim women' in the public within the respective mosques becomes part of their mental mapping and relevant in their choice between the various available religious spaces.⁵⁴ Consequently, the women's perception of these expectations as religious actors also reproduces the relevance of gender and sexual difference in the city.⁵⁵

Conclusion

The growing visibility of Islam in Berlin shows that, for good or for worse, Islam has not only arrived in Europe but also imprints its symbols on to the contemporary patchwork of European cities. Mosques are contested spaces, not only with regard to funding and building permission, but also as social spaces for young Muslims seeking a local religious space. While many are used to establishing ties to religious social spaces through their family⁵⁶, I found evidence that this process has become more individualised. Oliver Roy has emphasised a current process of individualization of religious belief amongst Muslims in diaspora. As many younger Muslims make a sharper distinction between ethnic and religious identification in contrast to their parents' generation, the youths consciously refuse the ethnicisation of Islam as *fitna*.⁵⁷ Instead, to be a religiously active Muslim has become a matter of personal choice and internal conversion rather than related to ethnic practices or social pressure.

In order to establish a feeling of belonging amongst the variety of religious, political, social and ethnic orientations, religious actors make use of personal mental mapping. The individual experience of mosques, just like the experience of the

⁵³ For an excellent analysis of the framing of Islam in the German media, see Sabine Schiffer, *Der Islam in deutschen Medien*, in: *Muslime in Europa, Aus Politik und Zeitgeschichte* 20 (2005), S. 23-30.

⁵⁴ How the women develop strategies to meet or challenge these expectations in the streets and within the family is part of my ongoing PhD thesis.

⁵⁵ Cf. Fran Tonkiss, *Space, the City and Social Theory*, Malden 2005.

⁵⁶ Patricia Ehrkamp, *Placing Identities: Transnational Practices and Local Attachments of Turkish Immigrants in Germany*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31:2 (2005), S. 345-364.

⁵⁷ Peter van der Veer, *Transnational Religion. Hindu and Muslim Movements*, in: *Journal of the Study of Religions and Ideologies* 7 (2004), S.4 -18, hier: S.12. *Fitna* has several meanings, it denotes chaos and disorder, temptation, enchantment, civil war and strife.

city, is produced by the individual's perceptions, spatial practices and mental maps.⁵⁸ Feelings of belonging to a religious space depend on who that person is, as well as the intersection between ethnicity, language, religious orientation, gender and social class.⁵⁹ As a 17-year-old with Turkish parents who was born in Berlin told me that what she likes about Berlin is 'that there are spaces for everyone here'. What I have not touched upon is the less urban visual, but increasingly important, increase of websites as spaces for religious knowledge and spaces for identification. On the World Wide Web Muslim youths can today find spaces with competing authorities, some self-appointed, others more educated experts, contributing to establishing a new sphere of Muslim communities with debates that intersect localities, cities and nations.

Abbildungsnachweis:

Alle Abbildungen: Fotos der Autorin

**Synnøve Bendixsen, Center for Metropolitan Studies,
Technische Universität Berlin, synnove.bendixsen@metropolitanstudies.de**

⁵⁸ Michel de Certeau has pointed to the fact that the experience of walking in the city will depend upon which city you are walking in, why you are walking, and who you are. See also Fran Tonkiss, S. 128-130.

⁵⁹ Although not discussed here I expect age also matters.

Wahrnehmung ethnisierter urbaner Räume in Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg

Kurz nach der Jahrtausendwende war „Parallelgesellschaft“ in den Medien der westeuropäischen Einwanderungsländer ein beliebter Begriff. Dieses Schlagwort eignete sich geradezu ideal für den öffentlichen Diskurs, weil die Vorstellung Ängste beschwor, auf Stereotypen zurückgriff und in der urbanen Alltagserfahrung bestätigt wurde. In jeder europäischen Großstadt gibt es Straßenzüge und manchmal ganze Wohnviertel, die überwiegend von Menschen bewohnt werden, die aufgrund äußerlicher Merkmale als „anders“ eingestuft werden können. Das „Andere“ hebt sich dabei vom durchschnittlich am häufigsten demonstrierten Verhalten ab, wird aber erst zum bedrohlichen Phänomen, wenn es über eine individuelle Varianz hinaus zur mehrfach beobachtbaren Uniform wird, wie beispielsweise das muslimische Kopftuch. Abgesehen von einer kleinen Zahl urbaner Bohémiens, die sich in ihrer eigenen gesellschaftlichen Randposition mit dem „Exotischen“ in Verwandtschaft sehen, meidet oder ignoriert die ansässige Bevölkerung diese urbanen Räume der Zugewanderten und ihrer Nachkommen. Jede Zuwanderung von „Fremden“ fordert die Aufnahmegesellschaft heraus. Die Auseinandersetzung findet unterschiedliche Formen. Einen Ort hat sie in der Großstadt.

In Großbritannien wurde die „Parallelgesellschaft“ quasi als Phänomen ohne Vorgeschichte „entdeckt“. Tatsächlich hat gerade Großbritannien mit ethnisierten urbanen Räumen auf der einen und sozial definierten „Parallelgesellschaften“ auf der anderen Seite eine lange historische Erfahrung. Mit den urbanen *ethnic communities* der Nachkriegszeit hatten sich Sozialwissenschaftler seit ihrer Entstehung auseinandergesetzt.¹ Im Folgenden soll gezeigt werden, welchen Konjunkturen das

¹ Zu den ersten Studien und Auseinandersetzungen gehören John Rex und Robert Moore, *Race, Community and Conflict*, London 1967; E.[liot] J.[oseph] B.[enn] Rose u. a., *Colour and Citizenship. A Report on British Race Relations*, London 1969; Nicholas Deakin und B.G. Cohen, *Dispersal and Choice. Toward a Strategy for Ethnic Minorities in Britain*, in: *Environment and Planning* 2 (1970), S. 193-201; Beispiele für Beiträge zur neueren Debatte sind S. Burgess, D. Wilson und R. Lupton, *Parallel lives? Ethnic segregation in schools and neighbourhoods*. *Urban Studies* 42 (2005), S. 1027-1056; und Ceri Peach, *Sleepwalking into Ghettoisation? The British Debate over Segregation*, in: Karen Schönwälder (Hrsg.), *Residential Segregation and the Integration of Immigrants: Britain, The Netherlands and Sweden*, Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Paper SP IV 2007-602, S. 7-40.

politische Interesse an den neuen ethnischen Enklaven in der Nachkriegszeit unterlag. Insbesondere zu Beginn der „postkolonialen“ Einwanderung war die Sorge über eine konzentrierte Ansiedlung der Immigranten ein wichtiges Thema in den Medien und ein bedeutender und über Jahre wiederkehrender Gegenstand von Diskussionen im Unterhaus und im Kabinett. Erst über die Einführung von Antidiskriminierungsgesetzen und kommunalen Förderprogrammen sowie über den Aufstieg einer kleinen, aber spektakulären Elite aus der zweiten Generation geriet sie in Vergessenheit.

Großbritannien ist ein besonders interessanter Fall, weil es sich in vielen Punkten der historischen Entwicklung der Einwanderung von den kontinentaleuropäischen Ländern unterscheidet. So gab es schon sehr lange ethnisch definierte Wohnviertel in den großen Hafenstädten – Seeleute aus Übersee, die sich in Liverpool, London und Cardiff angesiedelt hatten und sich durch ihre Hautfarbe von anderen Bevölkerungsgruppen unterschieden. In London hatten sich zudem im späten 19. Jahrhundert irische, italienische, litauische und jüdische Siedlungscluster gebildet. Auch verlieh der ideologische Hintergrund des imperialen Selbstbilds in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg der Einwanderung aus den Kolonien eine besondere Bedeutung und bestimmte in den 1950er Jahren den Diskurs. Schließlich war für die Einwanderer selbst der britisch-koloniale Einfluss, unter dem sie aufgewachsen waren, sowohl Chance als auch Quelle der Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechen imperialer Zugehörigkeit und damit mitunter Motiv einer selbst gewählten „parallelen“ Existenz.

„Banglatown“

Der Begriff *parallel lives*, im Deutschen mit dem Wort „Parallelgesellschaften“ umschrieben, begann seine Medienkarriere in Großbritannien im Dezember 2001, als er in einem Bericht des Innenministeriums verwendet wurde. Dieser Bericht war als Reaktion auf Ausschreitungen von Jugendlichen in Oldham, Leeds, Burnley und Bradford im Frühjahr und Sommer desselben Jahres erstellt worden. Dort hieß es über die gewaltsamen Konflikte:

„Whilst the physical segregation of housing estates and inner city areas came as no surprise, the team was particularly struck by the depth of polarisation of our towns and cities. The extent to which these physical divisions were compounded by so many other aspects of our daily lives, was very evident. Separate educational arrangements, community and voluntary bodies, employment, places of worship, language, social and cultural networks, means that many communities operate on the basis of a series of parallel lives. These lives often do not seem to touch at any

point, let alone overlap and promote any meaningful interchanges.”²

Zum Zeitpunkt der „Entdeckung“ der „Parallelgesellschaft“ ordneten sich 4,7 Millionen Briten der Kategorie *minority* zu, das entsprach 7,9 % der Gesamtbevölkerung.³ Dabei hatte sich die Mehrheit der Angehörigen von Minderheitengruppen in England – der Region mit den meisten Großstädten – angesiedelt.

Hier waren die „fremden“ Zuwanderer der Nachkriegszeit häufig kein neues Phänomen. Während in London und anderen großen Hafenstädten wie Liverpool, Bristol und Plymouth die Minderheitenbevölkerung oft analog zum Überseehandel über Jahrhunderte in kleinen ethnischen Siedlungen gewachsen war, bildeten sich seit dem 19. Jahrhundert auch in den Industrieregionen kleine Einwanderer-Enklaven heraus. Irische Arbeitskräfte, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für rund hundert Jahre die größte Einwanderergruppe bildeten, konnten sich schon aufgrund ihrer katholischen Konfession nicht ohne weiteres unter die englische Bevölkerung mischen und ließen sich im Umfeld von Verwandten und Bekannten nieder.

Die karibischen und südasiatischen Zuwanderer des 20. Jahrhunderts setzten also mit ihrer Ansiedlung in der Nähe anderer Einwanderer derselben Herkunft eine in England bereits seit langem bestehende Tradition fort. Ihre Siedlungsschwerpunkte waren allerdings nicht die Hafenstädte. Eine von Churchill zu Beginn der 1950er Jahre beauftragte Untersuchung zur Minderheitenbevölkerung im Vereinigten Königreich zählte zwar neben London als weitere Städte die Häfen Liverpool und Cardiff, sowie Bristol, Hull, North, South Shields und Middlesborough auf. Doch als Ziele der Nachkriegsmigration wurden dort London und die Industriestädte der Midlands genannt. Für Manchester und Birmingham wurden je 3.000 – 6.000 *coloured immigrants* angeführt, weitere wichtige Ziele stellten außerdem Sheffield, Bradford, Nottingham und Leicester dar.⁴ London zog nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die meisten Einwanderer an. Man schätzt, dass Ende der 1950er Jahre mehr als 100.000 Personen der von den Zeitgenossen als *coloured* betitelten Minderheitenbevölkerung angehörten; an zweiter Stelle stand Birmingham mit 36.000 Personen aus Minderheitengruppen.⁵ Durch weitere Einwanderung und die häufig überdurchschnittliche Familiengröße vervielfachte sich die Größe dieser Minderheitengruppen seit den 1950er Jahren, während sich die Geographie ihrer

² Cantle Report, “Community Cohesion: A Report of the Independent Review Team Chaired by Ted Cantle”, 11.12.2001, London, Home Office, Section 2.1.

³ Office for National Statistics, Census Data 2001, <http://www.statistics.gov.uk/CCI/nugget.asp?ID=764&Pos=4&ColRank=1&Rank=176>.

⁴ The Coloured Population in the UK, o.D. [1952]. PREM 11/824, Public Record Office.

⁵ Estimates of Local Coloured Communities Supplied by Certain Police Force, December 1960. CAB 134/1469, Public Record Office.

Ansiedlung kaum veränderte.⁶ Zwischen 1951 und 1981 wuchs die Zahl der in Großbritannien ansässigen Minderheitenbevölkerung auf 1,5 Millionen, in diesem Zeitraum noch vorwiegend durch Zuwanderung. Im folgenden Jahrzehnt bis 1991 verdoppelte sich dieser Bevölkerungsteil auf drei Millionen, ein weiteres Jahrzehnt später gab es einen Zuwachs auf 4,6 Millionen, der jetzt zur Hälfte aus in Großbritannien geborenem Nachwuchs bestand. Etwas mehr als ein Drittel der „weißen“ Bevölkerung in Großbritannien, aber 54 – 83 % der ethnischen Minderheiten, lebten 1981 in den neun urbanen Gebieten. Im darauf folgenden Jahrzehnt nahm die „weiße“ Bevölkerung um zwei Prozent ab, während die Gruppen der ethnischen Minderheiten größer wurden. 1991 lag in Wolverhampton in den West Midlands, einst wichtiger Standort von Textilunternehmen, der Anteil allein der indisch-stämmigen Minderheit bei 11,4 %. Alle ethnischen Minderheiten zusammengenommen machten in der Millionenstadt Birmingham in diesem Jahr 21,5 % aus.⁷ 2001 gehörten von 7,1 Millionen Londonern 1,2 Millionen Menschen den Gruppen der *Asian* und *Black Caribbean* an. Unter den 2,4 Millionen Einwohnern Birminghams lebten im selben Jahr 140.000 Bangladeshi, Pakistani und Inder, und von zwei Millionen Bewohnern im Großraum Leeds/Bradford (West Yorkshire) waren allein 122.210 Pakistani.⁸

Die Kettenmigration, die seit den 1950er Jahren bei beiden Einwanderergruppen einsetzte, war die wichtigste Ursache für die Ansiedlung von Menschen gleicher Herkunft in den gleichen Städten. Wo Arbeit zu finden war, entstanden in den Augen der länger ansässigen Bevölkerung *immigrant communities*. In den 1960er Jahren zeichnete sich mit gewissen beruflichen Spezialisierungen ein geographisches Muster ab, nach dem ethnische Gruppen nicht ganz gleichmäßig in den englischen Städten verteilt waren. Schon bei der Ankunft der ersten Einwandererschiffe in den späten 1940er Jahren gab es Versuche, eine konzentrierte Ansiedlung der Immigranten zu vermeiden. Die Passagiere der aus Jamaika kommenden „*Empire Windrush*“ wurden 1948 noch einzeln an Arbeitsplätze in verschiedenen Städten vermittelt, doch als immer mehr Migranten kamen, wurde dies logistisch unmöglich. Mitte der 1950er Jahre beschränkte man sich auf eine Beobachtung der Reiseziele wie bei der SS „*Zuiderkruis*“, deren 690 westindische Passagiere in der Mehrzahl in London blieben, von denen einige aber auch zu Freunden und Verwandten – und an Arbeitsplätze – in Birmingham, Manchester, Wol-

⁶ David Owen, Spatial variations in ethnic minority group populations in Great Britain, in: Population Trends 78 (1994), S. 23-33.

⁷ Office for National Statistics, Census Data 1991, <http://www.statistics.gov.uk/StatBase/xsdataset.asp?vlnk=1665&More=Y>.

⁸ Daten aus der Volkszählung 2001, zitiert bei Ceri Peach, Sleepwalking into Ghettoisation?, S. 15.

verhampton, Nottingham und Leeds weiterreisten.⁹ Die Beobachtung an den Einreisehäfen war mithin eine der wenigen Möglichkeiten, die Einwandererzahlen statistisch zu erfassen und Daten über die Zielstädte zu sammeln. Im Herbst 1959 konstatierte man eine starke Zunahme der Einwanderung aus Indien und beobachtete 966 Migranten, die auf italienischen Schiffen bis Italien und mit Bussen und Fähren bis nach England reisten, zumeist mit den Zielen London und Birmingham.¹⁰ Die Industriestädte der Midlands wurden neben London zu Siedlungsschwerpunkten der südasiatischen Einwanderer. Auch innerhalb der Städte ergab sich bald eine sichtbar ungleichmäßige Verteilung der neuen Einwohner. Die konzentrierte Siedlungsweise erregte Misstrauen und Ängste. Die Beobachtung, dass die Einwanderer sich gern gemeinsam ansiedelten, durchzieht wie ein roter Faden die in den Regierungsakten abgelegten Berichte – verbunden mit dem negativ qualifizierenden Zusatz: „The immigrants tend to congregate and live in over-crowded conditions.“¹¹ Solche Beschreibungen ließen Assoziationen mit den überfüllten irischen Einwandererquartieren von Liverpool oder Cardiff im 19. Jahrhundert zu, die als Seuchenherde berüchtigt waren.¹² Trotz der erheblich verbesserten hygienischen und therapeutischen Situation bestanden Ängste vor Krankheit weiter fort. Auch wurde die Armut der Einwanderer in der Nachkriegszeit wie ehemals bei den Iren oder den osteuropäischen Juden mit Kriminalität und Unsittlichkeit gleichgesetzt, wobei immer die konzentrierte Siedlungsweise im Mittelpunkt stand. Mitte der 1950er Jahre wurden beispielsweise die Beamten der Polizeidienststellen in den Einwandererstadtteilen „vertraulich“ zu den Entwicklungen in ihren Bezirken befragt.¹³ 1957 wurde Viscount Kilmuir als Lord Chancellor im Kabinettsprotokoll mit den Worten zitiert: „The most disturbing feature of the continuing immigration was the gradual transformation of particular areas of certain cities into exclus-

⁹ Prime Minister, Jamaican Immigrants. A.L.B. [Alan Lennox Boyd], 16.09.1954. PREM 11/824, Public Record Office.

¹⁰ Bericht der Arbeitsgruppe zu den sozialen und wirtschaftlichen Folgeproblemen des wachsenden Zustroms farbiger Arbeiter aus anderen Commonwealth Ländern in das Vereinigte Königreich, C.W.P. (59) 6, 8.12.1959. PREM 11/824, Public Record Office.

¹¹ "Colonial Immigrants". Memorandum by the Secretary of State for Commonwealth Relations, and the Secretary of State for the Colonies, 11.06.1955. C.P. (55) 31. Public Record Office.

¹² Richard Lawton, The Components of Demographic Change in a Rapidly Growing Port-City: The Case of Liverpool in the Nineteenth Century, in: Richard Lawton/Robert Lee (Hrsg.), Population and Society in Western European Port Cities 1650-1939 (Liverpool Studies in European Population), Liverpool 2002, S. 91-123.

¹³ "Colonial Immigrants", Report of the Committee of Ministers. 12.07.1957, CAB 129/88, C.(57)162, in PREM 11/824, Public Record Office. Zur fehlenden Einwanderungsstatistik in den 1950er Jahren vgl. auch Imke Sturm-Martin, Zuwanderung in Großbritannien und Frankreich: Ein historischer Vergleich 1945-1962, Frankfurt a. M. 2001, S. 167-176.

ively coloured districts.”¹⁴ In diesem Zusammenhang warnte er vor sozialen Folgen – fast genau ein Jahr vor den ersten schweren gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Hautfarben in Notting Hill und Nottingham. In den Parlamentsdebatten fielen 1961 Wendungen wie „they clot together“.¹⁵ Innenminister Butler warb für die 1961 verabschiedete erste Einwanderungsbeschränkung, den „Commonwealth Immigrants Act“, mit einer Warnung vor der abgeschotteten Minderheitensiedlung: „They tend to settle in communities of their own, with their own mode of life, in big cities.”¹⁶

Die konzentrierte Siedlungsweise war dabei weniger statisch als die frühen Beobachter unterstellten, sondern unterlag einer auch nach Ethnie differenzierbaren Dynamik. Während die Gruppe der *Black Caribbean* eine zunehmend gleichmäßige Verteilung über die verschiedenen Viertel von Großstädten und sogar einen Trend zur Suburbanisierung – teilweise begründet mit dem dezentralen Bau von Sozialwohnungen – zeigte, beobachtete man bei der Gruppe der Pakistani und Bangladeshi beispielsweise in Leeds/Bradford oder in Leicester keine derartige Entwicklung, sondern eher eine Zunahme des konzentrierten Wohnens in bestimmten Stadtvierteln.¹⁷ Ein Beispiel für ethnisches Selbstbewusstsein, das sich auch aus dem konzentrierten Wohnen ableitete, ist die Etablierung des Beinamens "Banglatown" für einige Straßenzüge im Londoner Stadtteil Spitalfields als Marke, um den ethnischen Restaurants und Geschäften mehr Publikum zu verschaffen. Diese Initiative, die von ansässigen Unternehmern ausging, stieß in den späten 1990er Jahren sowohl in der Londoner Presse als auch bei muslimischen Vereinigungen auf Kritik – als integrationshemmend oder als fehlgeleitetes, nämlich nationales statt religiöses Identifikationsangebot.¹⁸

Erklärungen für die konzentrierte Art der Ansiedlung greifen verschiedene Aspekte auf und verraten einiges über den jeweiligen Blickwinkel auf die Minderheiten in der Stadt. Die „Gesetzmäßigkeiten“ des Prozesses von Einwanderung und Akkulturation, so individuell das einzelne Migrantenschicksal auch immer sein mag, liefern nachvollziehbare Motive, warum sich die Einwanderer für das konzentrierte Wohnen entschieden. Ein Erklärungsansatz, der sich an die Forschungen der Anthropologen um Robert E. Park zu den Minderheiten im Chicago des frühen 20. Jahrhunderts anlehnt, ist das Phasenmodell.¹⁹ Danach ist eine

¹⁴ Protokoll vom 25.07.1957, C.C.(57), CAB 128/31, Public Record Office.

¹⁵ So Ronald Bell, von der Konservativen Partei, 5.12.1961, HofC 650, cols. 1212-1215.

¹⁶ 16.11.1961, HofC 649, col. 694.

¹⁷ Peach, S. 13-14.

¹⁸ Anne Kersten, *Strangers, Aliens and Asians: Huguenots, Jews and Bangladeshis in Spitalfields 1660-2000*, London und New York 2005, S. 69f.

¹⁹ Robert E. Park, *The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the City Environment*,

primäre ethnische Segregation die natürliche Folge einer Wohnortwahl der ersten Einwanderergeneration, die sich aufgrund der Vermittlung von Angehörigen und Freunden in der Nähe von deren Wohnort ergibt. In der Folge fördert die so hergestellte örtliche Nähe eine soziale Segregation. Motiv dafür ist aber auch die sehr häufig anzutreffende Rückkehrerwartung der ersten Einwanderergeneration, die die Bereitschaft, sich gegenüber der Aufnahmekultur zu öffnen, oft einschränkt. Schon die zweite, im Zielland aufgewachsene Generation, stärker noch aber die dritte Generation, lockern diese Bindungen so weit, dass der Aufstieg aus den segregierten Zonen wünschenswert und durchführbar wird. Über Gesetzmäßigkeiten der Migration und Assimilation ist auch der Trend zur Suburbanisierung und ein gewisser sozialer Aufstieg, der sich in der Regel erst mit der zweiten Generation abzeichnet, zu erklären. Doch welche Gründe gibt es für die unterschiedliche Dynamik, mit der diese Phasen von Angehörigen verschiedener Ethnien durchlebt werden, bzw. die Stagnation, die dem Phasenmodell gar nicht mehr zu entsprechen scheint?

Ausschlaggebend für die Abstufungen der fortgesetzten Segregation sind offenbar spezifische kulturelle Eigenschaften der Ethnien wie die unterschiedliche Wertschätzung von Bildung, die Rolle der Religiosität, die Stellung der Frau und die Familiengröße. Vergleiche von Schulerfolg, Berufsqualifikation und Qualifikation der Frauen ergeben deutliche Unterschiede für die verschiedenen Minderheitengruppen in englischen Großstädten. Am unteren Ende der Skala findet sich die Minderheit, die am stärksten in konzentrierter Siedlungsweise lebt, die Bangladeshi. Während Traditionsbewusstsein und Religiosität diese Art des Wohnens unter „Gleichgesinn-ten“ als bewusste Wahl erscheinen lassen, gibt es auch Faktoren wie die überdurchschnittliche Familiengröße, die aus ökonomischen Gründen zum Verbleib in einem Stadtteil mit moderaten Immobilienpreisen zwingen. Die abgrenzenden Reaktionen der Aufnahmegesellschaft gegenüber dem Ausdruck von spezifischen kulturellen Eigenschaften – wie beispielsweise der Religiosität – und der daraus folgende bewusste Rückzug kann die Marginalisierung noch verschärfen.²⁰ Besonders der Gender-Aspekt ist seit den 1980er Jahren für das Bild der „Parallelgesellschaft“ wichtig geworden, weil hier die traditionellen Frauenrollen insbesondere im Islam und westliche Vorstellungen von Gleichberechtigung kaum in einem größeren Gegensatz zueinander stehen könnten. Einwanderinnen bleiben oft stärker margi-

in: Robert E. Park, E.W. Burgess und R.D. McKenzie (Hrsg.), *The City*, Chicago 1925, S. 1-46; zur urbanen Segregation als Thema der gegenwärtigen Soziologie vgl. u.a. Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hrsg.), *An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt 2004.

²⁰ Das beschreiben für den deutschen Fall Jürgen Leibold/Steffen Kühnel/Wilhelm Heitmeyer, *Ab-schottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2 (2006), S. 3-10, hier S. 10.

nalisiert, weil sie entweder als Mütter in der ethnischen Gemeinschaft nach außen isoliert bleiben oder – im Rahmen des so genannten *family investment model* – nach der Ankunft zunächst die Hauptverdiener sind und das Einkommen sichern, das der Mann in seine Ausbildung investiert, selbst damit aber auf eine erfolgversprechende Ausbildung verzichten.²¹

„City Asks For Help“ (1955)

In den 1950er Jahren, als die stetig wachsende Zuwanderung aus der Karibik die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregte, war die Formulierung *parallel lives* noch ungebräuchlich. Die Ansiedlung der neuen Einwanderer an den Orten, an denen bereits Einwanderer wohnten, wurde aber mit großem Interesse wahrgenommen und als *ghetto*, *segregation* oder mit anderen Umschreibungen bezeichnet, die weiter unten angeführt werden. Einzelne Londoner Bezirksregierungen forderten vom Kolonialministerium schon zu Beginn der 1950er Jahre eine Begrenzung des Zuzugs in ihren Stadtteilen.²² Über einen Zeitraum von einem guten Jahrzehnt blieb die Angst vor der „Einwandererkolonie“ ein zentrales Motiv in der Argumentation für Maßnahmen hinsichtlich einer nationalen Einwanderungsbeschränkung. In den 1960er Jahren rückte – vor dem Hintergrund der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung – verstärkt die Notwendigkeit einer aktiven Förderung der betroffenen Kommunen ins Blickfeld.

Bereits seit Mitte der 1950er Jahre wurde das Thema der im Land lebenden Minderheiten in den Parlamentsdebatten mit Fragen der Einwanderungspolitik verknüpft. Abgeordnete aus Sheffield, London und Birmingham forderten nationale Maßnahmen für die kommunalen Probleme der Wohnungsnot, die sie durch die Einwanderung verschärft sahen.²³ Auch die Presse nahm sich immer öfter des Themas an. Über mehrere Ausgaben hinweg berichtete das auflagenstarke nationale Boulevardblatt „Daily Sketch“ bereits im Januar 1955 über 145 Passagiere aus Jamaika, ihre Ankunft im ersten europäischen Hafen Genua und ihre Weiterfahrt nach London. Derartige Artikel erregten bei der Leserschaft gleichzeitig Mitleid und Angst. So, wurde auch in der zitierten Artikelserie ein Bericht mit dem Titel beige-

²¹ Nachvollziehbar entwickelt wird dieses Modell bei Michael Baker/Dwayne Benjamin: *The Role of the Family in Immigrants' Labor-Market Activity: An Evaluation of Alternative Explanations*, in: *The American Economic Review*, 87:4 (1997), S. 705-727.

²² *The Coloured Population in the UK*, o.D. [1952], und Smallmann an Montague Brown, 21.11.1952; der Stadtteil Lambeth wird ausdrücklich genannt. PREM 11/824, Public Record Office.

²³ Beispielsweise John Hynd (Labour) aus Sheffield am 5.11.1954 HofC (cols. 832-836), oder in der Debatte vom 22.11.1957, in der fünf Abgeordnete aus Londoner Wahlkreisen mit größeren Einwandererzahlen auf spezifische Probleme hinwiesen. HofC 578, cols. 749f.

fügt: „City asks for help. A city invaded by 17.000 coloured workers is to ask the Government to control the flow of immigrants.“ Unter Bezug auf die Wohnungsverknappung wurde gefordert, Arbeitsmöglichkeiten für die Einwanderer zu begrenzen.²⁴ Bis zu den Unruhen von 1958 wurde das Thema Einwanderung im Unterhaus meist auf Initiative von Abgeordneten aus den großen Städten diskutiert, die aus ihren Bezirken berichteten. Zu dieser Zeit debattierte man über die entstehenden ethnisierten Wohnquartiere immer im Zusammenhang mit Konflikt oder mit Armut.

Mitte 1957 legte ein Ministerialausschuss einen Bericht zu *Colonial Immigrants* vor, der als „most disturbing element“ der wachsenden Zuwanderung „the transformation, in some areas, of whole streets into completely 'black' streets“ beurteilte. In der im Kabinettsprotokoll festgehaltenen Diskussion der Vorlage wurden aus Straßenzügen in rhetorischer Zuspitzung ganze Viertel, das Beunruhigendste an der Zuwanderung sei „the transformation of particular areas of certain cities into exclusively coloured districts“. ²⁵ Die Kabinettsvorlage zum Konzept einer Einwanderungsgesetzgebung nahm 1958 auf diesen Bericht Bezug – verbunden mit der Beobachtung, in den nordwestlichen Stadtteilen Londons, in Brixton und in Birmingham „entire streets have gone over to a coloured population“. ²⁶ In den späten 1950er Jahren wurden die schweren Straßenkämpfe, die sich im Frühherbst 1958 in Nottingham und Notting Hill zwischen gewaltbereiten „Teddy Boys“ und jungen Einwanderern abspielten, zu einem ersten Anlass für eine verstärkte Diskussion in den Medien und innerhalb der Regierung. Die Unruhen wurden als Bestätigung der Warnungen vor der Bildung ethnischer Stadtquartiere gewertet. 1960 kennzeichnete der Innenminister das für ihn Problematische der Situation mit den wachsenden Einwandererzahlen und den gesellschaftlichen Spannungen, die aus der konzentrierten Ansiedlung und dem daraus folgenden Druck auf lokale Wohnungs- und Arbeitsmärkte folgen könnten. ²⁷ Ein Jahr später forderte der Labour-Abgeordnete Patrick Gordon Walker eine Verteilung der „zusammengeballten“ Einwandererbevolkerung. ²⁸ Für die konservative Regierung lag die Lösung in

²⁴ Daily Sketch, 3., 4., 5. und 6.01.1955. Zeitungsausschnitte in PREM 11/824, Public Record Office.

²⁵ Colonial Immigrants, Report of the Committee of Ministers, 12.07.1957, CAB 129/88, C.(57)162, Public Record Office, sowie Kabinettsprotokoll vom 25.07.1957, zitiert wird der auch im Bericht federführende Lord Chancellor, Sir David Maxwell Fyfe. CAB 128/31, C.C.(57)57th Conclusions, Minute 5. Public Record Office.

²⁶ Commonwealth Immigrants, Memorandum by the Lord President of the Council, 20.06.1958, Secret, CAB 129/93, S. 2. C. (58)129, Public Record Office.

²⁷ Commonwealth Immigrants, Memorandum by Home Secretary, Meeting on 25th November, 1960. C. (60)165, in CAB 128/34, C.C.(60), 59th Concl., Minute 8, Public Record Office.

²⁸ Patrick Gordon Walker im House of Commons am 16.11.1961, HofC 649, cols. 713-716.

der zügigen Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Einwanderungsbeschränkung. Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs für den „Commonwealth Immigrants Act“ führte Innenminister R.A. Butler im Oktober 1961 als die beiden Hauptmotive der Initiative „the strain imposed by coloured immigration on the housing resources of certain local authorities and the dangers of social tensions inherent in the existence of large unassimilated coloured communities“ an.²⁹ Ein positiver Kommentar zur konzentrierten Ansiedlung wie die Stellungnahme des Abgeordneten G.A. Pargiter im Jahr 1961 blieb die Ausnahme: „It is a natural sort of thing for people of like language and like views.“³⁰ Sobald sich diese Art der Ansiedlung manifestierte, wurde der Vergleich mit den USA angeführt.

„In the Ghetto“ (1969): Schreckgespenst amerikanische Segregation

Als 1969 die amerikanische Bürgerrechtsbewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte und der Song „In the Ghetto“ von Elvis Presley die amerikanischen und europäischen Hitparaden anführte, waren in der britischen Politik gegenüber den ethnischen Siedlungen in den Städten bereits die Weichen gestellt. Die USA hatten in mehrfacher Hinsicht als Vorbild gedient. Amerikanische Städte waren bekannt dafür, dass sich nach *race* definierte Wohnquartiere gebildet hatten, die als Brennpunkte von Kriminalität und sozialem Elend galten. Der Vergleich fand sich in den britischen Zeitungen und in der Politik, auch die Sozialwissenschaften widmeten dieser offensichtlichen Parallelerscheinung Studien.³¹ Im Kabinettsausschuss, der die erste Einwanderungsbeschränkung vorbereitete, hieß es 1961, ohne eine Einwanderungsbeschränkung „this country may well be confronted in the space of a few years with a colour problem approaching that of the United States“.³² Die Vorbereitung des zweiten Antidiskriminierungsgesetzes vollzog sich 1967 vor dem Hintergrund der radikalisierten Phase der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zu einem Zeitpunkt, als sich Martin Luther King bewusst den schwarzen Ghettos von Chicago und anderen nördlichen Metropolen als Zentren der Gewalt zugewandt hatte. Das zwei Jahre zuvor gegründete Race Relations Board bezog sich ausdrücklich auf den nordamerikanischen Fall: „Nor should we neglect the experience of

²⁹ Commonwealth Migrants, Memorandum by the Secretary of State for the Home Department, 6.10.1961, CAB 129/107, C (61) 153, Public Record Office.

³⁰ 16.11.1961, HofC 649, col. 789.

³¹ So bei Ira Katznelson, *Black Men, White Cities: Race, Politics and Migration in the United States 1900 – 1930 and Britain 1948 – 1968*, London 1973.

³² Commonwealth Immigration, Memorandum by the Lord Chancellor, 26.05.1961, CAB 129/105, C. (61) 67, Abschnitt 4. Public Record Office. Interessant ist, dass der Terminus „colour problem“ im Rahmen der Kabinettsdiskussion hier offensichtlich keiner Erläuterung bedarf.

others, and in particular the U.S.A., which indicates quite clearly that, where colour is an element, race relations if left to themselves deteriorate, that inertia and inaction in the field solve no problems and merely create greater problems in the future.“³³ Wissenschaftliche Studien, die die US-amerikanische Situation der Rassendiskriminierung, der „Rassenunruhen“ und der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten untersuchten, wurden für die Konzipierung des britischen Antidiskriminierungsgesetzes herangezogen.³⁴ Doch die Ähnlichkeit der Minderheitensituation in den beiden Ländern beschränkte sich von Anfang an auf den Umstand, dass es nach Hautfarbe definierbare Siedlungskluster gab. Im Vergleich mit den USA und Kanada, deren urbane Population fast ausschließlich aus Einwanderern besteht, ist die Segregation ethnischer Minderheiten in den europäischen Metropolen mit großer „Stammbevölkerung“ bis heute generell geringer, so auch in Großbritannien. Eine Untersuchung zum Chicago der 1930er Jahre belegt, dass das *black ghetto* der US-amerikanischen Großstädte im Unterschied zu den *ethnic enclaves* der europäischen Einwanderer praktisch die gesamte afro-amerikanische Stadtbevölkerung versammelte. Iren, Deutsche, Schweden und Italiener lebten dagegen über viele Stadtteile verteilt, eine konzentrierte Siedlungsweise zeigte sich immer nur bei einem geringen Anteil an der Gesamtpopulation.³⁵ Die Beziehung der Minderheiten zur Aufnahmegesellschaft beeinflusste offenbar auch die Wahl des Wohnviertels. So unterschied sich das Verhältnis der neu eingewanderten afro-karibischen und südasiatischen Minderheiten zur britischen Aufnahmegesellschaft grundlegend vom US-amerikanischen Beispiel. Das Selbstkonzept der frühen Einwanderer und ihre Einordnung durch die Aufnahmegesellschaft als Mitglieder des Commonwealth ist wichtig für diese frühe Zeit des Diskurses. Das Dilemma dieses Blickwinkels – die mit der Commonwealth-Mitgliedschaft verbundene kulturell-politische Zugehörigkeit bei der gleichzeitig stark empfundenen Fremdheit – löste sich nur sehr allmählich. So wurde Anderssein zunächst ausschließlich auf die Hautfarbe bezogen, im Englischen belegt mit dem Terminus *race*, weil es dem Bild des harmonischen Commonwealth widersprochen hätte, die Einwanderer als nicht britisch darzustellen.³⁶ Viele dieser frühen Einwanderer bekannten sich jedoch selbstverständlich

³³ Report of the Race Relations Board for 1966-67, S. 21, Race Relations Board, London HMSO.

³⁴ Karen Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2000, S. 443 und S. 481.

³⁵ Thomas Lee Philpott, *The Slum and the Ghetto: Neighbourhood Deterioration and Middle-Class Reform, Chicago, 1880-1930*, New York 1978, zitiert bei Peach, S. 19.

³⁶ Zur Bedeutung der Kategorie „race“ in diesem Zusammenhang vgl. auch Imke Sturm-Martin, „Race, colour or religion“: Der politische Blick auf Minderheitenreligionen in Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg. In: *Zeithistorische Forschungen* 2 (2005), S. 409-428.

zum Britischsein. Sie hatten ein britisch geprägtes Schulsystem besucht, und Englisch war vielfach ihre Muttersprache oder doch die Amtssprache ihrer Heimatländer.

Auch wenn die Minderheitensiedlungen allseits als problematisch angesehen wurden, so sah man doch nur begrenzte Handlungsoptionen. Die Diskussion bewegte sich zumal in den 1950er Jahren in den offen oder verdeckt rassistischen Denkfiguren der Zeit. Bis hin zur Deportation wurden alle Möglichkeiten, die Einwanderung zu kontrollieren, durchgespielt und wieder verworfen, um nicht einen dem *Empire*-Mutterland unwürdigen Eindruck der Abschottung gegenüber seinen Kolonien hervorzurufen. Doch die Abschottung fand im Inneren statt. Die konzentrierte Ansiedlung wurde auch deshalb als Problem wahrgenommen, weil sie „weiße“ Mieter und Vermieter „vertrieb“: Der Kontakt war nicht gewünscht, der Zuzug der Überseeinwanderer drohte, Immobilienwerte zu mindern.³⁷ Die *Minderheiten-Communities* hatten zwar ein Anrecht auf den Erwerb der britischen Staatsangehörigkeit, aber lange sah man sie in der Politik und in den Medien eher als Teil ihrer Herkunftsländer denn als Landsleute an. Bezeichnenderweise wurde bis in die späten 1950er Jahre hinein das Kolonialministerium als hauptsächlich betroffener Akteur in die Diskussion nicht nur mit einbezogen, sondern galt auch als zuständig. Nach den Unruhen vom Sommer 1958 besichtigte der pakistanische Sozialminister auf Einladung der britischen Regierung die *Pakistani communities* in Bradford, Birmingham und Glasgow, um lokale Initiativen zu begutachten.³⁸ Ein „White Paper“ von 1965, in dem Wilsons Labour-Regierung erstmals zur Situation der neuen Einwanderer Stellung nahm, formulierte vorsichtig, dass die Präsenz von knapp einer Million Einwanderer aus dem Commonwealth an den Orten, wo sie sich konzentrierten, soziale Spannungen verursachten.³⁹ „If you want a nigger neighbour, vote labour“, wurde auf viel zitierten Flugblättern im Wahlbezirk des konservativen Politikers Peter Griffith propagiert, der in der Folge 1964 diesen Wahlkreis (Smethwick bei Birmingham) gewann. Damit wurde er gegen den allgemeinen nationalen Trend gewählt, denn die Labour-Partei erhielt in jenem Jahr im Unterhaus vier Sitze mehr als die Konservativen. 1965 wurde in dem vom Kabinettsausschuss zur Einwanderung eingerichteten „sub-committee on integrati-

³⁷ Dieser Nexus – konzentrierte Ansiedlung der Einwanderer und „Vertreibung“ alteingesessener Bewohner findet sich wiederholt in den Quellen. Die „Flucht“ der alteingesessenen Bewohner wird dabei nie in Frage gestellt.

³⁸ Bericht der Arbeitsgruppe zu den sozialen und wirtschaftlichen Folgeproblemen des wachsenden Zustroms farbiger Arbeiter aus anderen Commonwealth Ländern in das Vereinigte Königreich, C.W.P. (59) 3, 25.06.1959. PREM 11/824, Public Record Office.

³⁹ White Paper, Immigration from the Commonwealth, 18 S., HO 376/1, Cmnd 2739, Public Record Office.

on“ wieder der Gedanke diskutiert, ob eine räumliche Verteilung der Einwanderer soziale Probleme abfedern könne, die durch die örtliche Konzentration entstünden. Letztendlich kam aber das genannte Komitee zu dem Schluss, die Einwanderer könnten am besten Bestandteil von „acceptable sub-communities within the local communities“ sein, „rather than integrated in it as individuals“.⁴⁰ Diese Annahme markierte eine Trendwende in der britischen Politik gegenüber den Einwanderern, nach der eine Integration nicht unbedingt bedeuten musste, die ethnische Siedlungsweise aufzugeben. 1966 formulierte Innenminister Roy Jenkins seine berühmt gewordene Definition von Integration, die, so Jenkins, nicht als „a flattening process of assimilation“ verstanden werden sollte, sondern „as equal opportunity, accompanied by cultural diversity, in an atmosphere of mutual tolerance“.⁴¹ Doch die konservativen Einwanderungsgegner führten weiterhin die „abgeschlossenen Gemeinschaften“ mit „eigenständigem Leben“ als Argument für striktere Beschränkungen ins Feld.⁴² Die „ernste potenzielle Gefahr“, die für die britische Gesellschaft von den Einwanderern ausginge, wurde weiterhin mit der konzentrierten Ansiedlung begründet: „[...] because they concentrate in certain areas, and because their outlook, their habits and their cultures are so different from ours [...]“.⁴³

1965 und 1968 verabschiedete die Labour-Regierung mehrere Pakete von Antidiskriminierungsgesetzen. Auch hinsichtlich der ethnisierten urbanen Räume wurden politische Eingriffsmöglichkeiten in den späten 1960er Jahren verstärkt umgesetzt. Der Local Government Act von 1966 ermöglichte staatliche Zuschüsse für kommunale Behörden oder Freiwilligen-Organisationen, die in den „problematischen“ Gebieten aktiv waren, sowie für Schulen, die von besonders vielen Kindern aus Minderheitenfamilien besucht wurden.⁴⁴ Neben der Einrichtung des national agierenden „Race Relations Board“ (1965) zur Untersuchung von Diskriminierungsvorfällen wurden zahlreiche Maßnahmen vor Ort in den urbanen Zentren umgesetzt. Sie zielten auf die finanzielle Förderung besonders betroffener Stadtviertel und die Einrichtung von lokalen Büros, die oft die ohnehin schon in den Einwanderervierteln aktiven Vereine wie die „Voluntary Liaison Committees“ mit einer besseren Finanzierung ausstatteten und ihnen einen offizielleren Charakter verliehen. Das Thema Einwanderung und Ethnizität wurde auf die lokale kom-

⁴⁰ Protokoll des Commonwealth Immigration Committee, Sub-Committee on Integration, 15.03.1965, HO 376/1505, Public Record Office.

⁴¹ Roy Jenkins, *Essays and Speeches*, London 1967, S. 267.

⁴² So der konservative Abgeordnete Ronald Bell am 8.11.1966 im Unterhaus, HofC 735, cols. 1204-1206.

⁴³ Reginald Maudling, konservativer Abgeordneter, am 27.02.1968, HofC 759, co. 1345.

⁴⁴ Erik Bleich, *Race Politics in Britain and France: Ideas and Policymaking since the 1960s*, Cambridge 2003, S. 66.

munale Ebene verwiesen.⁴⁵ Das Antidiskriminierungsgesetz von 1968 in Verbindung mit dem „Urban programme“ von gezielten Kommunalreformen sah dabei eine spezifisch auf Städte gerichtete Förderung vor – wobei strikt vermieden wurde, problematische Viertel direkt mit den Einwanderern zu assoziieren.⁴⁶

„Parallele Welten“ waren in dieser Zeit eine Art Selbstverständlichkeit. Einwanderer waren nicht integraler Bestandteil der britischen Gesellschaft, solange es Sensationswert hatte, wenn einzelne Afro-Kariben oder Südasiaten bestimmte berufliche oder gesellschaftliche Positionen erreichten. Für die öffentliche Wahrnehmung standen andere Themen im Vordergrund, beispielsweise die Erfolge der Einwanderer, ihre Herkunftsidetität vor Assimilation zu schützen, wie beispielweise für Sikhs das Tragen von Turban und Vollbart am Arbeitsplatz.⁴⁷ In der offen einwanderungsfeindlichen Rede des konservativen Politikers Enoch Powell im Frühjahr 1968 im „Brennpunkt“ Birmingham waren solche Auseinandersetzungen der Beleg für den Unwillen oder die Unfähigkeit der neuen Einwanderer zur Integration.⁴⁸ Die heftigen – zustimmenden und ablehnenden – Reaktionen auf Powells Rede zeigten, dass weiterhin ein großer Bedarf an Auseinandersetzung zu diesem Thema bestand.⁴⁹ Zum selben Zeitpunkt wurden die letzten Reste des privilegierten Zugangs zum britischen Territorium, die nach dem ersten Beschränkungsgesetz von 1962 noch geblieben waren, angesichts der Zuwanderungswelle von Südasiaten aus Afrika weitgehend getilgt. Ironischerweise hat sich diese Gruppe der ‚African Asians‘, deren Zugang man stark erschwerte, sowohl in Großbritannien als auch im Ausweichziel Kanada als besonders „erfolgreich“ in der wirtschaftlichen Gleichstellung mit der Aufnahmegesellschaft erwiesen.

Als Themen der Auseinandersetzung war das konzentrierte Wohnen in den Hintergrund getreten, zugunsten der Schwerpunkte Gruppenrechte und Gleichbehandlung. Durch das Bekenntnis zum Multikulturalismus seit den späten 1960er Jahren wurde die „Parallelität“ von Einwanderer- ‚Community‘ und „Aufnahmegesellschaft“ bestätigt.

In den 1970er Jahren wurden weitere Elemente des Multikulturalismus-Gedankens umgesetzt. Gezielte lokale Eingriffe in den ethnischen Quartieren der großen Städte waren weiterhin Teil allgemeiner Programme. Nachdem 1969 nach US-amerikanischen Vorbild bestimmte Viertel in Großstädten als „general improve-

⁴⁵ Roman Garbaye, *British Cities and Ethnic Minorities in the Post-war Era: From Xenophobic Agitation to Multi-Ethnic Government*, in: *Immigrants & Minorities* H. 22/2003, S. 298-315, hier S. 306.

⁴⁶ Schönwälder, 448-449.

⁴⁷ In der Boulevardpresse reichlich kommentiert, vgl. das regionale Blatt für die Midlands, *Express & Star*, 9. August 1967.

⁴⁸ Text der Rede in J. Enoch Powell, *Freedom and Reality*, hrsg. von John Wood, London 1969, S. 213-219.

⁴⁹ Zu den Reaktionen in der Öffentlichkeit vgl. Schönwälder, S. 372-381.

ment areas“ und „housing action areas“ (1974) ausgeschrieben und renoviert worden waren, kündigte 1977 ein *White Paper* über die Innenstädte eine Reform des „Urban programme“ an, bei der die wirtschaftliche Entwicklung der postfordistischen urbanen Ökonomien im Vordergrund stehen sollte.⁵⁰

Der „Race Relations Act“ von 1976 stärkte – wieder mit Blick auf das amerikanische Vorbild – die zivilrechtlichen Möglichkeiten von Minderheiten als Gruppen im Gegensatz zum bisher verfolgten Modell der individuellen Moderation. Seit den 1970er Jahren wurden vor allem die lokale Beobachtung und Verfolgung von Ungleichbehandlung intensiviert, Diskriminierung am Arbeitsplatz oder bei der Wohnungssuche traten in den Vordergrund des Interesses, zu Ungunsten der „ethnischen Siedlung“. Die seit den 1960er Jahren zunehmend praktizierte Sammlung von Daten zu Minderheitengruppen, das „ethnic monitoring“, führte 1991 zur viel beachteten Einführung einer Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Ethnie in der regelmäßig durchgeführten Volkszählung.

Eine Diskussion über Segregation und „Parallelität“ entstand erst wieder mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der zweiten Generation, als die vorab zitierten Unterschiede zwischen verschiedenen Minderheitengruppen manifest wurden. Jetzt rückte das selbstbewusste „Anderssein“ der zweiten und folgenden Generationen, das sich im kreativen Ausdruck über Musikstile, Sprachmedien, Kleidungs-traditionen artikuliert, in den Vordergrund. Auch die Hinwendung zur Religion war zunächst Teil dieses Generationenkonflikts. In Großbritannien zeichnete sich dieser Konflikt erstmals ab, als – in „parallelen“ Welten – Salman Rushdie in Großbritannien geschützt wurde und im selben Land öffentliche Verbrennungen der „Satanischen Verse“ stattfanden. Religion nahm von diesem Zeitpunkt an – in Verbindung mit dem auch in den britischen muslimischen Gemeinden zunehmenden Extremismus – eine bedeutende Rolle im Diskurs über Parallelität ein. Die säkulare Gesellschaft fühlte sich gerade an dieser Stelle herausgefordert.

Fazit

Der jüngste Schock über die „parallelen Leben“ von verschiedenen Ethnien in den englischen Großstädten mutet seltsam an, wenn man die Sorge über die Ansätze dieser Entwicklung in den frühen Jahrzehnten der Nachkriegswanderung rekapituliert. In den 1950er Jahren wurde die „Kolonie-Bildung“ wahrgenommen und löste stereotype Ängste vor Kriminalität, Überfremdung und Krankheit aus. Dennoch

⁵⁰ Huw Thomas, *Urban Renewal, Social Exclusion and Ethnic Minorities in Britain*, in: Abdul Khakee/Paola Somma/Huw Thomas, *Urban Renewal, Ethnicity and Social Exclusion in Europe*, Aldershot/Brookfield, VT 1999, S. 148-174, hier S. 160.

gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine Diskussion darüber, ob die Einwanderer durch die räumliche Segregation auch von der britischen Gesellschaft abgeschnitten waren. Dies war deshalb der Fall, weil man sie innerhalb der in dieser Zeit dominanten rassistischen Denkmuster nicht als potentiellen Teil der britischen Gesellschaft sehen konnte. „[A] large coloured community [...] is certainly no part of the concept of England or Britain to which people of British stock throughout the Commonwealth are attached“, hieß es 1953 noch in einem Bericht einer Arbeitsgruppe im Kolonialministerium.⁵¹ Als sich diese Haltung änderte und den Einwanderern aus den ehemaligen Kolonien die gesellschaftliche Teilhabe zugestanden wurde, geschah dies unter Beibehaltung ihres Sonderstatus'. Ihre „parallele“ Existenz wurde anerkannt, und die Gleichbehandlung war einklagbar geworden.

Über die Entwicklung der Multikulturalismus-Politik seit den 1960er Jahren wird deutlich, wie die konzentrierte Siedlungsweise allmählich aus dem Blickfeld geriet zugunsten anderer Themen im Rahmen der *Race Relations*. Eine tolerante, anti-diskriminatorische Haltung wurde zum Konsens und in vielen institutionalisierten staatlichen und nichtstaatlichen Agenturen erfolgreich praktiziert. Dieser Erfolg scheint mit der zunehmenden aktiven politischen Partizipation von Angehörigen von Minderheiten sowie ihrer wachsenden Präsenz im Bereich der hochqualifizierten Berufe bestätigt zu werden – ein Umstand, der von einer kreativen und breit rezipierten Szene von Literaten, Filmschaffenden und Musikern mit westindischem oder südasiatischem Hintergrund noch unterstrichen wird. Diese gerade von der britischen Mittelklasse mit Interesse aufgenommene *postcolonial culture* trug zur Entstehung eines integrativen Mainstreams bei, an dem die sozial-ethnischen Randgruppen nicht teilhatten.

Im späten 19. Jahrhundert entdeckte die frühe ethnologische Stadtforschung in Großbritannien in von verschiedenen sozialen Schichten bewohnten urbanen Räumen „Parallelgesellschaften“ und nahm diese mit Sorge zur Kenntnis.⁵² Im aktuellen Diskurs setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass eine ethnisch definierte „Parallelität“ die einfache Schichtenparallelität wenn nicht ersetzt, so doch überlagert hat. Die historische Entwicklung und die Geschichte ihrer Wahrnehmung zeigen, dass die Durchbrechung der „Parallelität“ vor allem ein Problem der dominanten Mehrheit ist. Die Aufnahmegesellschaft definiert sich selbst in der Auseinandersetzung mit der Minderheit – und sucht sich in der Illusion der „Parallelität“ auch einen Ort der sicheren Distanz. Versteht man die räumliche Segrega-

⁵¹ Report of the Working Party on Coloured People Seeking Employment in the United Kingdom, 17.12.1953, S. 12. CO 1032/119, Public Record Office.

⁵² Rolf Lindner, *Walks on the wild side: Eine Geschichte der Stadtforschung*, Frankfurt 2004, S. 71-95.

tion und das gleichgültige Nebeneinander mit Georg Simmel als ein Kennzeichen städtischer Gesellschaften, wird das Bild von der abgesonderten „Parallelgesellschaft“ zur urbanen Bewältigungsstrategie.

Dr. phil. Imke Sturm-Martin, Lehrbeauftragte am Historischen Seminar der Universität zu Köln, sturm-martin@online.de

Between Cultural Clientization and Market Individualism. Integration policies in Stockholm since the 1970s

Introduction

The "Metropolitan Investigations", a corpus of national enquiries on urban development issues in Sweden during the late 1980s, presented one of its reports with the following general outlook:

"The metropolitan environment offers the base for new social and political conditions through its intensive possibilities of contacts with the surrounding world – new political dividing lines, new value patterns and life-styles, and new modes of participation in the entire country. The big city environment has both positive and negative effects for the individual; it can have pitiless social and economic consequences for people lacking resources and competitive education or knowledge, while it can fully deliver to people with resources and professionalism."¹

In the Swedish political discourse this was something of an awakening: The economic and social structure of big cities and the possibilities the metropolis offered for participation in society were determining factors for the success or failure of life in the city. The urban environment shaped the preconditions and expectations of the individual.

The discovery of the metropolis as a co-producer of society's social structure had a great impact on what was considered to be one of the most urgent social problems: the integration of immigrants into Swedish society. Previously, neither political discussions nor social research about migration and resettlement had acknowledged the role of big cities as an independent variable to explain the different results of immigration and integration policies. During the "Golden era" of the Swedish welfare economy, the majority of immigrants were invited workers, preferably from Europe or other Nordic countries, which lived in middle-sized in-

¹ Storstadens partier och valdeltagande 1949 – 1988. Underlagsrapport från Storstadsutredningen ("Metropolitan political parties and elections 1949 – 1988. Primary report from the Metropolitan Investigations". Swedish Government Official Reports-series), SOU 68 (1989), S. 11.

dustrial towns. Before the mid-1970s the question of integration – or assimilation – concerned mainly immigrant groups in mono-industrial urban settlements in Sweden.² So far research has focused for the most part on the culture and ethnical origin of certain immigrant groups, their family patterns and social behaviour in order to map their irregular success on the Swedish housing and labour markets.³ However, this focus changed during the late 1980s and early 1990s, not least due to mass-immigration and a wave of heterogeneous asylum-seekers, national recession and instability in the welfare system. Researchers, moulders of public opinion and politicians started to scrutinize the established institutions in an attempt to understand the impact of resettlement and immigration cultures on Swedish society. In connection to this shifting focus a greater hope and belief was put on the metropolis as a kind of automatic integration machine.

Initially, this article discusses two topics regarding the question of urban development and integration strategies in Stockholm during the last three-four decades:

1. What larger societal changes emerged from the mid-1970s that placed the big city, the metropolis – as symbol, concept and reality – in a key position to both explain and legitimate a new social reality? 2. What is the “inherent nature” of the metropolis – regarding integration as well as economic performance – in which politicians and leaders of interest groups actually put their faith in?

1. Contemporary migration and the speed in which both people and capital shift places have come to shed new light on cultural and economic structures and values in western societies. Cities and metropolitan regions during the last decades have gained immensely in importance exactly because they are taking on a leading role in the modern historical development after the industrial society. Despite the unquestionable growth potential in the new economy, urban development is marked by signs of social threat and upheaval. The development plans of private investors and municipal politicians are primarily targeted at a diffuse entrepreneurial middle class with connections to expansive markets, resulting in the activation of social mechanisms of exclusion and in an increasing spatial inequality. A new class society has emerged in influential cities with remarkable speed, and this transformation goes back to the general recession of the 1970s and the problems of legitimacy and social distribution priorities of the traditional welfare states. As several researchers have convincingly argued, the unequal development is a systematic expression of an internal tension within the capitalist system itself – between, on the

² Jan Ekberg, *Ekonomiska effekter av invandring* (“The Economic Effects of Immigration”), Växjö 2002, S. 1.

³ Håkan Forsell, *Inventering av forskningsläget över invandring och invandrarfrågor ur ett historiskt perspektiv* (“Overview of previous research concerning immigrants and minority issues in Stockholm city from a historical perspective”), Stockholm 2003, S. 29-31.

one hand, the wish to evenly distribute assets and investments over the socio-geographic space as fairly as possible, and on the other the pressure of differentiating these investments to take advantage of specific preconditions of places and maximize accumulation.⁴ By the end of the 1970s Henri Lefebvre noted an “explosion of spaces”, in which industrial geography, the patterns of urbanization, every-day life and the political, regulating power of the nation state were instable and distorted.⁵ This tendency has increased through globalization, neo-liberalism and the urbanized labour market. In detail, the general transformation has proceeded in different ways depending on historical and institutional circumstances. A city always offers a certain amount of continuity, not only because larger parts of the physical environment exist for a long time, but also because previously leading social orders continue to have influence on society. The developments do not take place in an institutional vacuum, but are imbedded in regulating traditions.⁶ The dominating order during a certain historical time-period can hence offer strong and formative requirement and limitations for the development in a coming phase. In the case of Stockholm it is natural to emphasize the city’s position as the capital of Sweden. Since 1945 few big cities in Europe other than Stockholm have been marked to the same extent by social democratic etatism, politically motivated socio-economic regulations and recurrent, often fruitless, attempts from local private interests and municipal politicians to break the control of the state authority. It is at the same time noticeable what political propensity the municipal authorities in Stockholm have had for large scale solutions regarding for example infrastructure and land use policies. But in an overall view, the Swedish welfare state project depended on the co-operation of the capital city to promote a homogenous and nationally decentralized economy. The Swedish municipal organization was until the mid-1970s the perhaps clearest urban example of what the American political scientist Neil Brenner recently has called the long era of “spatial keynesianism”.⁷

During the last thirty years this regulating and redistributing urban economy has been dismantled and replaced by a market-oriented entrepreneurial political economy. Stockholm has changed from being the “liaison centre” of the nation to

⁴ Neil Brenner, *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*, Oxford 2004, S. 16. For an earlier discussion, see: Neil Smith, *Gentrification and Uneven Development*, in: *Economic Geography* 58:2 (1982), S. 139-155 und S. 139-142.

⁵ Henri Lefebvre, *Space. Social Product and Use Value*, in: J.W. Freiberg (Hrsg.), *Critical Sociology. European Perspectives*, New York 1979, S. 290, quoted in Brenner, S. 5.

⁶ Yuri Kazepov, *Cities of Europe. Changing Contexts, Local Arrangements, and the Challenge to Social Cohesion*, in: Yuri Kazepov (Hrsg.), *Cities in Europe: Changing Contexts, Local Arrangements, and the Challenge to Social Cohesion*, Oxford 2005, S. 9 f.

⁷ Brenner, S. 114–116.

a semi-autonomous growth machine with direct links to the flow of information and goods that circulate outside of the national economic system. Such a transformation has not been accomplished without major changes to the city's environment – and to the relationship between people in that environment.

As a result of the escalating competition between investments and work opportunities, urban economic policy in Stockholm has come to favour the middle classes with greater purchasing power – in stark contrast to the financially weak working class that was the primary receiver of social policy distribution before 1970. To meet the challenges (e.g. to come off as a winner in the international battle of investment prospects and to strengthen the middle classes) the municipal political arena has rearranged urban and social space and equipped itself (with the help of increasingly urbanized national politics) with legal, economic and labour market policy means to promote further accumulation.⁸ This development has in a dramatic way changed the social space of Stockholm since the 1970s.

2. The second initial question deals with the renewal of the big city regarding integration and economic growth. What kind of characterization of the city did politicians and opinion leaders actually put their faith into? Was it the “individualistic” city that promoted specialization, differentiation and a possibility for the individual to be successfully established in urban society out of his or her own merits? Or was it the vision that big cities facilitated the organization of different communities? Could ethnic, language or confessional communities constitute a critical mass in the big city and thereby function as a platform for social and occupational existence?

The first way of envisaging the metropolis as an extraordinary environment for integration has stressed the meaning of the division of labour for the social urbanization process. The city is, according to this perspective, shaping the institutions of society through the establishment and flourishing of specialized markets, and the city has done so historically in Western Europe since the Middle Ages. Integration through the market has been the primary way of developing a liberal civil society. And as the German urban sociologist Hartmut Häussermann has written, the civilizing accomplishment of the city has been to replace inherited, status- or clan-based privileges by meritocratic market processes. Thereby, older norms, social control mechanisms and codes of relationships have lost their meaning. The city culture has historically been the birth place of modern individualization.⁹

⁸ For a general overview of the development, see: Christian Kesteloot, *Urban Socio-Spatial Configurations and the Future of the European Cities*, Oxford 2005, S. 123–126.

⁹ Hartmut Häussermann, *Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen ‘underclass’?* in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase / Otto Backes (Hrsg.), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das*

Following this line of argument, the city's fundamental social relationships are those structured around the money and consumer economy, a perspective very much in line with classic European urban sociology from the beginning of the 20th century. Material exchange takes place in urban economies, contracts are drawn, services and goods change hands. The indifference, distance and neglect between the city-inhabitants created by the rational market order are just a precondition for the sustainability and effectiveness of urban life. The individualistic form of integration is not synonymous with human tolerance. It is the market which keeps the balance in society through functional diversification and dependence, and through a consequent production of social distance.¹⁰

It takes little historical knowledge about the conditions of the mature industrial city to understand that this abstract picture of distance and indifference was only relevant to those already established in the urban society. Only two historical types of urban dwellers have been provided with an even remotely corresponding portion of independence and autonomy: the self-governing property owners of late 19th century industrial towns and citizens of a later phase, equipped with the generous social rights that characterized a West European welfare state until the 1970s.

But for the immigrant workers in European or American cities during the 19th century the connection to and amalgamation with collective structures and social networks were of vital importance if they were to survive. The second way of envisaging the metropolis argues that big cities have immigration to thank their existence for in the first place. Any unique "mentality" of the metropolis with a strictly "individual" view of social relationships did of course not characterize the new inhabitant straight away the day they set foot in the city. Traditions, cultures, family patterns from a variety of different places continued to grow within smaller communities and influence the city as a living environment. A predominant feature of this perspective is the functional connection between segregation and cultural solidarity. People did not wander around the city as rational, economic nomads, but instead looked for places of belonging. And in this process, certain urban areas evolved where people with similar backgrounds would seek to live together. Segregation is, according to this simplified notion, a voluntary drawback, an isolation chosen by the cultural group itself, for the purpose of strengthening the internal unity as well as the economic and social strategies determined by a shared

ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt a. M., 1998, S. 151.

¹⁰ For further discussions on the mechanisms of markets and social distance in modern urban development, see for example Gerd Held, *Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne*, Wiesbaden 2005 and Markus Schroer, *Raum, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*, Frankfurt a. M. 2006.

culture.¹¹ This way of analysing segregation and immigrant cultures was of course fundamental for the sociologists of the Chicago School in order to understand the diverse forms of community life that occurred in the American urban landscape during the early 20th century.¹²

The simplified models of the individualistic and market-orientated city on the one side, and the community and culture-orientated city on the other, must however be modified when analysing modern European cities in general, and in Swedish cities in particular. The models have to comprise powerful frameworks of regulation, jurisdiction and interventions in the urban economy both from the local and national state. Swedish towns have a long tradition of being subordinated and organised according to the wishes and strivings of the state, and not according to wishes and striving of the citizens or civil society, to create legitimizing structures of social, cultural and economic exchange.¹³

The historical oscillations between market-system integration and cultural integration that I will sketch in the following part have been touched upon previously by Swedish researchers. In her dissertation from 2002, *Välfärdsstaten i det mångkulturella samhället* (The Welfare State in Multicultural Society) Karin Borevi has shed light on the tension between the aspirations of the welfare state to promote equality and freedom for the individual, and at the same time to accomplish certain collective goals. Borevi has shown that the question of individual integration sometimes has a conflicting relationship with the same individual's membership of a certain ethnic, religious or cultural community.¹⁴ But as in other investigations of immigration policy in Sweden, the main focus is on the political work, official investigations and decisions on a national level. The focus in this article is instead on the local political and administrative level in Stockholm.

Between Labour Market Adjustment and Cultural Community

The main thread in this article is that municipal immigration politics in Stockholm have moved back and forth between the two urban strategies

¹¹ Fran Tonkiss, *Space, the City and Social Theory*, Cambridge 2005, S. 38-40. See also Schroer, S. 236-237.

¹² See for example: Robert E. Park (with Ernest W. Burgess and Roderick D. McKenzie), *The City: Suggestions for the Study of Human Behavior in the Urban Environment*, Chicago 1925.

¹³ Casten von Otter, Ska vi mötas på torget? Tankar kring integration, urbanitet och marknadsekonomi ("Shall we meet on the square? Thoughts about integration, urbanity and market economy"), in: Ewa Gunnarsson/Anders Neergaard/Arne Nilsson (Red.), *Kors & tvärs. Intersektionalitet och makt I storstadslivets arbetsliv*, Stockholm 2006, S. 68.

¹⁴ Karin Borevi, *Välfärdsstaten och det mångkulturella samhället*. Acta Universitatis Upsaliensis ("The Welfare State in Multicultural Society"), Uppsala 2002, S. 304-308.

mentioned above. In the 1960s, and especially after the publication of a national labour market report on active work-immigration and the following debate about “dumping salaries” as a consequence of a large immigrant labour force, it was above all the individual adjustment to the labour market that dominated the political agenda. For this purpose special contact and information bureaus were established where newly arrived immigrants could for example receive assistance by an interpreter. The goal was explicitly to “facilitate the adjustment of immigrants to work-places and society in Stockholm”. Immigrants were supposed to be assimilated in Swedish labour market culture and lifestyle. The responsibility of the state was of a purely legal kind and there were no official discussions about cultural origin or identity as considering factors. The task of the municipal authorities was only to amend the immigrants to the demands of the labour market in the most suitable way. In 1967 an information office called “Immigrant Service” (in English originally!) opened its doors in central Stockholm. Here immigrants received information about social services offered by the municipality, conditions in the work places and the organisation of unions and associations.¹⁵ Within a few years the administrative responsibility for immigration was expanded within the city administration. In 1970 the Stockholm Board of Immigration was founded to coordinate and supervise work migration to Stockholm. The board also operated economic support to immigrant organisations – for example through inquiring and visiting services – in order to uphold the immigrants’ interests towards authorities and employers.¹⁶ It is worth noting what outstanding importance the municipality bestowed on the immigrant associations within their assignment to adjust, inform and integrate minority groups to life and work in the city.

The formation of immigrant clubs and associations was also recurrently encouraged by the municipal authorities in Stockholm during the post-war decades. The approach was highly understandable given the strong impact of popular movements in Swedish democratic history during the 19th and 20th century. When national immigration policy abandoned the goals of “assimilation” and instead explicitly embraced an open integration policy in the mid-1970s, this policy was focused around associational life. The societies and communities of immigrant groups formed “grass-root communities” which were interpreted by both national and municipal politicians as similar to formally established institutions of society such as the free Christian churches, the temperance movement or the workers’ associati-

¹⁵ Stockholm City Council, The Board of Immigration, Documents, Appendix 71/1969. SSA (Stockholm City Archive).

¹⁶ Stockholm City Council, The Board of Immigration, Annual Administrative Report, Index 2, 1971. SSA (Stockholm City Archive).

on of “old” Sweden.¹⁷ The shift towards an explicit integration policy was, on the other hand, a consequence of the destabilized labour market that was proven increasingly unsuccessful in offering an inclusive context for immigrant workers. Instead, the association became a space where the individual could find support and confirmation of his or her identity among equals. Through this immigrants were better prepared and armoured to face an alien and sometimes discomfoting reality.

The sympathy toward the associations of immigrants was hence undivided, at least among social democratic politicians. Associational life should give minority groups a chance to preserve and develop their own cultural identity together and in their own language. The task of the Immigration Board in Stockholm was to support and instruct the associations and to help them receive municipal subsidies. During the 1970s this *community*-form of welfare supply determined all achievements regarding immigrant policy of the municipal administration. In 1971 a second office of the Immigrant Service opened in the suburb of Tensta due to the rapid concentration of immigrants there – although the construction of the area was not even finished.¹⁸

Earlier attempts by the municipality to facilitate an entrance to the labour market for individual members of immigrant groups gradually faded away and were replaced by subsidised forms of local, cultural association activity. The immigrant associations had to fulfil certain requirements to receive financial support: they had to be democratic, not affiliated with any political party, not primarily organize sport or leisure activities but rather be dedicated to cultural questions and societal issues. The associations should also be open to members not belonging to the country of origin.¹⁹ The instructions underlined in an interesting way that the municipality, when promoting cultural organizations of immigrants, wanted to support a kind of mixed form of popular movement and local community. The city of Stockholm acted on national directives and determined that the municipality ought to provide welfare services to the cultural associations of immigrants in a way that included neither cost prices nor market forces.

¹⁷ Thomas Gür: *Staten och nykomlingarna. En studie av den svenska invandrarpolitikens idéer. Socialstatsprojektet ("The State and the Newcomers")*, Stockholm 1996, S. 181-183.

¹⁸ Stockholm City Council, *The Board of Immigration, Annual Administrative Report, Index 2, 1972*. See also: Björn Erdal, *Därute i Tensta, ("Out There, in Tensta")*, Stockholm 1998, S. 22–35.

¹⁹ One has to remember, that these statutes were formulated during a time-period when “origin” and “nationality” were regarded as more or less the same thing.

Local Political Integration and Cultural Clientization

The municipal election reform of 1975 gave immigrants who had been living in the country for more than three years the legal right to vote in local elections. The outcome of the reform highlighted a first problematic scenario of the impact that the big city had on integration policy. The election reform, according to the official motivation, was a prevailing manifestation from the established Swedish society of “the willingness of an open dialogue with, and respect for, other people”.²⁰ The reform was also a demonstration that integration policy in Sweden henceforth was characterized by ideals and visions of a multicultural society.²¹

Immigrants should have the possibility to influence the level of decision-making that “was closest to every-day existence”, meaning local society.²² Swedish municipal politicians explicitly fashioned themselves as handing over the most precious thing the country possessed: the democratic vote. The reform was a manifestation of the “kind and positive attitude” that existed vis-à-vis immigrants in the Swedish society.²³

The new election law was perceived as an expression of a community-based democracy. But freedom of choice is individualistic by nature.²⁴ Political representatives and administrators, however, supported immigrant groups on preconditions that they were organized as cultural collectives. This was a result of the prevailing, and historically legitimized, model of democracy in Sweden, where popular movements and voluntary associations constituted the foundation for social integration and participation in decision-making.

During the 1980s Stockholm underwent a disturbing development with regards to immigrant integration. Statistics of participation in the municipal elections showed that minority groups to an increasing degree did not take part in the representative democratic procedures. The unemployment rates in certain minority groups showed a rapid increase. The 1980s also saw new groups of immigrants and refugees arriving from Asia and Africa, which preferably resettled on the fringes of the large cities. The municipality had no socio-economic plan for these groups but rather treated them in an off-hand way as in-fill material in the social housing

²⁰ Statement by Olof Palme in an interview with David Schwarz in the journal *Invandrare och Minoriteter* (“Immigrants and Minorities”) 2:4 (1977), S. 4.

²¹ Carl Dahlström, *Nästan välkomna. Invandrapolitikens retorik och praktik* (“Almost Welcomed. The Rhetoric and Practice of Immigration Policies”), Göteborg 2004, S. 115.

²² *Invandrare och Minoriteter* (“Immigrants and Minorities”), 3:3-4 (1976).

²³ *Ebd.*

²⁴ Gür, S. 181.

estates from the “Million programme”, despised by native Swedes.²⁵ The Board of Immigration in Stockholm wrote in an internal memorandum strategy plan how the “cultural activities in immigrant associations” could be better adjusted to “metropolitan circumstances”.²⁶ Even though “employment-seeking courses” and “start out-courses” were explicitly desired in city areas with high percentages of minority groups, the immigrant associations continued to act as an intermediary of municipal subsidies and brought on a broad spectrum of cultural programs; cinema and dance evenings, cafés or study groups.²⁷

In the beginning of the 1980s the debate about so called “positive housing segregation” also made its way into the political and administrative activities of the Stockholm municipality. A controversial suggestion was dropped by the managing director of the National Migration Department, Tord Palmlund. Palmlund suggested that different ethnic groups should be allowed to live together, densely concentrated in certain housing areas in order for the municipal welfare organization to give special and targeted services regarding education, healthcare and language teaching.²⁸ The city planning authorities in Stockholm even prepared an “ethnic-cultural” city district in the area of Hansta, but the plans were never realized due to devastating critique and the illustration of the foreseeable social results.

The spread of information became the most important task of the Board of Immigration in Stockholm during the 1980s. The Board printed booklets that were supposed to highlight the importance of immigrants in Stockholm’s society and spread them in libraries, schools and hospitals. The Board additionally arranged international conferences on multicultural issues. But despite the working efforts and good intentions it gradually became clear that the actions taken by the city to come to terms with minority and integration problems did not bring any improvements. In a report from 1986 the city administration showed that work immigrants and refugees lived under considerable worse social and economic conditions than

²⁵ The Million programme (1964–1975) was a national plan to overcome a severe housing shortage. The massive housing estates erected in the city suburbs soon received a notorious bad reputation. The outcome of the programme is still a symbol for marginalisation, social exclusion and new poverty. See for example: Lars-Erik Borgegård/Eva Andersson/Susanne Hjort, *The Divided City: Socio-economic Changes in Stockholm Metropolitan Area, 1970-1994*, in: Sako Musterd/Wim Ostendorf (Hrsg.): *Urban Segregation and the Welfare State*, London 1998, S. 210.

²⁶ Stockholm City Council, The Board of Immigration, Promemoria 81/1981, SSA (Stockholm City Archive).

²⁷ Ebd.

²⁸ Hans Hellström, *De nya Stockholmsarna. En studie av arbetskraftsinvandrare och flyktingar i Stockholms stad samt Invandrarnämndens verksamhet* (“The New Stockholmers. A Study of Immigration and the Work of the Stockholm Immigration Board”). Stockholms stadsmuseum / Kommittén för Stockholmsforskning Stockholm 2000, S. 53.

the rest of the population. Approximately 50 percent of the city's social allowances went to families of foreign origin. At the same time the situation on the labour market in Stockholm was considerably better than in any other part in Sweden.²⁹ A new critical concept entered both the political and the societal debate: *clientization*. The integration policies adapted by the national state and local governments made people of foreign origin become passive receivers of welfare services, and during this process minority groups got marginalized and stripped of any possibility of exercising real economic or political influence.³⁰ In fact, they became used to having no explicit obligations towards the majority society while still receiving – without corresponding efforts – financial support for their internal cultural activities. This assessment was first heard from the political conservatives and neo-liberals, but soon spread through the whole ideological spectrum. The clientization-debate initiated a decisive image of the welfare state as weak, inflexible and without knowledge of the social composite of the citizens.

Marginalization of Immigrants in Stockholm during the 1980s

The report about social allowance distribution caused almost political panic. Despite generous submissions of welfare services, subsidies to immigrant associations and the city's active programmes for social integration immigrants and minorities did not get any employment. The Board of Immigration concluded in one of its internal reports: "Employers in the Stockholm metropolitan region, both private and public, do not seem to have fully understood what reserve of workers the immigrants and refugees actually constitute."³¹ This statement – as several others during the 1980s – clearly reflects the existing gap between immigrant policy measures taken by the city municipality and the development of the big city as the nexus of economic growth and socio-cultural dynamics. It had suddenly become clear that the labour market in big cities no longer automatically brought weaker groups to the surface, as it was expected to do, and as it had done in the industrial era. And at the same time it was taken for granted in the plans of integration strategies by the city administration that immigrant groups were a "reserve"; that they composed a separate, detached part of the whole work force.

Different paths of political practice were tried out on a national level during the 1980s. The National Department of Labour was responsible for the so-called

²⁹ Forsell, S. 30-36.

³⁰ Masoud Kamali, *Distorted Integration: Clientization of Immigrants in Sweden*, Uppsala 1997.

³¹ Stockholm City Council, The Board of Immigration, Report of the 27. October 1987, No. 22. SSA (Stockholm City Archive).

“working line”, which was supposed to steer the directives of immigrant policy making. But the “working line” was soon to be played down as the Department of Immigration took over responsibility for the adjustment of immigrants to the national labour market with a stronger emphasis on “social integration”³². The time-span that could pass before newly arrived immigrants had any contact with employers or working life in general was continuously getting longer. From the mid-1980s an additional strategy, called the “whole of Sweden”-strategy, was tried out. It meant that refugees and asylum-seekers were placed geographically all over the country to avoid the clustering of certain groups in specific areas, particularly in the metropolitan areas. The underlying thought was to promote social integration in a “closed” and local environment. In reality the opposite resulted since the large structural changes in the economy, and the transition from industrial production to knowledge-intensive work and service economy was already happening. The vacant jobs were clustered around the metropolitan regions and university towns.³³ Municipal politicians and national investigators noticed and pointed out the ongoing changes of the metropolitan areas in Sweden during the 1980s, where Stockholm took on a leading position. Social acknowledgement and a successful integration in the labour market could not be considered as a class project any more, as it had been in the old industrial town, or as a project permeated with social and cultural values that were still very relevant in the 1970s. Instead integration and acknowledgment had turned into an individual and market-oriented project.

The New Urban Economy and the Transformation of Values

Integration policies were particularly lagging behind contemporary economic and social development and its reinforced “urban way” of living. When the national “Metropolitan Investigations” analysed the political engagement in big cities in Sweden during the 1980s, the state investigators outlined the shifting base of standards and values in the new urban social environment. In urban society common values had turned “post-material”, the investigators wrote, giving priority to issues like self-fulfilment, life-style, environment and economic growth. The urban values presupposed a high level of competence among the citizens; that the citizens “knew the system” and were able to take advantage of their cultural skills and language knowledge in the purpose of acting strategically and flexible to get the right education and the right employment.³⁴ Immigrants and minority groups had,

³² Ekberg, S. 9.

³³ Mats Benner, Sweden divided into three parts, in: *Axess 2* (2003), S. 18-20.

³⁴ SOU 68 (1989), S. 56–58 (Swedish Government Official Reports-series.).

according to this analysis, limited possibilities to navigate their own lives within the same cultural framework. They did not know the system as well as native Swedes and they were predominantly nourishing material values bound to a diminishing welfare order.³⁵

Even though policy makers increasingly became sensitive towards the emergence of new forms of social and economic behaviour, and though different values influenced the inhabitants in the cities, they still had a predisposition to regard immigrants as a reserve that could be called for in times of crisis. When the economic recession hit Stockholm in the beginning of the 1990s the city administration sought new possibilities for the immigrant associations to take a greater social responsibility. Municipal financial support to immigrant associations was now given under the condition that the associations took active part in the reception of asylum seekers, since the number of refugees to Stockholm had increased beyond all expectations. The Board of Immigration in Stockholm wanted the immigrant organisations to help their fellow countrymen with practical problems and inform them about necessary health care and services.³⁶ The city administration sought, in other words, to benefit from the cultural communities that the city had been given financial support to for several years, although this policy of subsidy had apparently not been the foremost solution to the problem of economic and social integration.

Hence, from a municipal political point of view, the big city as a place of integration and social acknowledgment obtained a dubious and indistinct practice. For those who were able to read the system and take advantage of their individual abilities and assets to create or take part in networks of instrumental relations, there was a place in the formal economy and possibilities to gain acknowledgement and even a political hearing for their demands and wishes. For those who were outside of the system, there were only marginalized communities to join, family-based networks often occupied in low-paid service sectors or the informal economy. And politicians eventually listened to these groups only when demands were put forward in the name of a cultural or ethnical "otherness".

The metropolitan region of Stockholm demonstrated during the late 1980s and at the beginning of the 1990s a pointed redistribution of social, cultural and economic assets and the emergence of separate arenas where people could influence the development of society. The access to democratic arenas had been an important goal also for the immigrant policies of the municipality during the 1970s when "cultural integration" had been the key-concept. But in the 1980s the transformati-

³⁵ Von Otter, S. 70-72.

³⁶ Hellström, S. 56.

on of society, and not least the increasing importance of big cities as the nexus of new forms of economic and social accumulation, resulted in a marked divide between minority and majority cultures which observed each others “democratic arenas” in isolation and from a distance.

The Superficial Fusion of Urban Growth, Stability and Integration

It was not until the 1990s that the issue of integration became explicitly connected to policies of regional and urban growth. But, as later research has proved, it turned out extremely problematic to fulfil goals of integration that had no economic carrying capacity only from structural predictions of growth in the metropolitan region. The components that were fused in the economic strategy – partners of development, structural funds, local growth and sustainability agreements – offered no contact with the question of integration. And since the goals of economic development in the region were independent from the participation by immigrants and their special contribution and experiences, the dominant actors (trade and industry companies, interest organisations and political entrepreneurs) used the growth potential of the city in a way that had no effect on integration.³⁷ The new policy tended, in other words, to be just another casting of the cultural integration policy that characterized the 1970s, only this time with an economist signature.

During the 1990s it became quite obvious that the urbanized economy substantially influenced both the urban society as a whole and the city’s political establishment, often in harsh ideological conflict with social welfare advocates on the national level. The city environment was no longer a box containing similar social relationships, but the city dictated the preconditions under which people interacted and influenced the development potentials of the individual. The city created – or blocked – new interfaces regarding labour and education as well as housing. Trade and industrial interests became the successor of the state in clearing the path for the city’s further expansion, replacing social knowledge with entrepreneurship and thereby calling upon the citizens to adjust or update their qualification: competitiveness, awareness of place advantages and individual adaptability.³⁸

But a modifying approach to modern urban development has also emerged in the last years. Social scientists and geographers have given attention to the community aspect of economic performance, an aspect of urban economic geography

³⁷ Ragnar Andersson, Äktenskap med förhinder – försök med en politik för att förena ekonomisk tillväxt och integration till invandring i de svenska storstäderna (“Prevented Marriage – Economic Growth and Integration”), in: Gunnarsson/Neergaard/ Nilsson , S. 156.

³⁸ For a more lengthy analysis of Stockholm’s development in relationship to national state politics, see Håkan Forsell, Does Stockholm need Sweden?, in: *Axess* 6 (2003), S. 18-20.

that for a long time was regarded as an unsuitable perspective on Swedish towns. Minority groups living close together in urban areas do not only constitute a platform for a cultural population centre. There also exists something like a “community of the market”. The community of the market emerges where places, shops or estates exist that can bring economic interests and social and cultural needs together on a small-scale level.³⁹ For a remarkable long time the image of urban immigrant communities in Stockholm and other larger Swedish cities was created from the concept of the political or religious group, and not from the concept of small businessmen, -women or traders. But the internationalization of Stockholm during the last decade and a half also brought awareness with it that the core process of successful integration in big scale regeneration projects is all about bringing back, or creating, a running economic system. It is not about “location policies”, but instead about establishing organized markets and energetic and efficient local cooperation.⁴⁰

Conclusion and Outlook

In the end, a both obvious and still highly complex picture of the modern city as an “integration machine” emerges. A city like Stockholm is on the one side characterized by the mosaic of diverse groups of inhabitants; immigrants and minority assemblages that can very well find and protect a community environment in the city’s liberalized labour market if they are backed up by urban politics that are not devoted to municipal “clientization” of minority groups, or anxious investments to promote a strong “cultural identity” within immigrant associations. The unfolding of the neoliberalized urban economy since the 1990s does reward individualistic choices and flexible solutions in the division of labour, but presupposes at the same time the existence of a social safety net and a solid welfare system so that the fear of exclusion among the individuals will not wipe out all forms of cohesion.

**Dr. phil. Håkan Forsell, Institute for Urban History, Stockholm University and
Director of the research department of the City Museum of Stockholm,
hakan.forsell@historia.su.se**

³⁹ Steven Gold, The Migrant Economy, in: *Axess* 4/2005. Siv Ehn, The Sleep of Suburbs, in: *Axess* 4 (2005).
⁴⁰ von Otter, S. 71.

Stadt und Migration in Europa. Aspekte einer vielschichtigen Wechselbeziehung

Stadtgeschichte und Migrationsforschung weisen in ihrem ausgeprägten Raumbezug vielerlei Berührungspunkte und Überschneidungen auf. Dennoch ist das Potenzial einer Zusammenführung beider Disziplinen für den Bereich der neueren Geschichte der europäischen Staaten bislang nur wenig ausgeschöpft worden. Anthropologen und Ethnologen, Stadtgeographen und Politikwissenschaftler, Demographen und Soziologen haben den Nexus von Stadt und Migration in zahlreichen Studien untersucht. Die Relevanz der Städte als Untersuchungseinheiten für Migrationsprozesse und die Bedeutung von Zuwanderung für die Entwicklung von Städten sind in ihren wechselseitigen Bezügen allerdings nur partiell erkannt worden und werden oft nur implizit diskutiert. Die wechselseitige Rezeption von Fragestellungen, Theorien und Ergebnissen der verschiedenen mit den Verbindungen von Stadt und Migration befassten Forschungsstränge und Fächer bildet eher die Ausnahme.

Die historische Migrationsforschung in Europa hat seit den 1980er Jahren den Prozess der Migration in den Mittelpunkt gestellt und als Themenschwerpunkte die Analyse der Migranten nach regionaler und sozialer Herkunft, von Migrationssystemen und Wanderungsmotiven unternommen und vielfach nationale Migrationspolitik(en) untersucht. Etwas später sind Gender-Aspekte in das Forschungsinteresse eingeflossen und für Länder wie Großbritannien, Frankreich und die Niederlande postkoloniale Fragestellungen. Oft wurden einzelne Minderheiten in den Blick genommen und unter sozialwissenschaftlichen Analysemustern untersucht. Als neueste Tendenz zeichnet sich eine transnationale Perspektive ab, die sich aktuell in zwei Hauptstränge teilt. Zum einen werden die Minderheiten selbst von ihrer Ethnie gelöst betrachtet und neue, übernationale Gruppenbildungen untersucht, wie beispielsweise die nationenübergreifenden religiösen Diaspora-Gemeinschaften. Die zweite neuere Tendenz der transnationalen Migrationsforschung zeigt sich in

der Untersuchung von Heimatbeziehungen, der globalen Netzwerke durch Migration und die Betrachtung der Zurückgebliebenen und der Herkunftsregion. Gerade in einer solchen „globalisierten“ Sichtweise wird die lokale Verortung von Migration in Städten aufgewertet und erhält neue Bedeutungen.¹

In der der neuesten Geschichte gewidmeten historischen Städteforschung bildet das Thema Zuwanderung einen unter vielen Gesichtspunkten und Fragestellungen behandelten Einzelaspekt. In der Stadtgeschichte wird Zuwanderung eher selten als konstitutives Element von Stadt und städtischer Entwicklung, etwa in der Reproduktion von Großstädten oder in der Ausprägung von Urbanität, untersucht. Zu diesen Einseitigkeiten mögen Sichtweisen beitragen, die die Stadt als Größe mit scharf umrissenen Grenzen oder als weitgehend abstrakte Variable in übergreifenden Urbanisierungsprozessen begreifen, mithin Migration und Migranten als Teilfrage in übergeordnete Prozesse integrieren.²

Aus der Perspektive der Migranten hat die Stadt als Ziel, als Wohnort und als politische Einheit Bedeutung. Aus der Sicht der Stadt hat Zuwanderung nicht nur als demographischer Faktor Gewicht. Vielmehr werden durch sie Fragen der Grenzziehung, der Zugehörigkeit und Exklusion, der Umgestaltung urbaner Räume und der Veränderung städtischer Selbst- und Fremdbilder berührt. Um einen Einblick in historische sowie sozial- und kulturwissenschaftliche Forschungen zu den vielfältigen Wechselbezügen zwischen Stadt und Migration zu gewinnen, bietet es sich an, drei, wenn auch keineswegs immer scharf voneinander trennbare Untersuchungsebenen zu unterscheiden. Erstens das Verhältnis von Migration und Stadt als geographischem und sozialem Raum: Fragen wie Quartierbildung und Segregation, die geographische und soziale Mobilität der Zuwanderer, ihre Sichtbarkeit und ihre Beteili-

¹ Aus deutscher Perspektive: Klaus J. Bade, Sozialhistorische Migrationsforschung, sowie: ders., Historische Migrationsforschung, in: ders., Sozialhistorische Migrationsforschung, hrsg. v. Michael Bommers/Jochen Oltmer, Göttingen 2004, S. 13-25 und S. 27-48. Zum transnationalen Paradigma: Leo Lucassen, Is Transnationalism Compatible with Assimilation? Examples from Western Europe Since 1850, in: IMIS-Beiträge 29 (2006), S. 15-36; Dirk Hoerder/Christiane Harzig/Adrian Shubert (Hrsg.), The Historical Practice of Diversity: Transcultural Interactions from the Early Modern Mediterranean to the Postcolonial World, Oxford und New York 2003. Heimatbeziehungen, nur am Rande auf Urbanität bezogen, behandeln: Nadjie Al-Ali/Khalid Koser (Hrsg.), New Approaches to Migration? Transnational Communities and the Transformation of Home, London/New York 2002; Gaby Straßburger, Türkische Migrantenkolonien in Deutschland und Frankreich. Kommunale Fallstudien zum Einfluss der Aufnahmegesellschaft auf die Netzwerke der Migranten, in: Archiv für Sozialgeschichte 42/2002, S. 173-189; epochenübergreifend bei Andreas Gestrich/Marita Krauss (Hrsg.), Zurückbleiben: Der vernachlässigte Teil der Migrationsgeschichte, Stuttgart 2006.

² Das Paradigma der „geschlossenen Stadt“ findet sich in zahlreichen, dem Narrativ einer „Stadtbiographie“ verpflichteten, Stadtgeschichten: z. B. Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Geschichte Berlins, Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987; zur Stadtgeschichte als Urbanisierungsgeschichte Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1985.

gung an den Veränderungen urbaner Räume spielen hier eine Rolle. Zweitens die politische Dimension: Diese betrifft einerseits die Stadt als politischen Akteur, als Objekt politischer Maßnahmen überlokaler, insbesondere nationalstaatlicher politischer Instanzen. Hier geht es u. a. auch um die Bestimmungen unterschiedlicher Kategorien von Zuwanderern, die Festlegung ihres rechtlichen Status', um Angebote bzw. das Fehlen von Möglichkeiten der Partizipation. Andererseits kommen hier aber auch Immigranten als politisch Handelnde, Formen ihrer Selbstorganisation und Teilhabe an öffentlichen Dingen ins Spiel. Schließlich drittens das Verhältnis von Stadt, Zuwanderung und kollektiven Identitäten: Dazu gehören Fragen wie das Selbstverständnis, die Selbstdarstellung und Fremdbilder einer Stadt, aber auch Probleme changierender, vielschichtiger Einwandereridentitäten in der Stadt im Wechselspiel transnationaler und lokaler Bezüge, nationaler, ethnischer, religiöser, sprachlicher oder anderer Zugehörigkeiten.

Raum

Die Entwicklung des urbanen Raums durch Migration ist Thema von stadt- wie migrationshistorischen Forschungen.³ Die großen Wanderungsbewegungen aus Agrarregionen in Industrieregionen haben zur Entstehung neuer städtischer Strukturen beigetragen. Dieser Prozess ist beispielsweise für den Saar-Lor-Lux Raum untersucht worden, wo man von „Binnenmigration“ spricht, obwohl die kleinräumig-regionale Migration in diesem Gebiet grenzüberschreitend stattfand.⁴ Stefan Bleek analysiert Quartierbildung als Teilaspekt der Entwicklung des urbanen Charakters von Großstädten einerseits, der Formierung eines sozialen Milieus in der Urbanisierung andererseits. Seine Studie, die mit quantitativen und qualitativen sozialhistorischen Methoden operiert und den Raumbezug sozialer Prozesse in den Mittelpunkt stellt, beschäftigt sich mit der Rolle von Zuwanderern bei der Herausbildung eines Arbeiterviertels im Zeitalter der Industrialisierung in der von der Industrie nur nachrangig geprägten Stadt München. Die Entstehung neuer städtischer Räume wird dabei mit Fragen nach Quartiermilieus und Identitäten sowie der Genese von Raum- und Quartierbewusstsein verbunden.⁵

³ Hartmut Häußermann/Stephan Bleek (Hrsg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*, Opladen 1997; Francesco Lo Piccolo (Hrsg.), *Knights and Castles, Minorities and Urban Regeneration*, Aldershot 2003, behandelt u. a. Rom, Rotterdam, New Orleans und Nottingham.

⁴ Stefan Leiner, *Migration und Urbanisierung. Binnenwanderungsbewegungen: Räumlicher und sozialer Wandel in den Industriestädten des Saar-Lor-Lux-Raumes 1856 – 1910*, Saarbrücken 1994.

⁵ Stefan Bleek, *Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchner Westend 1890 – 1933*, München 1991.

Wo Städte erst entstanden – wie beispielsweise in den schnell wachsenden Industrievieren⁶ oder in den Einwanderungsländern des 19. Jahrhunderts⁷ – wurden für die Zuwanderer andere integrative Prozesse wirksam als an den Orten mit längeren Siedlungstraditionen. Norbert Elias und John Scotson haben in einer mittlerweile klassischen Studie zu einer englischen Arbeitersiedlung das Verhältnis von alteingesessenen Einwohnern und Zuwanderern als Prozess der Stigmatisierung und Marginalisierung der Neuankömmlinge durch die Etablierten jenseits von Schichten- oder Klassengrenzen analysiert. Die hartnäckige, über Generationen hinweg wirksame Persistenz solcher Ausgrenzungsmechanismen in Zuwanderergemeinden wurde bereits Ende der 1950er Jahre in einer Untersuchung einer Zechensiedlung im Ruhrgebiet nachgewiesen.⁸ Das Konzept des „Fremden“ bietet vielfältige Anknüpfungspunkte für eine Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex von „Zuwanderung und Stadt“. In einer Münchner Ausstellung wurde es als Leitfrage verwendet, um die Ambivalenzen im Umgang mit dem „Fremden“ zwischen Abwehr und Faszination, aber auch die historischen Verschiebungen in Grenzziehungen und Wertungen an einem konkreten lokalen Fall zu illustrieren.⁹

Die Vorstellung von Stadt als einer geschlossenen Einheit oder eines „Organismus“ führt auch in der Forschung dazu, dass Einwanderung immer wieder als Ausnahmeerscheinung und als potenzielle Bedrohung der Integrität von urbanem Raum und urbaner Identität erscheint und dargestellt wird. Das aus einer solchen Vorstellung abgeleitete „Krisenparadigma“ prägt viele Untersuchungen, die sich mit der Situation von Einwanderern in der Stadt befassen und das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen behandeln.¹⁰ Zum Krisenparadigma gehört auch

⁶ Als wichtige Fallstudie zur Stadtbildung in der Industrialisierung vgl. Heinz Reif, *Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846 – 1929*, 2 Bde., Köln 1992.

⁷ Die USA haben als Einwanderungsland die am stärksten ausgeprägte Tradition im Bereich der historischen Migrationsforschung, die lange Zeit unter dem Einfluss eines nationalgeschichtlichen „immigrant paradigm“ stand (vgl. dazu u. a. die Kritik der Migrationshistorikerin Donna R. Gabaccia, *Is everywhere nowhere? Nomads, Nations, and the immigrant Paradigm of United States History*, in: *The Journal of American History* 86 (1999), S. 1115-1134). Einen repräsentativen Einblick in aktuelle migrationsgeschichtliche, darunter auch stadtbezogene Forschungen und Debatten in den USA vermittelt das seit 1981 von der nordamerikanischen „Immigration and Ethnic History Society“ herausgegebene „*Journal of American Ethnic History*“.

⁸ Norbert Elias/John L. Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt a. M. 1993 (engl. Orig. London 1965); vgl. dazu auch Michael Young/Peter Wilmott, *Family and Kinship in East London*, London 1957; Helmut Croon/Kurt Utermann, *Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet*, Tübingen 1958.

⁹ Angela Koch (Hrsg.), *Xenopolis. Von der Faszination und Ausgrenzung des Fremden in München*, Berlin 2005.

¹⁰ Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hrsg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*, München und Weinheim 2000; Wilhelm

die Verknüpfung von Ethnie, abweichendem Verhalten und Kriminalität, wie sie noch manche neuere Forschungen herstellen. Gesemann sammelt Beiträge zu Berlin, die das Krisenparadigma zwar bewusst nicht in den Mittelpunkt stellen, es aber auch nicht vermeiden können.¹¹

Die „city of quarters“ stellt ein Themenfeld dar, wo sich Stadtforschung und Migrationsforschung überschneiden.¹² Zumal religiöse Minderheiten in der Stadt – von rezenten Migrationsprozessen bis zur erzwungenen Segregation von Religionsgemeinschaften in der frühen Neuzeit – können aus verschiedenen Gründen lokalisierbar und räumlich identifizierbar sein. Forschungen zur städtischen Segregation von Juden oder zu religiösen Flüchtlingen in der frühen Neuzeit stehen am Beginn der historischen Forschungen zu Minderheiten und zu den Wechselbeziehungen von Migration und Stadt.¹³

Räumliche und demographische Besonderheiten weisen besonders die Hafenstädte mit ihren multiethnischen, segregierten Einwanderervierteln auf, deren Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert überdurchschnittlich stark durch Zuwanderung verursacht wurde.¹⁴ Lars Amenda hat die Präsenz einer chinesischen Minderheit in Hamburg von der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bis Anfang der 1970er Jahre als Ausschnitt globaler Wanderungsbewegungen in einem klar eingegrenzten lokalen Rahmen untersucht. Er zeigt dabei die Anpassungsleistungen der chinesischen Migranten angesichts sich verändernder Arbeitsmarktbedingungen und politischer Verhältnisse. Zugleich beleuchtet er die Verschränkungen zwi-

Heitmeyer/Rainer Dollase/Otto Backes (Hrsg.), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt a. M. 1998; Klaus M. Schmals (Hrsg.), *Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale*, Opladen 2000; Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hrsg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*, Opladen 1997.

¹¹ Frank Gesemann (Hrsg.), *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*, Opladen 2001, sowie ders. (Hrsg.), *Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen*, Berlin 2004.

¹² Vgl. Adelheid von Saldern, *Integration und Fragmentierung in europäischen Städten: Zur Geschichte eines aktuellen Themas*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46(2006), S. 3-60, hier S. 17-27 („Ethnische Minderheiten im Spannungsfeld von Segregation und Integration“).

¹³ Rob van Engelsdorp Gastelaars/Jacqueline Vijgen/Michiel Wagenaar, *Jewish Amsterdam 1600 – 1940: From „Ghetto“ to „Neighbourhoods“*, in: Etienne François (Hrsg.), *Immigration et société urbaine en Europe occidentale, XIV^e-XX^e siècles*, Paris 1985, S. 127-141; Manuela Böhm/Jens Häselser/Robert Violet (Hrsg.), *Hugenotten zwischen Migration und Integration. Neue Forschungen zum Refuge in Berlin und Brandenburg*, Berlin 2005. Neuere historische Forschungen zu jüdischen Minderheiten in Städten wählen häufig osteuropäische Metropolen als Fokus: Axel Hofmeister, *Selbstorganisation und Bürgerlichkeit, Jüdisches Vereinswesen in Odessa um 1900*, Göttingen 2007; Gabriele Freitag, *Nächstes Jahr in Moskau! Die Zuwanderung von Juden in die sowjetische Metropole 1917 – 1932*, Göttingen 2004.

¹⁴ Richard Lawton/Robert Lee (Hrsg.), *Population and Society in Western European Port Cities 1650 – 1939*, Liverpool 2002.

schen gesellschaftlichen Wahrnehmungsweisen und dem politischen Umgang mit der Minderheit in der Spannung zwischen rassistischen Stereotypen und dem Anspruch auf Internationalität und Weltläufigkeit der Hafenstadt.¹⁵

Prozesse der Quartierbildung in der Stadt und der Entwicklung ethnischer Gemeinschaften von Zuwanderern stehen in einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung im urbanen Raum. Das Forschungsinteresse hat sich hier besonders dem Zeitraum von der Industrialisierung bis zum Zeitalter der Weltkriege gewidmet.¹⁶ Die Stadt oder das urbane Ballungsgebiet als Zielpunkt verschiedener Migrantengruppen wird dabei in einer Reihe von Studien titelgebend, rückt aber in der Analyse oft stark in den Hintergrund. In den Forschungen zu Wien von Heinz Fassmann oder zum Ruhrgebiet von Christoph Kleßmann dient der Stadt- und Raum nicht nur als geographische Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes, sondern wird in der Analyse von Ansiedlungsmustern oder lokalen Berufschancen greifbar.¹⁷ Andere Studien wiederum versuchen an einem lokalen Beispiel die Grundmuster der Zuwanderung sowie der Koexistenz und Integration unterschiedlicher Minderheiten in einer ganzen Region darzustellen.¹⁸ Historische Untersuchungen ethnischer Minderheiten in einer Stadt über einen längeren Zeitraum hinweg verweisen – explizit oder implizit – immer wieder auf die Heterogenität von Immigrantengruppen in synchroner wie auch diachroner Perspektive, wenn man Variablen wie die regionale und soziale Herkunft, Wanderungsmotive, die sozio-professionelle Struktur und Mobilität oder auch Lebens-, Arbeits- und Wohnbe-

¹⁵ Lars Amenda, *Fremde – Hafen – Stadt. Chinesische Migration und ihre Wahrnehmung in Hamburg 1897-1972*, München und Hamburg 2006; vgl. auch den Aufsatz von Amenda in diesem Heft.

¹⁶ Johannes Angel, *Italienische Einwanderung und Wirtschaftstätigkeit in rheinischen Städten des 17. und 18. Jahrhunderts*, Bonn 1971; Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowski/Zbigniew Karplus (Hrsg.), *Schmianski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2005; Arbeitskreis Ruhrgebiet – Oberschlesien (Hrsg.), *Ruhrgebiet – Oberschlesien: Stadt-Region-Strukturwandel, Essen 2004-2006*; Christoph Kleßmann, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870 – 1945*, Göttingen 1997; Klaus Tenfelde, *Schmelztiegel Ruhrgebiet? Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau: Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen - Forschungen und Forschungsberichte* 36 (2006), S. 7-28.

¹⁷ Kleßmann; Heinz Fassmann/Josef Kohlbacher/Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation, Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt und Celovec 2002*, behandelt Amsterdam, Birmingham, Berlin und Hamburg und in fünf Beiträgen Wien.

¹⁸ Susanne Peters-Schildgen, „Schmelztiegel“ Ruhrgebiet. Die Geschichte der Zuwanderung am Beispiel Herne, Essen 1997; Anne J. Kershner (Hrsg.), *London: The Promised Land? The Migrant Experience in a Capital City*, Aldershot 1997; vgl. a. den aus einem Ausstellungsprojekt hervorgegangenen Band von Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener“. Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000.

dingungen in den Blick nimmt.¹⁹ Mehr Aufschlüsse versprechen vergleichende Studien mittlerer Reichweite, die ihren Fokus auf einzelne Stadtviertel und enger eingegrenzte Epochen bzw. sozioökonomische Sektoren beschränken.²⁰ Judith Rainhorn hat einen systematischen Vergleich italienischer Einwanderer in zwei Arbeitervierteln von Paris und New York, La Villette und East Harlem, von den 1880er bis zu den 1930er Jahren vorgelegt, in dem sie die Konstruktion und Auflösung von Einwanderergruppen, Prozesse der Akkulturation, der räumlichen Verteilung und sozioprofessionellen Diversifizierung untersucht und dabei die Besonderheiten der beiden Großstädte in einer Phase beschleunigter Industrialisierung und starken Metropolenwachstums auf lokaler und nationaler Ebene für die Erklärung unterschiedlicher Entwicklungspfade zu berücksichtigen versucht.²¹ Nancy L. Green zeigt in einer sich auf die Zeitspanne von 1880 bis 1980 beziehenden Analyse der in der New Yorker Seventh Avenue und am Pariser Le Sentier konzentrierten Modeindustrien, wie fruchtbar die Verbindung von Geschlechter-, Arbeiter-, Wirtschafts- und Migrationsgeschichte in vergleichender Perspektive sein kann, etwa in der Anwendung des nordamerikanischen ethnischen Paradigmas auf den bis dato vom republikanisch-nationalen Blick bestimmten französischen Kontext.²²

Die Einwandererquartiere der französischen Städte, insbesondere die Vorstädte der Nachkriegszeit, haben im Zuge von Unruhen und Jugendgewalt verstärkt die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich gezogen. Die Mehrzahl einschlägiger Untersuchungen von Soziologen, Anthropologen und Stadtgeographen schreibt gegen Krisenbilder an, in denen cités und banlieues pauschal als Problemzonen, als Orte des Scheiterns und der Gefahr, von Desintegration, Ausgrenzung, Gewalt und Zukunftslosigkeit erscheinen. Loïc Wacquant warnt vor einer simplen Gleichsetzung von banlieue und Immigration und verwahrt sich gegen eine Übertragung des nordamerikanischen Ghetto-Begriffs auf die französischen Vorstädte. Studien zu Jugendlichen nordafrikanischer Herkunft betonen die Heterogenität von Situationen und Lebensläufen und lenken ihr Augenmerk auf Fragen der Gruppensolida-

¹⁹ Vgl. z. B. Elia Morandi, *Italiener in Hamburg. Migration, Arbeit und Alltagsleben vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Bern/Frankfurt a. M. u. a. 2004; Anne J. Kershner, *Strangers, Aliens and Asians. Huguenots, Jews and Bangladeshis in Spitalfields, 1660 – 2000*, London 2005. S. dazu die Rezension von Andreas Fahrmeier in diesem Heft.

²⁰ Vgl. z. B. John Eade, *The Politics of Community: The Bangladeshi Community in East London*, Avebury 1989.

²¹ Judith Rainhorn, *Paris, New York: Des migrants italiens, années 1880 – années 1930*, Paris 2005; zum transatlantischen Vergleich in der Migrationsforschung s. auch Nancy Foner, *In a New Land: A Comparative View of Immigration*, New York 2005.

²² Nancy L. Green, *Ready-to-wear and Ready-to-work: A Century of Industry and Immigrants in Paris and New York*, Durham, N. C. 1997.

rität, Selbstorganisation und politischer Partizipation.²³

Der städtische Alltag der türkischen Minderheit in einer deutschen Großstadt wurde im Fall Köln beispielhaft behandelt.²⁴ Der biographische, auf Interviews basierende Zugriff kann ein individuelles, alltagsnahes Bild liefern, wie es Gerold Caesperlein und Katrin Gliemann vom Dortmunder Borsigplatz-Viertel gezeichnet haben.²⁵ Die Lebensgeschichten lang ansässiger Stadtviertelbewohner werden mit ausführlichen Darstellungen der Geschichte der Stadtteilbebauung und -besiedlung seit der Industrialisierung, der nach dem Zweiten Weltkrieg zugezogenen ethnischen Gruppen und kommunalpolitischer Initiativen verknüpft. Rückzug und Ethnisierung von Konflikten gehören zu den wichtigsten Reaktionen der „Alteingesessenen“ auf die Einwanderer im Stadtteil. Vor einer voreiligen pauschalen Kontrastierung von Segregation und Integration von Einwanderern wird jedoch gerade in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung unter Verweis auf den Unterschied von erzwungener und freiwilliger räumlicher Konzentration und der häufigen sozialen Heterogenität von Immigrantenkollektiven gewarnt.²⁶

Politik

Der politische Umgang mit Migranten betrifft eine Vielzahl von Ebenen und Instanzen. Historisch orientierte Studien betonen vor allem das Gewicht des Nationalstaats und der Ortsgemeinden in der politischen Auseinandersetzung mit Zuwanderern selbst in Zeiten wachsender Befugnisse transnationaler Akteure und Regelwerke. Aber auch aktuelle sozial- und politikwissenschaftliche Untersuchungen behandeln Fragen der kommunalen Minderheitenpolitik und Versuche der „Ordnung“ und Regulierung des Zusammenlebens verschiedener ethnischer Gruppen in der Stadt. Von Frauke Miera stammt eine materialreiche Studie zur polnischen Einwanderung in Berlin der letzten Jahrzehnte. Sie behandelt die polnische „Community“ und die unterschiedlichen Etikettierungen ihrer Mitglieder – vom

²³ Loïc Wacquant, Schluss mit der Legende von den Cités-Ghettos, in: ders., Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays, Gütersloh und Berlin 2006, S. 110-128; Dietmar Loch, Jugendliche maghrebischer Herkunft zwischen Stadtpolitik und Lebenswelt: Eine Fallstudie in der französischen Vorstadt Vaulx-en-Velin, Wiesbaden 2005; Eric Marlière, Jeunes en cités: diversité des trajectoires ou destin commun? Paris 2005.

²⁴ Wolf-Dietrich Bukow/Claudia Nikodem/Erika Schulze, Die multikulturelle Stadt: Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag, Opladen 2001.

²⁵ Gerold Caesperlein/Katrin Gliemann, Drehscheibe Borsigplatz: Ein Einwanderungsstadtteil im Spiegel der Lebensgeschichte alteingesessener Bewohner, Dortmund 2003.

²⁶ Vgl. z. B. die Hinweise bei Gisela Welz, Ethnische Vielfalt statt Ghetto. Anregungen für Stadt- und Regionalplaner, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.), Stadtentwicklung durch Zuwanderung – Integration von Migration, Wuppertal 2003, S. 73-93.

politischen Flüchtling der 1980er Jahre zum Wirtschaftsflüchtling der 1990er – vor allem unter dem Blickwinkel der sich wandelnden Einwanderungspolitik.²⁷ Berlin ist hier ein einmaliger Sonderfall nicht nur als geteilte Stadt, sondern auch aufgrund seiner Nähe zum Herkunftsland der betrachteten Gruppe. In seinem Sammelband zu Aspekten der Wechselbeziehung zwischen Stadtplanung und Minderheitenpolitik kritisiert Schmals den Einfluss „nicht nachlassender Vorurteile und Ideologien“ (S. 9) auf die aktuelle Behandlung von Zugewanderten gerade auf der kommunalen Ebene²⁸. Wie sich kommunale Minderheitenpolitik angesichts rasch zunehmender Immigration vor dem Hintergrund nationaler Einwanderungs- und Minderheitenpolitik entwickelt, beschreibt Sigrid Baringhorst in ihrer Studie zum englischen Bradford.²⁹ Ihren zeitlichen Schwerpunkt legt sie auf die 1980er Jahre. Ins Zentrum ihrer Analyse stellt sie Genese, Praxis und Grenzen einer „multikulturellen“ Minderheitenpolitik im Zeichen von Chancengleichheit und Toleranz. Kommunalpolitik gegenüber ausländischen Arbeitsmigranten im internationalen Vergleich untersucht Michael Alexander für Amsterdam, Paris, Rom und Tel Aviv. Er schlägt eine Typologie zur Analyse lokaler Zuwanderungspolitik vor, die von der „non-policy“, dem Ignorieren der Probleme von Migranten, über eine „Gastarbeiter-Politik“, die Migration vor Ort als befristetes Durchgangsphänomen betrachtet, bis hin zu einer „interkulturellen Politik“ reicht, die Antidiskriminierungsmaßnahmen mit der aktiven Förderung eines Austauschs zwischen unterschiedlichen kulturellen Gruppen verbindet.³⁰

Historische Studien unterstreichen die besondere Bedeutung polizeilicher Umsetzungen administrativer und legaler Bestimmungen für den Status und die Spielräume von Migranten. Clifford Rosenberg hat die ihrerzeit weltweit größte Einwanderungspolizeibehörde im Paris der Zwischenkriegszeit untersucht und dabei die Verschiebungen in Kontrollpraktiken und den wichtigen Anteil der Polizei an der Definition von nationaler Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft hervorge-

²⁷ Frauke Miera, *Polski Berlin - Migration aus Polen nach Berlin. Integrations- und Transnationalisierungsprozesse 1945 bis Ende der 1990er Jahre*, Münster 2007.

²⁸ Klaus M. Schmals (Hrsg.), *Migration und Stadt: Entwicklungen, Defizite, Potentiale*. Opladen 2000.

²⁹ Sigrid Baringhorst, *Fremde in der Stadt: Multikulturelle Minderheitenpolitik, dargestellt am Beispiel der nordenglischen Stadt Bradford*, Baden-Baden 1991.

³⁰ Michael Alexander, *Cities and Labour Immigration: Comparing Policy Responses in Amsterdam, Paris, Rome and Tel Aviv*, Aldershot 2007; vgl. auch Sophie Body-Gendrot/Marco Martiniello (Hrsg.), *The Dynamics of Social Integration and Social Exclusion at the Neighbourhood Level*, Basingstoke 2000; im Sammelband von W.J.M. Ostendorf/Sako Musterd/Matthias Breebaart, *Multi-Ethnic Metropolis*, Dordrecht u. a. 1998, behandeln die Beiträge ethnische Quartiersbildung und kommunalpolitische Reaktionen der Gegenwart in Amsterdam, Brüssel, Düsseldorf, Frankfurt, London, Manchester, Paris, Stockholm und Toronto.

hoben.³¹ In die jüngste Vergangenheit und Gegenwart führt die Studie des Politikwissenschaftlers Mustafa Dekiç, der in seiner Analyse städtischer Sicherheitspolitik und Praktiken der Justiz gegenüber Einwohnern der französischen Vorstädte die Bedeutung der *urban policy* für die Definition städtischer Räume nachweist.³² Neuere geschichtswissenschaftliche Untersuchungen stellen die kommunale Minderheitenpolitik oft in Zusammenhang mit zugewiesenen oder sich formierenden Identitäten. Ulrike von Hirschhausen hat als eine Facette unter vielen anderen der von ihr behandelten multidimensionalen Beziehungsgeschichte die Verschränkungen von ethnischen und sozialen Identitäten von Deutschen, Letten, Russen und Juden in Riga vor dem Ersten Weltkrieg unter dem Aspekt der Nationalisierung kommunaler Politik analysiert.³³ Das Gewicht unternehmerischer Interessen und deren Verflechtungen mit kommunalpolitischen und Migranteninteressen hat Anne von Oswald am Beispiel Wolfburgs und der VW-Werke behandelt.³⁴ Den Einbruch nationaler Politik in die weitgehend friedliche Koexistenz Einheimischer und Immigranten auf lokaler Ebene thematisiert Stefan Manz in einer Studie zu Glasgow. Nach Jahrzehnten eines lebhaften Vereins- und Gemeindelebens in Vernetzung mit der urbanen Aufnahmegesellschaft kam es zu Beginn des Ersten Weltkriegs zur Ausschließung der dortigen deutschen Minderheit, deren Mitglieder in Internierungslager eingewiesen wurden.³⁵

Gegenüber Studien, die Immigranten im städtischen Raum als Objekte politischer, administrativer und polizeilicher Maßnahmen in den Blick nehmen, gerät die Analyse des politischen Verhaltens der Zuwanderer selbst nur allzu leicht ins Hintertreffen. Die Stadt als lokales Exempel kommunalpolitischer Partizipation von Minderheiten studiert Roman Garbaye im internationalen Vergleich am Beispiel des französischen Lille und des britischen Birmingham. Das Fehlen einer xenophoben politischen Kraft in Großbritannien ist für ihn Ursache der vergleichsweise starken Minderheitenpartizipation in der britischen Politik.³⁶ Einen weiter gefassten

³¹ Clifford D. Rosenberg, *Policing Paris: The Origins of Modern Immigration Control between the Wars*, Ithaca, N. Y. 2006.

³² Mustafa Dekiç, *Badlands of the Republic. Space, Politics and Urban Policy*, Malden, MA und Oxford 2007.

³³ Ulrike von Hirschhausen, *Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860 – 1914*, Göttingen 2006; eine schichtengebundene ethnische Politik weist Cathleen Giustino für denselben Zeitraum auch für Prag nach: Cathleen M. Giustino, *Tearing Down Prague's Jewish Town: Ghetto-Clearance and the Legacy of Middle-Class Ethnic Politics Around 1900*, New York 2004.

³⁴ Anne von Oswald, Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen „Gastarbeiter“ 1962 – 1975: Die gegenseitige Verstärkung des Provisoriums, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 42 (2002), S. 55-80.

³⁵ Stefan Manz, *Migranten und Internierte. Deutsche in Glasgow, 1864 – 1918*, Stuttgart 2003.

³⁶ Romain Garbaye, *Ethnic Minorities, Cities, and Institutions: A Comparison of the Modes of Management of Ethnic Diversity of a French and a British City*, San Domenico 2000; zur politischen Partizipa-

Politikbegriff verwendet Dietmar Loch in seiner Studie Jugendlicher maghrebinischer Herkunft in der Lyoner Vorstadt Vaulx-en-Velin, indem er das Zusammenwirken institutioneller Faktoren und die Formen und Faktoren der Selbstorganisation der Jugendlichen, darunter auch die Frage religiöser und kultureller Identitäten, miteinander in Beziehung setzt.³⁷ Minderheitenidentität und politische Marginalisierung stehen dabei in einem komplexen Wirkungszusammenhang, auf den Ana Ramos-Zayas in ihrer Untersuchung der puertorikanischen Minderheit in Chicago hinweist: „The central problem for cultural analysis is not only to what extent identities are elicited discursively and symbolically, but also how deployed strategically in specific settings and at certain historical junctures to convey particular ideological and material conditions“.³⁸

Identitäten

Wie passen diese Befunde der bewussten Ethnisierung im urbanen Alltag zum entethniserten „Weltstadt“-Konzept der neueren soziologischen Forschung? Vor dem Hintergrund postmoderner Debatten und der Betonung des Hybriden, Multiplen und Gebrochenen in Identitäten hat die Forschung der vergangenen zwei Jahrzehnte „transethnische“ und „transnationale“ Blickwinkel geprüft. Besonders deutlich zum Ausdruck kommt diese Vielschichtigkeit in der kulturellen Produktion, wo Identitäten neu geschaffen, gefestigt oder zugeschrieben werden können.³⁹ Gisela Welz umschreibt mit dem Begriff „Weltstadt“ die Orte ethnisch-kultureller Repräsentationen, die sie am Beispiel von Frankfurt und New York City und ihrer „Multikulturpolitik“ untersucht.⁴⁰ Welz beleuchtet „Verschiebungen des Verhält-

tion und Kommunalpolitik gegenüber Minderheiten vgl. auch den Sammelband von Rinus Penninx/Karen Kraal/Marco Martiniello/Steven Vertovec (Hrsg.), *Citizenship in European Cities. Immigrants, Local Politics, and Integration Policies*, Aldershot 2004; international vergleichend arbeitet auch der Sozialwissenschaftler Giovanni Lamura, *Migration und kommunale Integrationspolitik: Vergleich der Städte Bremen und Bologna*, Wiesbaden 1998.

³⁷ Dietmar Loch, *Jugendliche maghrebinischer Herkunft zwischen Stadtpolitik und Lebenswelt: eine Fallstudie in der französischen Vorstadt Vaulx-en-Vaulin*, Wiesbaden 2005.

³⁸ Ana Y. Ramos-Zayas, *National Performances: The Politics of Class, Race, and Space in Puerto Rican Chicago*, Chicago 2003, S. 235.

³⁹ Vgl. z.B. die Untersuchung der Hip-Hop-Kultur unter Pariser Vorstadt-Jugendlichen bei Eva Kimminich, *Citoyen oder Fremder? Ausgrenzung und kulturelle Autonomie in der französischen „banlieue“*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46 (2006), S. 505-539, sowie den Ausstellungskatalog *Black Paris: Kunst und Geschichte einer schwarzen Diaspora*, hrsg. v. Tobias Wendl u. a., Wuppertal 2006, dessen Beiträge Paris als Weltzentrum afrikanischer Kunst, Musik, Mode und Kultur darstellen und afrikanische Elemente in der metropolitanen Identität der französischen Hauptstadt aufzeigen.

⁴⁰ Gisela Welz, *Inszenierungen kultureller Vielfalt: Frankfurt am Main und New York City*, Berlin 1996.

nisses von Kultur und Gesellschaft“, die durch den Zuzug von Einwanderern und „die Herausbildung neuer, kulturell vermittelter Formen sozialer Ungleichheit sowie neuer Verknüpfungen bisher separater gesellschaftlicher Sphären – Kultur, Politik, Ökonomie“ entstehen, und verortet sie in den großen Städten. Die kulturpolitische Arbeit der Vermittlung von „Gesamtgesellschaft und zugewanderten Minderheiten“ (S. 131) ist dabei nicht älter als zwei Jahrzehnte.

„Die moderne Großstadt, die in der Gesellschaftswissenschaft in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zum Gegenstand wurde, stellt sich ihr als eine Art Behälter importierter Kulturenvielfalt dar“, konstatiert Welz und beobachtet an den von ihr untersuchten Fällen, „dass neue Einwanderergruppen die Struktur der Stadtgesellschaft durch Unterschichtung permanent verändern, weil die wirtschaftliche Entwicklung sie dauerhaft vom sozialen Aufstieg ausschließt“. ⁴¹ So sind unterschiedliche materielle und soziokulturelle Interessen und Bedürfnisse nicht selbstverständlich ethnischen und nationalen Identitäten zuzuweisen, sondern werden unter sozialen und ökonomischen Zwängen ausgebildet, denen die jeweilige ethnische Gruppe ausgesetzt ist. ⁴² Die Verschränkung von ethnischer Minderheit und sozialer Identität, wie sie von Hirschhausen für Riga aufzeigt, von Zuwanderung, städtischem Raum und städtischen Repräsentationen, wie sie John Foot exemplarisch für Mailand untersucht hat, die diachronische Betrachtung zugewiesener und angeeigneter Identitäten, die Max Farrar für Leeds durchgeführt hat, sowie die Analyse der Integration polnischer und masurischer Einwanderer im Ruhrgebiet über die Vereinskultur des frühen 20. Jahrhunderts sind Beispiele für diese neuere Perspektive in der Forschung zu Stadt und Migration. ⁴³

Veränderungen von Eigendefinition vor dem Hintergrund der Assimilierung untersucht Tobias Brinkmann am Beispiel deutsch-jüdischer Migranten in Chicago über mehrere Generationen hinweg. ⁴⁴ Die Stadt als konkreter Untersuchungsraum

⁴¹ Welz, S. 139 u. S. 164.

⁴² Vgl. dazu Thomas Welskopp, Karrieren im Schlagschatten der Kriminalität. Unterschiedliche Wege zur Integration von Einwanderern der Zweiten Generation in amerikanischen Großstädten der 1920er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 205-248.

⁴³ von Hirschhausen (s. Fußnote 33); John Foot, Milan since the Miracle: City, Culture and Identity, Oxford/New York 2001; Max Farrar, The Zone of the Other: Imposing and Resisting Alien Identities in Chapeltown, Leeds, during the 20th Century, in: Simon Gunn/Robert J. Morris (Hrsg.), Identities in Space: Contested Terrains in the Western City Since 1850, London 2001, S. 117-133; Britta Lenz, Vereint im Verein? Städtische Freizeitkultur und die Integration von polnischen und masurischen Zuwanderern im Ruhrgebiet zwischen 1900 und 1939, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 183-204; vgl. auch Jan Motte/Rainer Ohliger (Hrsg.), Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft: Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004.

⁴⁴ Tobias Brinkmann, Von der Gemeinde zur „Community“: Jüdische Einwanderer in Chicago 1840 – 1900, Osnabrück 2002.

tritt in dieser Studie eines Teils der deutschen USA-Auswanderer des mittleren 19. Jahrhunderts hinter die Analyse der Entwicklung einer jüdisch-amerikanischen urbanen Identität einer Gruppe zurück, die sich mit den später eingewanderten russischen Juden nur noch schwer identifizieren kann. Jüdische Emanzipation, ethnisch-religiöse und urbane Identität standen auch in der Zwischenkriegszeit in einem spannungsreichen Verhältnis, wie Joachim Schlör für Berlin sowie für die zeitgenössischen Debatten über die Beziehungen von Juden, Großstadt und Moderne nachvollzogen hat.⁴⁵

Die Stadt als Katalysator und Generator von Minderheitenidentitäten ist auch ein Thema in vielen der bereits genannten Untersuchungen.⁴⁶ Besonders eng verschränkt Karl Schlögel den urbanen Raum im „Global Village in der Weltkriegs-epoche“ (S. 199) mit der neu zugewanderten russischen Bevölkerung in der deutschen Hauptstadt. „Alle deutschen Wege nach Russland führten in diesem Jahrhundert über Berlin, und alle russischen Wege nach Europa gingen über Berlin.“⁴⁷ Schlögel erweitert seine Studie des „russischen Berlins“ zu einer exilrussischen Kulturgeschichte, die weit über die Stadt hinaus ausgreift. „Raum“ wird bei ihm kaum eingegrenzt. In seiner Analyse vereint er die Betrachtung städtischer Orte der russischen Minderheit wie Bahnhöfe oder bestimmte Wohnviertel, blickt aber mit der Behandlung von Grenzstationen auch weit über die Stadt hinaus und bindet auf diese Weise Probleme von Diplomatie, Militärbeziehungen und Geopolitik in die Darstellung ein. Die Multiplizität von Identitäten innerhalb einer ethnischen Minderheitengruppe ist einer der wichtigsten Befunde dieser Untersuchung.

Auch im Vergleich unterschiedlicher Ethnien in unterschiedlichen Städten werden häufig Fragen der Identität untersucht. Curtis Roseman, Hans Dieter Laux und Günter Thieme beschränken sich in dem von ihnen herausgegebenen Band „EthniCity“ in ihrer vergleichenden Untersuchung von Migrationssystemen, der Vielfalt ethnischer Identitäten und ihrer Sichtbarkeit in europäischen und außer-europäischen Großstädten auf eine weitgehend synchrone, gegenwartsbezogene Sicht. Dagegen erscheint die historische Langzeitperspektive gerade beim Themenfeld der Identität oft als besonders erhellend, wie in vielen Beiträgen zum interdisziplinär angelegten Sammelband über Stadtraum und Identität von Zuwanderern verschiedener ethnischer Herkunft in Hamburg und einigen anderen europäischen Städten von Angelika Eder deutlich wird.⁴⁸

⁴⁵ Joachim Schlör, *Das Ich der Stadt: Debatten über Judentum und Urbanität, 1822 – 1938*, Göttingen 2005.

⁴⁶ Vgl. aus unterschiedlichen Perspektiven z. B. Bleek (s. Fußnote 3); Kershen, *Strangers* (s. Fußnote 19); Rainhorn (s. Fußnote 21).

⁴⁷ Karl Schlögel, *Das russische Berlin, Ostbahnhof Europas*, Berlin 2007, S. 11 (1. Aufl. München 1998).

⁴⁸ Curtis C. Roseman/Hans Dieter Laux/Günter Thieme (Hrsg.), *EthniCity: Geographic Perspectives on*

Inzwischen ist die ethnische Gruppe als isoliertes Merkmal der Zugehörigkeit und Identität im urbanen Raum zunehmend in den Hintergrund gerückt. Das Interesse der Forschung gilt zunehmend neuen Gruppenidentitäten jenseits ethnischer Zuordnung.⁴⁹ Mit einem multidimensionalen Identitätskonzept können die vielfältigen Schnittpunkte urbaner und ethnischer Einflüsse in Verbindung mit Aspekten von „gender“, Lebensalter, Schichtenzugehörigkeit und Position in der Generationenfolge untersucht werden. Hier stehen nicht mehr die allenfalls bi-ethnischen „assimilation narratives“ in Anlehnung an die Stadtforschungen der Soziologen der Chicago School im Vordergrund, sondern das Konzept des vielfach „vernetzten“ Weltstadtbürgers. Die Entdeckung der „globalen Stadt“, die nicht nur durch ihre Geschäfts- und Verkehrsbeziehungen, sondern wesentlich durch die globale Herkunft ihrer Bewohner dieses Etikett verdient, ist ein Verdienst sozialwissenschaftlicher Forschungen.⁵⁰ Während sich Geographen, Politologen und Soziologen schon seit mehr als zwei Jahrzehnten um dieses aktuelle urbane Phänomen kümmern, lässt in den Geschichtswissenschaften die Erörterung der Anwendung dieser Perspektive auf die historischen Weltstädte noch auf sich warten, bleibt die Verschränkung von stadteschichtlichen und migrationshistorischen Ressourcen die Ausnahme. Die Analyse der vielfältigen wechselseitigen Bezüge von Raum, Politik und Identität an der Schnittstelle von Migration und Stadt stellen ein viel versprechendes, fruchtbares Feld historischer, interdisziplinär orientierter Forschung dar, das noch lange nicht abgemessen und erkundet ist.

Dr. phil. Martin Baumeister, Ludwig-Maximilians-Universität München
Dr. phil. Imke Sturm-Martin, Universität Köln

Ethnic Change in Modern Cities, Lanham MD 1996; Angelika Eder (Hrsg.), „Wir sind auch da!“ Über das Leben von und mit Migranten in europäischen Großstädten, Hamburg 2003.

⁴⁹ Ute Koch, Herstellung und Reproduktion sozialer Grenzen: Roma in einer westdeutschen Großstadt, Wiesbaden 2005; Tommaso Morrone, Migrantenschicksal: Sizilianische Familien in Reutlingen, Heimen und Zwischenwelt, eine empirische Untersuchung, Bonn 1993; Rohit Barot (Hrsg.), Religion and Ethnicity, Minorities and Social Change in the Metropolis, Kampen 1993; Natalija V. Juchneva, Die Deutschen in einer polyethnischen Stadt, Petersburg vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis 1914, in: Nordost-Archiv III:1/1994, Themenheft: Deutsche in St. Petersburg und Moskau. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, hrsg. v. Dittmar Dahlmann/Karl-Heinz Ruffmann, S. 7-26; William J.V. Neill/Hanns-Uve Schwedler (Hrsg.), Migration and Cultural Inclusion in the European City, Basingstoke 2007; David Bell/Mark Jayne (Hrsg.), City of Quarters: Urban Villages in the Contemporary City, Aldershot 2004; Malcolm Cross/Robert Moore (Hrsg.), Globalization and the New City: Migrants, Minorities and Urban Transformations in Comparative Perspective, Basingstoke 2002.

⁵⁰ Grundlegend dazu vgl. Saskia Sassen, The Global City: New York, London, Tokyo, Princeton 1991; John Friedmann, The World-City Hypothesis, in: Development and Change 17 (1986), S. 69-84.

R E Z E N S I O N

A N D R E A S F A H R M E I E R

Anne J. Kershen, Strangers, Aliens and Asians. Huguenots, Jews and Bangladeshis in Spitalfields 1660-2000, London/New York 2005, xvi, 247 S., \$ 135.00. (als Taschenbuch: Anne J. Kershen, The Immigrant Experience in Britain, 1650-2000. Huguenots, Jews and Bangladeshi, London 2007, 256 S., \$ 32.95)

Spitalfields, so stellt Kershen am Anfang ihres Buches fest, sei seit den Tagen des römischen Imperiums ein Platz an der Peripherie, am Rand, zugleich aber auch eine Brücke „between the included and the excluded“ (S. 1). Spitalfields liegt östlich der Grenzen der Londoner City mit ihren Privilegien und ihrer wirtschaftlichen Prosperität. Der Distrikt – seit den Reformen der Kommunalverwaltung im ausgehenden 19. Jahrhundert dem Borough Stepney zugeordnet – ist ein zwischen Whitechapel, Bethnal Green und Shoreditch gelegener Teil des East End. Er hat seit dem 17. Jahrhundert unterschiedliche Spitznamen getragen, die sich daraus ergaben, dass er für immer neue Gruppen von Migrantinnen und Migranten das erste Siedlungsgebiet war: „Petty France“ im 17. und frühen 18. Jahrhundert, „Little Jerusalem“ im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, „Banglatown“ seit den späten 1950er Jahren. Die Tatsache, dass die Spitznamen einander ablösten, verweist auf die Funktion der Straßen und Plätze von Spitalfields als Brücke zwischen zunächst als fremd ausgeschlossenen Gruppen und einer Aufnahmegesellschaft, in der Hugenotten, Juden, und, wenn auch noch in geringerem Ausmaß, Bangladeshis, zusehends aufgingen. Dies geschah, indem sie entweder als Folge eines individuellen oder kollektiven wirtschaftlichen Aufstiegs als einzelne Familien oder größere Gruppen in andere Gegenden der Stadt umzogen oder indem sie nicht mehr als Angehörige einer Minderheit erkennbar waren, sondern allenfalls noch als Briten mit einem etwas seltsam klingenden Namen. In der Folge konnte Spitalfields dann von neuen Gruppen von Migrantinnen und Migranten bewohnt, geprägt und umgestaltet werden.

Kershens Buch, das drei Gruppen von Fremden untersucht, die zwischen dem 17. und dem 20. Jahrhundert nach Spitalfields kamen, ist selbst an einer Grenze angesiedelt, über das es eine Brücke schlägt: der zwischen Migrationsgeschichte und Stadtgeschichte.

Einerseits geht es Kershen darum, eine Geschichte von Wanderungen von ‚dort‘ nach ‚hier‘ zu schreiben, welche die Ausgangs- und Zielsituation, die Motive der Migrantinnen und Migranten und die Reaktionen der vorher in der Zielregion siedelnden Menschen zu einer Analyse verbindet, die gerade durch ihre lange chronologische Perspektive den Anschluss an theoretische Diskussionen über den Einfluss ökonomischer und politischer Motive auf Migrationsbewegungen sowie über Bedingungen und Modalitäten von Integration anstrebt. Andererseits bietet sie die Geschichte eines Orts, der trotz aller sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen die Rolle eines Ankunftsorts behielt und so geradezu paradigmatisch unterschiedliche Phasen der britischen Einwanderungsgesellschaft widerspiegelt. Das wird bereits am Umschlagbild graphisch deutlich: dort ist ein Gebäude (an der Ecke Brick Lane und Fournier Street) abgebildet, das zunächst eine calvinistische Kirche war, im 19. Jahrhundert zur Synagoge wurde und gegenwärtig als Moschee fungiert.

Kershen gliedert ihre Kapitel, die zum Teil in leicht veränderter Form bereits als Aufsätze erschienen sind, nicht chronologisch, sondern systematisch. Das Buch beginnt mit einer konzisen Einführung in Theorien von Migration (Ravenstein, Borjas, Neo-Marxisten, Wallerstein), welche die unterschiedliche Gewichtung individueller und kollektiver, politischer und ökonomischer Faktoren für die Entscheidung zur Migration hervorhebt. Die folgenden inhaltlichen Kapitel sind jeweils in drei Abschnitte unterteilt, die ein Thema immer mit Blick auf die drei, hier chronologisch angeordneten Gruppen der Hugenotten, Juden und Bangladeschis abhandeln. Dem Ansatz folgend, die gesamte Migrationserfahrung in die Betrachtung einzubeziehen, setzt Kershen mit der „Heimat“ ein. Dabei fragt sie sowohl nach der realen Heimat als auch nach der Rolle einer in der Fremde evozierten Heimat, welche als gemeinschaftlich geteilte oder gemeinschaftlich konstruierte Erinnerung zur Bindung der Migrantinnen und Migranten an ihren Herkunftsort dienen und so gemeinschaftsstiftend wirken konnte. Ungeachtet der Tatsache, dass es im Französischen kein Wort für „Heimat“ gibt, sei die ideelle Bindung an Frankreich für die Hugenotten, die sich zunächst als verfolgte, unfreiwillig in ein temporäres Exil getriebene Migranten verstanden, besonders stark ausgeprägt gewesen. In den Juden, welche seit den 1870er Jahren in immer größerer Zahl das russische Reich verließen, sieht Kershen dagegen eher eine Migrantengruppe, welche sich einem politisch gewollten und geförderten, aber im Kern ökonomischen Niedergang zu entziehen suchte. Die Auswanderungsentscheidung sei eine bewusste Option für ein besseres Leben gewesen, so dass es wenig Grund für einen nostalgischen Blick zurück auf eine positiv besetzte Heimat gab. Bei den Migranten aus Bangladesch konstatiert Kershen erneut eine starke Heimatbindung. Motiv für den Umzug nach

London sei in aller Regel der Wunsch gewesen, im Ausland genügend Geld für den Landerwerb zuhause zu erwirtschaften; insofern war der Aufenthalt in der Fremde von vornherein nur auf Zeit, nicht auf Dauer angelegt. Die Selbstwahrnehmung als quasi-Wanderarbeiter sei auch an dem – allerdings nicht immer zu verwirklichenden – Wunsch abzulesen, sich in heimatlicher Erde bestatten zu lassen.

Nachdem so klar gestellt ist, was die Migranten aus ihrer Heimat weg ‚schob‘, stellt sich die Frage, was sie nach Spitalfields ‚zog‘. Kershner argumentiert mit der Attraktivität des Viertels: Es lag in der Nähe des Hafens, an dem die meisten Migranten ankamen, verfügte über eine kaum regulierte, dynamische Wirtschaft, welche sozialen Aufstieg möglich machte, und bot verhältnismäßig billigen Wohnraum. Seit dem 17. Jahrhundert habe das Viertel daher als migrantenfreundlich gegolten.

Die vier folgenden Kapitel schildern Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Migrantengruppen in Bezug auf Religion, Wohlfahrtseinrichtungen, Spracherwerb und wirtschaftlichen Erfolg. Alle drei Gemeinschaften waren durch eine Religion verbunden, die von der der Mehrheitsgesellschaft abwich und die daher einen entscheidenden Faktor des Zusammenhalts darstellte. Für Hugenotten und Juden, nicht aber für Bangladeschis, war die Weigerung, die Religionszugehörigkeit zu wechseln, außerdem ein entscheidendes Motiv für die Auswanderung gewesen. Die Folgen waren aber durchaus unterschiedlich. Bei allen Differenzen zwischen dem anglikanischen Kompromiss, der sich in England als Staatsreligion etablierte, und der reinen Lehre des Calvinismus, dem die erste Gemeinde der französischen Protestanten in London anhing, war es zumindest seit 1689 den Hugenotten möglich, sich als Nonkonformisten zu verstehen. Für Juden und Muslime dagegen bewirkten die religiös bedingten Unterschiede in den Lebenspraktiken eine gewisse Abschottung von der sie umgebenden Gesellschaft, auch wenn die religiösen Gebote zumindest im Fall der Muslime zunächst nicht eng gesehen wurden. Im Falle der jüdischen Zuwanderer aus Osteuropa war das anglo-jüdische Establishment bemüht, ‚zivilisierend‘ einzugreifen und in den neu gegründeten Synagogen ein bildungsorientiertes religiöses Klima zu fördern. Die Muslime mussten sich überhaupt erst eine Infrastruktur religiöser Einrichtungen schaffen, was zum Teil (mit Hilfe saudi-arabischer Fördermittel) für alle Muslime, zum Teil aber mit Blick bewusst nur für ehemalige Einwohner Bangladeschs geschah.

Alle drei Gruppen bemühten sich, karitative Netzwerke innerhalb der eigenen Gemeinschaft zu knüpfen, welche die Versorgung derjenigen Migrantinnen und Migranten ermöglichen sollten, für die der Umzug in den Londoner Osten nicht mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse verbunden war. Solche Unterstützungseinrichtungen hatten in aller Regel eine enge Verbindung zu den

Einrichtungen der Kirche, Synagoge oder Moschee, wobei sich die Distanz zwischen beiden aber im Laufe der Zeit vergrößerte. Das Ausmaß des Erfolges des sozialen Sicherheitssystems hing mit der Wirtschaftskraft der Gemeinschaft und der Anwesenheit oder Abwesenheit von Wohltätern zusammen. Die aus politischen Gründen beliebten Hugenotten wurden zunächst durch großzügige Sammlungen in anglikanischen Gemeinden und Zuwendungen von Seiten der Regierung unterstützt. Die Juden, die in den 1880er Jahren nach England kamen, erhielten ansehnliche Spenden seitens der wohlhabenden anglo-jüdischen Elite, die auch dazu dienen sollten, die Assimilation der Einwanderer zu beschleunigen und das Anwachsen eines britischen Antisemitismus zu verhindern. Die Zuwanderer aus Bangladesch waren dagegen fast auf sich allein gestellt. Sie folgten nicht den Fußstapfen erfolgreicher Pioniere und brachten in der ersten Einwanderergeneration wenige wohlhabende Geschäftsleute hervor. Allerdings bot die diplomatische Vertretung Bangladeschs zeitweise Hilfestellungen an.

Die Hugenotten bedienten sich einer in England mit hoher Bildung assoziierten Sprache, die kaum als sozialer Makel galt. Die jüdischen Zuwanderer sprachen zwar keine in Großbritannien verbreitete Sprache, und ihre Praxis, in einem quasi-deutschen „Kauderwelsch“ zu kommunizieren, galt der anglo-jüdischen Elite als besonders problematisch. Dennoch handelte es sich um eine alphabetisierte, in Teilen mehrsprachige und bildungsbehaftete Einwanderergruppe, die sich relativ leicht tat mit dem Erwerb einer weiteren Sprache – zumindest leichter als die zum erheblichen Teil des Lesens und Schreibens unkundigen Zuwanderer aus Bangladesch, deren religiöse Tradition im Gegensatz zu Protestantismus und Judentum die Alphabetisierung nicht intensiv gefördert habe.

Kershen stellt ihre an diese Beobachtungen anschließenden Überlegungen zum ökonomischen Erfolg und Misserfolg der Zuwanderer in den allgemeinen Kontext der Debatte über Max Webers These des Zusammenhangs zwischen religiöser Mentalität und wirtschaftlichem Erfolg. Kershen betont, dass Hugenotten und – in etwas geringerem Maße – Juden als besonders erfolgreiche Migrantengruppen galten und gelten, während dies für muslimische Migranten bislang nicht der Fall sei. Ein quantitativer Vergleich sei aber bislang nur schwer möglich. In allen Gruppen ließen sich erfolgreiche Unternehmer und hilfsbedürftige Menschen belegen. Wenn man im Sinne von Weber versuche, die Rationalität ökonomischen Handelns zu vergleichen, müsse man die unterschiedlichen Zielsetzungen berücksichtigen, die im Falle der Einwanderer aus Bangladesch in der Rückkehr in die heimische Landwirtschaft bestanden. Das ändere sich erst in dem Maße, in dem die späteren Einwanderergenerationen sich die ökonomischen Werte und Hierarchien der britischen Gesellschaft aneigneten, so dass noch kein endgültiges Urteil möglich sei.

Bleibt die Frage der Reaktion in Spitalfields und Großbritannien auf die Zuwanderung. Alle drei Gruppen hatten, wie Kershen aufzeigt, mit Vorurteilen zu kämpfen, die zum Teil mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze, Verdienstmöglichkeiten und soziale Leistungen zu tun hatten. Diese Vorurteile nahmen aber in der Tendenz im Laufe der Zeit ebenso zu wie ihre Folgen. Während sich die Abwehrreaktionen gegen Hugenotten auf negative öffentliche Äußerungen beschränkten, so führte die Einwanderung der Juden 1905 zur gesetzlichen Beschränkung künftiger Zuwanderung. Bei den Bangladeschis traten zu den neuen administrativen Restriktionen der 1960er und 1970er Jahre gewaltsame Übergriffe bis hin zum Mord.

Kershen unternimmt den mutigen Versuch, eine Migrations- und Stadtteilgeschichte über 300 Jahre zu schreiben, die intime lokale Kenntnisse der Sozial- und Wirtschaftsgeographie eines Londoner Stadtteils mit der Diskussion theoretischer Entwürfe verbindet, die im Prinzip überzeitliche und globale Gültigkeit beanspruchen. Sie tut dies zudem auf sehr knappem Raum. Daraus ergeben sich zwangsläufig Punkte, an denen Spezialisten für die einzelnen Epochen einhaken könnten, und Bereiche, die nicht behandelt werden, weil der transepocheale Vergleich auf der Grundlage des gegenwärtigen Forschungsstands schlicht nicht möglich ist – etwa die Integration in die englische und britische Gesellschaft durch Eheschließung oder die Vernetzung der Londoner Migrantengemeinschaften mit anderen Ansiedlungen innerhalb und außerhalb des Vereinigten Königreichs. Eine solche Detailkritik wäre der Intention des Buches schlicht nicht angemessen. Dagegen scheint mir die Frage erlaubt, ob die Verbindung zwischen globaler und lokaler Perspektive, zwischen Beschreibung und Analyse vollends gelungen ist.

In dieser Hinsicht sehe ich einige allgemeine konzeptionelle Schwierigkeiten. Kershen sieht Migrantinnen und Migranten als autonome Akteure, die rationale, im Kern ökonomisch (mit-)begründete Entscheidungen darüber treffen, ob sie an einem Ort bleiben oder ihn verlassen wollen. Sie wägen also Zukunftserwartungen in der „Heimat“ unter bestimmten Rahmenbedingungen (etwa der unbedingten Treue zur eigenen Religion) gegen Zukunftsvisionen in einer „Fremde“ ab. Kershen fragt entsprechend der Anlage ihres Buches danach, was Hugenotten aus Frankreich, Juden aus dem Zarenreich, Bauern aus Bangladesch vertrieb und was diese Menschen an Spitalfields interessant fanden. Sie beschäftigt sich nur mit Hugenotten, Juden und Bangladeschis in diesem kleinen Teil einer großen Stadt in einem noch größeren Land auf einer noch größeren Welt. Damit werden aber die Entscheidungsoptionen sehr verkürzt, der Hintergrund der Migration ein wenig simplifizierend nur aus der alltagshistorischen Perspektive geschildert.

Die Verfolgung der Hugenotten in Frankreich erscheint als willkürlicher Versuch, eine im Prinzip gesetzestreue, ökonomisch leistungsfähige Minderheit zu un-

terdrücken. Die der Verfolgung zugrunde liegende, beinahe in allen europäischen Territorien zu beobachtende Vorstellung, nur eine konfessionell einheitliche Bevölkerung könne unter einem Recht leben und einem Herrscher gegenüber loyal sein („une loi, une foi, un roi“), wird ebensowenig thematisiert wie Parallelen zur englischen Konfessionspolitik, die aus England ja keineswegs eine Insel religiöser Toleranz machen – was die hohen Zahlen der aus dem britischen Herrschaftsreich nach Frankreich fliehenden Katholiken belegen. Kershens Erklärung dafür, warum Hugenotten mal früher, mal später nach London kamen, rekurriert auf die Schwierigkeit der Seereise und das französische Auswanderungsverbot einerseits, die Anziehungskraft Englands als protestantischer Monarchie und die ökonomischen Möglichkeiten, die sich dort boten andererseits. Sie diskutiert aber nicht, warum man sich als französischer Hugenotte eher für England entschied als für die aktiv rekrutierenden, zum Teil sogar von calvinistischen Monarchen regierten deutschen Staaten (oder für Amerika). War das Zufall, war England für bestimmte Hugenotten besonders attraktiv, oder strebten hugenottische Familien vielleicht sogar eine Art Risikostreuung an, indem sie einzelne Mitglieder in verschiedene ausländische Städte entsandten? Ganz ähnlich gelagert wäre die Frage danach, wer in England nach London oder nach Nottingham ging.

Mit Bezug auf die aus Russland auswandernden Juden erwähnt Kershen zwar, dass in aller Regel die USA das eigentliche Migrationsziel waren, ohne zu diskutieren, wer genau freiwillig oder unfreiwillig in London blieb. Neuere Forschungen gehen etwa davon aus, dass nicht nur die zusätzlichen Kosten der Überfahrt nach Amerika, sondern auch die Furcht, die immer rigideren amerikanischen Einwanderungstests nicht zu bestehen, ein wichtiger Faktor war. Das würde aber bedeuten, dass in der Londoner jüdischen Gemeinschaft ältere, kränklichere und ärmere Migranten häufiger anzutreffen waren als in New York, was wiederum Folgen für die Struktur von Wohltätigkeitseinrichtungen hatte, die gelegentlich auch darauf zielten, die Rückreise in die russische Heimat zu ermöglichen. Bei den Bangladeschis stellt sich die Frage ein wenig anders, denn das britische Festhalten an einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft innerhalb des Empire machte die Auswanderung nach Großbritannien oft zur einzigen Option – der Weg nach Amerika, Frankreich oder Deutschland war verschlossen. Inzwischen war Spitalfields aber nicht mehr automatisch das einzige denkbare Wohnviertel der jüngsten Einwanderergeneration – mit Notting Hill, Ealing, Brixton, Hampstead gab es zahlreiche andere Gegenden, die Migrantengruppen aus der Karibik, aus Teilen des indischen Subkontinents und Europas bevorzugten. Was waren Gründe für die Umwandlung von Spitalfields in Banglatown statt ‚Little Jamaica‘?

Dass solche Fragen nicht erwogen werden, erschwert den angestrebten Brückenschlag zu einer globalen Deutung von Migrationsbewegungen. Die Eigenarten der sich mit mehr oder weniger Erfolg in Spitalfields ansiedelnden Gruppen treten gegenüber einer letztlich als zeitlos verstandenen Erfahrung kultureller und religiöser Fremdheit zurück. Gelegentlich werden sogar vermeintliche Charakteristika hervorgehoben, welche die von Kershen untersuchten Gruppen keineswegs auszeichneten. „For Calvinists, Jews and Muslims, the concept of charity is an essential part of their religion“ (S. 108) – ist das bei Katholiken, Anglikanern oder Buddhisten anders? Wenn Kershen beispielsweise feststellt, die Hugenotten hätten alle Berufs- und Statusgruppen umfasst, „the sole exception being the peasantry“ (S. 32), sie seien also Seidenweber, Handwerker, Ärzte, Kleriker oder Adelige gewesen, so bedeutet das, anders gewendet, dass diese Migrantinnen und Migranten sich aus einer ganz überdurchschnittlich wohlhabenden gesellschaftlichen Gruppe rekrutierten, die insgesamt (unter Einschluss der Katholiken) kaum 15% der Bevölkerung Frankreichs im 17. Jahrhundert ausgemacht haben dürfte.

Damit ist ein zweites Problem angesprochen. Wie die obige, hier zugegebenermaßen auf die Goldwaage gelegte, Passage mit ihrer impliziten Annahme suggeriert, die bäuerliche Bevölkerung sei immer schon eine kleine Randgruppe gewesen (zu Russland ähnlich S. 42), ist Kershen nur begrenzt an einer Historisierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Migration interessiert. Das prägt auch die Beschreibung von Spitalfields selbst. Die Annahme, der Bezirk liege auf einer Grenze, stimmt – für das 17. und vielleicht noch das 18. Jahrhundert. Zu dieser Zeit markierte Spitalfields die Grenze zwischen der bebauten Stadt London und dem ländlichen Raum; die Grenze zwischen den ökonomischen Privilegien der Zünfte der City und dem weniger intensiv überwachten (allerdings theoretisch denselben Zwängen unterliegenden) Umland. Hier hatten die Hugenotten Gelegenheit, einen relativ ‚leeren‘ Raum nach ihren Vorstellungen zu gestalten, ja, eine Art Sondergemeinde mit spezifischen Privilegien aufzubauen. Im ausgehenden 19. Jahrhundert bedeutete die administrative Grenze zwischen Spitalfields und der City nichts mehr in Hinblick auf ökonomische Möglichkeiten, und im 20. Jahrhundert befindet sich Spitalfields letztlich in der Mitte Londons.

Im 17. Jahrhundert operierten die Wohlfahrtseinrichtungen der protestantischen Gemeinde neben der von den anglikanischen Gemeinden organisierten staatlichen Wohlfahrtspflege, wurden aber auch aus staatlichen Mitteln subventioniert. Überhaupt übernahm die hugenottische Pfarrei – wie alle anderen Gemeinden – administrative Aufgaben, etwa die Eheschließung oder die Registrierung von Geburten und Todesfällen. Das war gegen Ende des 19. Jahrhunderts völlig anders geworden: Hilfsorganisationen traten nun neben ein Netz von staatlichen

oder kommunalen Einrichtungen (Schulen, Armenhäuser, Krankenhäuser, später zudem Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung), die zum großen Teil Migrantinnen und Migranten offen standen. Private Hilfsorganisationen sorgten sich nun nicht mehr zwangsläufig um alle Migranten mit sozialen Problemen, sondern um eine spezifische Gruppe, welche die regulären Einrichtungen nicht nutzen konnte (z. B. wegen institutioneller Diskriminierung, fehlendem Aufenthaltsrecht, mangelnden Sprachkenntnissen oder religiösen Ge- oder Verboten), was vermutlich weitreichende Folgen für ihre Bedeutung hatte.

Die Verkürzung von Entscheidungshorizonten und die begrenzte Einbettung historischen Wandels in die Erzählung folgen aus dem Zuschnitt der Darstellung mit ihrer Betonung des systematischen Vergleichs. Daraus ergeben sich aber auch die Stärken des Buches.

Zunächst: die Darstellung ist lebendig, anschaulich, in einer ungewohnten Weise aktuell. Die Diskriminierung und Vertreibung der französischen Hugenotten wird mit derselben Klarheit des moralischen Urteils, derselben Leidenschaft beschrieben und verdammt wie die Diskriminierung der Juden in Russland oder die Morde an Migranten im East End in den 1970er und 1980er Jahren. Das geht einher mit einer klaren, eingängigen und anschaulichen Sprache, welche die Erkenntnisse, die sich aus einer breiten Lektüre von Quellen und Sekundärliteratur ergeben, ohne jede überflüssige Gelehrsamkeit präsentiert. Zugleich argumentiert Kershens durch den häufigen Bezug auf einzelne Gebäude, Institutionen und Personen wunderbar konkret.

Die Bindung der Erzählung an einen Ort und die Absage an eine historische Fortschrittslogik verhindern zudem die Gefahr einer simplen Typologie, welche breite Geschichten von Migrationsbewegungen bisweilen prägt. So nimmt Kershens nicht an, jede Migration sei per se gut, und es sei daher nur notwendig, zu den Zeiten einer liberalen Migrationspolitik zurückzukehren, welche vom 17. bis zum 19. Jahrhundert ein entscheidender Faktor für den Aufstieg Großbritanniens gewesen sei. Sie spielt aber auch nicht das einfache Spiel des Alles-auf-die-Migranten-Schieben, das mit der Annahme verbunden wäre, ‚früher‘ sei die Assimilation wegen einer größeren kulturellen Nähe zwischen Briten und Franzosen oder Briten und Juden einfacher gewesen als zwischen Briten und Bangladeschis, Protestanten und Protestanten, Christen und Juden oder Christen, Juden und Muslimen. Insofern problematisiert Kershens Erzählung den Wandel von Akteuren und Rahmenbedingungen als Erklärung; auf alle Fälle entspricht die Darstellung so sehr gut dem methodischen und inhaltlichen Ziel.

Insofern lässt sich das Buch auf verschiedene Weise lesen: Als überzeugende Geschichte eines Ortes der Einwanderung oder als in Teilen anregende, in Teilen in einer produktiven Weise provozierende Darstellung der Triebkräfte und Folgen von Migration in unterschiedlichen Epochen.

**Dr. phil. Andreas Fahrmeir, Professor für Neuere Geschichte an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main,
Fahrmeir@em.uni-frankfurt.de**

Reurbanisierung, Renaissance der Städte und Stadtwohnen

„Ziel ist also die Re-Urbanisierung (...).“¹ Bahrdt, 1960

Seit knapp einem halben Jahrhundert – nach dem Ende des unmittelbaren Wiederaufbaus fast zeitgleich mit dem Beginn der großen Nachkriegs-Suburbanisierungswelle einsetzend – wurden und werden in Deutschland Forderungen nach einer Reurbanisierung der Städte erhoben. Hans Paul Bahrdt wandte sich bereits 1960 mit der Zielperspektive einer Re-Urbanisierung entschieden gegen die Leitbilder und Ergebnisse des Wiederaufbaus in Westdeutschland. Statt „neighbourhood units“, also Einheiten, die an die planerischen Strukturen angloamerikanischer Städte erinnerten und Anknüpfungspunkte an NS-Planungsideologien lieferten („Ortsgruppe“ als „Siedlungszelle“), sollte wieder die Stadt mit ihrer sozialen und funktionalen Durchmischung Bezugspunkt der Stadtentwicklung werden. Bahrdt lehnte jene Auflösung der kompakten Stadt ab, die beispielsweise Ernst May noch 1956 gefordert hatte: „Aus der konzentrisch geballten Stadt des Mittelalters wurde im Zeitalter der Maschine die planlos auseinanderfließende Stadt ohne Gliederung. Die Stadt von morgen wird die gegenteilige Tendenz zum Ziele haben: anstelle eines Zentrums werden sich viele Nebenzentren bilden, alle Mittelpunkte klar erkennbarer, städtebaulicher Großzellen, sogenannter Nachbarschaften, die von Grün umschlossen, klar gegeneinander abgegrenzt, das kalte anonyme Häusermeer von gestern in die Stadtlandschaft von morgen verwandeln.“²

Das Unbehagen gegenüber den antiurbanen Stadtlandschaften des Wiederaufbaus in Westdeutschland³ und gegenüber dem Städtebau der Zwischenkriegs-

¹ Hans Paul Bahrdt: Nachbarschaft oder Urbanität, in: Bauwelt 51-52 (1960), S. 1467.

² Ernst May: Hat der deutsche Städtebau seine Chance verpasst? Zit. nach: Jörn Düwel und Niels Gutschow: Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen – Projekte – Akteure, Stuttgart, Leipzig und Wiesbaden 2001, S. 171.

³ In der DDR wurde im Gegensatz zum westlichen Leitbild der Stadtlandschaft das Leitbild der „schönen Stadt in kompakter Gestalt“ verfolgt. Vgl. Werner Durth, Jörn Düwel und Niels Gutschow: Architektur

Moderne äußerte sich schon frühzeitig vielfältig: Wolf Jobst Siedler beklagte 1964 die „Verwüstung der deutschen Stadtlandschaft“ in seinem Buch „Die gemordete Stadt“.⁴ Auch der Deutsche Städtetag 1960, der in Augsburg ausgerichtet wurde und unter dem Motto „Erneuerung unserer Städte“ stand, befasste sich mit Problemen der „Entballung“ der Städte und ihrer „Aushöhlung“. In einem vielbeachteten Vortrag forderte der Schweizer Soziologe Edgar Salin auf dieser Konferenz, bezugnehmend auf die griechische Polis, mehr Urbanität und mehr tätigen „Bürgersinn“⁵. Die Debatte über die Notwendigkeit einer Reurbanisierung Anfang der 1960er Jahre beschränkte sich also keineswegs auf planerische Leitbilddiskussionen, sondern bezog sich auch auf Aspekte des Alltagslebens in den Dimensionen von Privatheit und Öffentlichkeit (Bahrtdt) oder stellte die Urbanisierungsdiskussion in einen geisteswissenschaftlich-historischen oder sozialwissenschaftlichen Kontext (Salin/ Mitscherlich).

Als Reflex auf die alltäglich sichtbaren, wenig urbanen Leistungen des Wiederaufbaus im Geiste der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ wurde das neue „Leitbild“ „Urbanität durch Dichte“ propagiert, das auf seltsam changierende Weise, so Gerhard Fehl, ebenso wieder an historische Muster bürgerlicher Urbanität anzuknüpfen vorgab, wie es die Interessen der Bauträger und Immobilienwirtschaft bediente: „Je dichter die Bebauung oder Besiedlung, desto städtischer, ‘urbaner’ - im Sinne etwa des ‘alten Berlins’ oder des ‘alten Paris’ - wird das dabei entstehende Ambiente! Oder das Leben? Oder das Zusammenleben? Die Kausalität blieb völlig unbestimmt, denn offensichtlich ging es nur um Dichte, Verdichtung, höhere und intensive Bebauung. Vielleicht wäre ‘Rentabilität durch Dichte’ zutreffender gewesen.“⁶

Eine einschneidende Zäsur, die das Wohnen und Leben in den Innenstädten wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte, markierte dann das „Europäische Denkmalschutzjahr 1975“. Der in diesem Kontext vollzogene Paradigmenwechsel bewirkte, dass nach Jahrzehnten der Suche nach der jeweils „neuen Stadt“ und rigider kultureller Entwertung der überkommenen Stadtstrukturen urbane Qualitäten der historischen Stadt wieder kulturell in Wert gesetzt wurden. Von diesem Prozess der Neubewertung wurden auch die in besonderem Maße bisher vehement abgelehnten „gründerzeitlichen“ Quartiere der sogenannten „Mietskasernen-Stadt“

und Städtebau der DDR. Bd. 1. Ostkreuz. Personen, Pläne, Perspektiven, Frankfurt am Main und New York 1988, S. 244-269.

⁴ Wolf Jobst Siedler und Elisabeth Niggemeyer: Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum. 2. Aufl., Berlin 1993 (1. Aufl. 1964).

⁵ Edgar Salin: Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte. Deutscher Städtetag, Stuttgart 1960, S. 9-34.

⁶ Gerhard Fehl: Nach 1963. Zit. nach: Tilman Harlander: Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: Geschichte des Wohnens. Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 288.

erfasst. Sowohl die städtebauliche Struktur, die Blockbauweise, als auch die städtischen Gebäudetypologien wurden in diesen Jahren schrittweise rehabilitiert. Es vollzog sich - als wichtige Voraussetzung für die spätere „Renaissance“ des Stadtwohnens - der Paradigmenwechsel von der Stadterweiterung hin zur Stadterneuerung.⁷

Dieser Paradigmenwechsel beendete die Phase der „Kahlschlag-Sanierung“ und führte zu Formen der „behutsamen, erhaltenden Stadtsanierung“. „Sozialverträglich“ sollten nun die Aufwertungen der Wohnquartiere unter Einbeziehung der Bewohner durchgeführt werden. Zugleich wurden nicht nur im Altbaubestand, sondern auch im Neubau in dieser Zeit neue urbane Wohntypologien wie das sogenannte Stadthaus, die Stadtvilla und das Loft entwickelt.⁸ Insbesondere das Stadthaus sollte für junge Familien eine urbane Alternative zum suburbanen freistehenden Haus darstellen. Es wurden erhebliche öffentliche Anstrengungen unternommen, um das neue Stadthaus, das urban und individuell, kostengünstig und flächensparend sein sollte, zu realisieren.⁹

In der Realität erfüllten sich die hohen Erwartungen allerdings nur unzureichend, denn zumeist entstanden Stadthaus-Quartiere nicht in den Innenstädten, sondern die meisten wurden „am Stadtrand der Großstädte als höherwertige Alternative zum Reihenhaus von der Stange realisiert“.¹⁰ Nach einer kurzen Phase ebten die Kampagnen zum „Stadthaus“ dann auch rasch wieder ab. Ähnlich wie dem Stadthaus erging es auch dem neuen Typus der Stadtvilla. Abgesehen von einigen spektakulären Modellprojekten, wie beispielsweise den Stadtvillen in der Rauchstraße in Berlin-Kreuzberg, die im Rahmen der Neubau-IBA Berlin entstanden, konnte sich dieser modifizierte Typ der Bürgervilla, der Vorzüge des Einfamilienhauses mit denen des Mehrfamilienhauses vereinen sollte, ebenfalls nicht dauerhaft gegen suburbane Wohnformen behaupten.¹¹

Der dritte urbane Haustyp waren die sogenannten Lofts: Leerstehende, in ihrer Nutzungsmöglichkeit neutrale Gewerberäume wurden seit den 1980er Jahren auch

⁷ Josef Paul Kleihues und Heinrich Klotz (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Berlin 1987.

⁸ Aldo Rossi: Die Architektur der Stadt. Braunschweig und Wiesbaden 1973; Gerhart Laage: Das Stadthaus. Mehr als nur eine Bauform, Stuttgart 1979.

⁹ Akademie der Architektenkammer NRW und Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): Wohnen in der Stadt. Neue Wohnformen, München 1979.

¹⁰ Christian Holl und Johann Jessen: Aufwertung und Neubestimmung des innerstädtischen Wohnens seit den 1970er Jahren, in: Tilman Harlander u.a. (Hrsg.): Stadtwohnen. Geschichte-Städtebau-Perspektiven, München 2007, S. 238-309, hier: S. 283.

¹¹ Josef Paul Kleihues (Hrsg.): Schriftenreihe zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1984/87. Die Neubaugebiete. Dokumente, Projekte. Heft 7: Die Projekte, Berlin 1993; Günter Schlusche: Die Internationale Bauausstellung Berlin. Eine Bilanz, Berlin 1997.

in Deutschland für Wohnzwecke umgebaut.¹² Der Charme des Vergangenen, die nutzungs offenen Gestaltungsmöglichkeiten, der soziale Wandel (Kinderarmut) und die Reintegration von Wohnen und Arbeiten in die privaten Räume führten dazu, dass dieser Typus nicht mehr ausschließlich in Umnutzungsprojekten, sondern auch im Neubau Anwendung fand.¹³

Trotz der mit großem Engagement durchgeführten Modellprojekte und der neu entwickelten urbanen Gebäudetypen konnte zu diesem Zeitpunkt keine Trendumkehr zugunsten des Wohnens in der Stadt eingeleitet werden. Die niedrigen Bodenpreise in den Vorstädten und Landgemeinden, aber auch steuerpolitische Instrumente (Eigenheimzulage, Pendlerpauschale) und baupolizeiliche Regulierungen¹⁴ stärkten weiterhin den Prozess der Suburbanisierung. Der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“¹⁵ wurde zwar von Planern und ihrem politischen Umfeld geradezu rituell bestätigt und bekräftigt, in der Praxis gestaltete sich die Dynamik der Stadtentwicklung durch die fortgesetzte „Abstimmung mit den Füßen“ jedoch entgegengesetzt. Bis in die 1990er Jahre hinein wurden gerade von Familien weiterhin vorstädtische Lebenswelten bevorzugt, so dass der Prozess der Suburbanisierung entgegen politischen oder fachlichen Erwägungen ungebrochen verlief.¹⁶

¹² In der Bauwelt wurde seit Mitte der 1980er Jahre dieser Bautyp diskutiert. Bauwelt 19 (1985), S. 741-749. Marcus Field, Marcus und Mark Irving: Lofts, London 1999.

¹³ Gerd Kuhn und Christina Simon: Aktuelle Projekte in Deutschland, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnen im Eigentum in der Stadt, Stuttgart 2004, S. 63-197, hier: S. 148-151.

¹⁴ Am 1. Januar 2007 ist das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21. Dezember 2006 in Kraft getreten (Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 64 S. 3316). Mit diesem Gesetz wurde der politisch postulierte Grundsatz des Primats der Innenentwicklung erstmals auch baurechtlich umgesetzt.

¹⁵ Jessen, Johann: Städtebauliche Leitbilder, Entwicklungstendenzen. In: Gerd Künne Hans Dieter Steierwald und Walter Vogt (Hrsg.): Stadtverkehrsplanung. Grundlagen, Methoden, Ziele, Berlin, Heidelberg und New York 2005, S. 29-48.

¹⁶ Vgl. Gerd Kuhn: Suburbanisierung: Das Ende des suburbanen Zeitalters? In: IMS 2 (2002), S. 5-12; Deutsche Akademie für Landeskunde (Hrsg.): Suburbanisierung (Themenheft), Leipzig 2006; Tilman Harlander, u.a. (Hrsg.): Villa und Eigenheim – Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stuttgart und München 2001; Thomas Sieverts: Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig und Wiesbaden 1997; Klaus Brake, Jens S. Dangschat und Günter Herfert (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, Opladen 2001; Gerd Kuhn: Suburbanisierung in historischer Perspektive, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.): Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung. Bd. 4, Stuttgart 2006, S. 61-82. Neuere Forschungsprojekte - u.a. an der Hafencity Universität/ISR-Erkner, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und am „Ladenburger Kolleg“ – setzen sich intensiv u.a. auch mit erfahrungsgeschichtlichen Perspektiven der Suburbanisierung auseinander.

„Renaissance der Städte“

In den letzten Jahren hat sich nun, für viele Fachleute überraschend und zunächst schwer verständlich, ein Trendwechsel vollzogen, der eine neue Hinwendung zum Wohnen, Arbeiten und Leben in der Stadt indiziert. Dieser Prozess wird manchmal begeistert – und etwas vorschnell – bereits als „Renaissance der Städte“ gefeiert. Publikumszeitschriften stellen den „Triumph der City“ fest und betonen den „Abschied vom urbanen Pessimismus“.¹⁷ Bezeichnend und zugleich in besonderer Weise erklärungsbedürftig ist, dass dieser Prozess offensichtlich gleichzeitig in verschiedenen Ländern (beispielsweise in der Schweiz, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten) eingesetzt hat - trotz unterschiedlicher ökonomischer, sozialer und städtebaulicher Traditionen.¹⁸

Der Umbruch deutete sich hierzulande zunächst in den Ergebnissen verschiedener Wanderungsmotivbefragungen an:¹⁹ Erstmals seit Jahrzehnten wollten selbst junge Familien nicht mehr aus prinzipiellen Gründen die Städte verlassen. Wenn sie dennoch die Städte verließen, dann deshalb, weil sie in der Stadt keine Wohnungen finden konnten, die hinsichtlich der Größe, Qualität und vor allem der Kosten akzeptabel waren. Eine vergleichende Untersuchung, die am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) zu Wanderungsmotiven in Wohnquartieren in Leipzig und München durchgeführt wurde, bestätigte diesen Trend.²⁰ Der Umbruch zu einer neuen Akzeptanz des Wohnens in der Innenstadt beschränkt sich inzwischen nicht mehr nur auf die Großstädte, sondern hat inzwischen auch die Mittelstädte erfasst.²¹ Auch Studien mit einer grundsätzlich skeptisch-kritischen Haltung zum Trendwechsel²² bestätigen, dass weiterhin anhaltende Suburbanisierungsprozesse inzwischen kein Ausdruck der fortbestehenden Attraktivität der suburbanen Le-

¹⁷ Vgl. Tilman Harlander: Entwicklungswege des urbanen Wohnens, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Zukunftswerkstatt Wohnbau 2006, Ludwigsburg 2007. In europäischer, vergleichender Perspektive: Harald Bodenschatz (Hrsg.): Renaissance der Mitte. Zentrumsumbau in London und Berlin, Berlin 2005.

¹⁸ In England wird von „Urban Renaissance“ und in den USA von „Downtown Rebound“ gesprochen.

¹⁹ Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Hrsg.): Raus aus der Stadt? Untersuchung der Motive von Fortzügen aus München in das Umland 1998 – 2000 (Bearb.: IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik), Kurzfassung. München, Januar 2002; Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt: Ergebnisse der Zuzugs- und Wegzugsmotivbefragungen 1997 und 1998.

²⁰ Hasso Brühl u.a.: Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Difu-Beiträge zur Stadtforschung 41, Berlin 2005.

²¹ Stefan Holl und Monika Kollmar: Wohnen im Zentrum – Eine neue Chance für die Innenstädte, in: Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen (Hrsg.): Wohnen im Zentrum. Strategien für attraktive Stadt- und Ortskerne, Schwäbisch Hall 2006, S. 17-20.

²² Klaus Habermann-Nieße (Hrsg.): Was ist dran an der Reurbanisierung? Wohnen und Arbeiten in der Stadt, in: Wohnbund Informationen 1 (2006), S. 3-5.

bensweise und des suburbanen Eigenheims mehr seien, sondern vielmehr eine „Messgröße für die Knappheiten“ im Wohnungsangebot der Städte.²³

Als Gründe für den Trendwechsel werden verschiedene Punkte angeführt: So hat der Wandel der Haushaltstypen und die Differenzierung der Lebensstile das suburbane Lebensmodell in Frage gestellt. Bereits in den 1960er Jahren ironisierte Alexander Mitscherlich die vorstädtische Lebensweise und Geschlechterrollenzuweisung: „Man spricht von ‚Vorortgattinnen‘, die ihre City-Männer abends in der Gärtnerschürze als die ‚Zugereisten‘ auf der heimischen Scholle empfangen“.²⁴ Das Wohnen am Stadtrand stellt als „Hausfrauen-Modell“ des Wohnens - so Hartmut Häußermann - inzwischen einen Anachronismus dar.²⁵ Inzwischen sind auch angesichts demographischer Veränderung die klassischen Familien längst nicht mehr die dominante soziale Gruppe unter den „Stadtflüchtern“. In gegenläufige Richtung, zurück zur Stadt, oder als Argument gegen die Abwanderung wirkt das bessere Infrastruktur-, Versorgungs- und Dienstleistungsangebot in den Städten, das verschiedene soziale Gruppen anspricht, wie Alte, junge Mobile, Berufstätige aller Art, Studenten und Auszubildende. Insbesondere kommt dies aber berufstätigen Müttern und einer zunehmenden Anzahl von Alleinerziehenden zugute, da Nähe und Vielfalt an Versorgungseinrichtungen für Kinder eine zentrale Voraussetzung sind, um Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren.

Über die sozio-kulturellen Aspekte hinaus ist auch der zahlenmäßige Rückgang der Eigenheimnachfrager aus der „Pillenknick-Generation“ ein gewichtiger Faktor. Hartmut Häußermann spitzt diese Entwicklung etwas polemisch zu, indem er sagt: „Der Suburbanisierung geht sozusagen das Personal aus.“²⁶ Zudem sind ganz pragmatisch-ökonomische Gründe zu nennen, die das suburbane Modell in Frage stellen. So wird das Wohnen in der Peripherie durch den Abbau der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale steuerlich immer weniger privilegiert. Da die Pendelzeiten immer länger werden und dadurch zu steigenden finanziellen und zeitlichen Belastungen führen, stößt das Modell der Trennung von Wohnen und Arbeiten auch von daher an seine Grenzen.²⁷ „Glücksforscher“ haben zudem nach-

²³ Sigismund, Markus: Zurück in die Stadt? In: Bundesbaublatt 5 (2006), S. 14-16, hier: S. 16; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Innerstädtische Raumbeobachtung: Methoden und Analysen, Berichte Band 25, Bonn 2007.

²⁴ Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1965, S. 52-53.

²⁵ Hartmut Häußermann: Wandel des Wohnens. Die Rückkehr urbaner Wohnformen, in: Alexander von Vegesack und Jochen Eisenbrand (Hrsg.): Open house: Architektur und Technologie für intelligentes Wohnen, Weil am Rhein 2006, S. 209-225, hier: S. 223.

²⁶ Häußermann, Open house, S. 223.

²⁷ Grundeigentümer-Verband Hamburg (Hrsg.): Mobilitätskosten bei Eigenheimerwerb im Hamburger Umland (Studie), Hamburg 2006, S. 5.

gewiesen, dass das tägliche Pendeln die Zufriedenheit der Menschen deutlich vermindert und zwar umso stärker, je weiter der Weg zur Arbeit ist.²⁸

Den Weg zur „Renaissance der Städte“ bereiteten sicherlich auch die vielfältigen Maßnahmen im Rahmen der Programme zur Stadterneuerung vor. Durch diese Maßnahmen wurden die städtischen Wohnquartiere und öffentlichen Räume aufgewertet und die Städte wurden sauberer und leiser („verkehrsberuhigt“).

Seit einem halben Jahrhundert werden von Bürgern und Stadtforschern nicht nur die räumlichen Qualitäten der Einfamilienhausgebiete und der Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre (jene unwirtlichen „Monumente des Wohlfahrtsstaates“²⁹) in Frage gestellt, sondern auch die mit diesen städtebaulichen Entwicklungen einhergehende „Selbstverstörung unserer städtischen Kultur“ durch „Ausgliederung des Bürgers aus den städtischen Traditionen“³⁰ (Mitscherlich). Mit der Wiederentdeckung der Stadt als Wohn- und Arbeitsort wird, so die Annahme³¹, wieder der bürgerschaftliche Zusammenhalt in den Städten gestärkt. Bereits Anfang der 1990er Jahre forderte der Berliner Stadtforscher Hoffmann-Axthelm einen neuen Bürgervertrag³², der die Verantwortlichkeit und Selbstbestimmung der Stadtbürger wieder in den Vordergrund rückt. Mit dem Wunsch, das „eigene Leben“ zu realisieren, geht in der Gesellschaft der Zweiten Moderne eine Entbindung von traditionellen Milieus und Sicherheiten einher.³³ Neue Bauträgermodelle besonders im Südwesten Deutschlands, die sogenannten freien Baugemeinschaften, praktizieren eine neue urbane Kultur der selbstbestimmten individuellen und trotzdem gemeinschaftlichen Lebensführung und repräsentieren den Anspruch auf aktive politische Teilhabe.³⁴ Diese Entwicklungen verweisen darauf, dass der häufig vorzufindende Abgesang auf das Bürgertum und seine kulturelle Werte unzutreffend ist und dass vielmehr eine Transformation des „Kulturmodells Bürgerlichkeit“ stattfindet.³⁵

²⁸ Vgl. Bruno Frey: Nur kein Diktat, in: Die Zeit. Nr. 28 vom 5.7.2007.

²⁹ Thomas Sieverts: Städtebau und Großprojekte am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt (Hrsg.): Wege zur Unterneustadt, Kassel 2000, S. 11.

³⁰ Mitscherlich, Unwirtlichkeit unserer Städte, a.a.O., S. 38.

³¹ Vgl. Ulrich Hatzfeld und Franz Pesch (Hrsg.): Stadt und Bürger, Darmstadt 2006.

³² Dieter Hoffmann-Axthelm: Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrages, Frankfurt 1993, S. 198-202.

³³ Ulrich Beck: Eigenes Leben, München 1997; Ulrich Beck und Wolfgang Bonß: Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt am Main 2001.

³⁴ Gerd Kuhn / Stefan Krämer: Bauen mit Baugruppen, in: Deutsches Architektenblatt 2 (2007), S. 12-15.

³⁵ Manfred Hettling: Bürgerlichkeit im Nachkriegsdeutschland, in: Manfred Hettling (Hrsg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 7-37, hier: S. 13.

Wie in der Debatte um die „Europäische Stadt“³⁶ steht auch in der Debatte um die Reurbanisierung die Frage nach dem Verhältnis von Peripherie und Zentrum und nach den jeweiligen Qualitäten im Vordergrund. Während noch vor einem Jahrzehnt vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Durchsetzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien vom „Verschwinden der Städte“³⁷, von einer Enträumlichung und Virtualisierung³⁸ oder von dem „Tod der Distanz“³⁹ gesprochen wurde, richtet sich der Focus heute auf neue soziale Gruppen, insbesondere die „kreativen Klassen“⁴⁰, die nicht die zerstreuten und undifferenzierten Orte der Vorstädte suchen, sondern kompakte, sozial und funktional durchmischte Quartiere. Gerade die urbanen Quartiere, in denen Wohnen und Arbeiten in räumlicher Nähe möglich ist, werden – wie erste empirische Studien zeigen⁴¹ – als die Entwicklungskerne einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung betrachtet.

Stadtwohnen

Im Zuge der aktuellen Reurbanisierungsdebatte rücken Stadtforscher wieder das Stadtwohnen stärker ins Zentrum ihrer Betrachtungen. Es stellte sich dabei keineswegs nur die Frage nach zeitgemäßen urbanen Gebäudetypen⁴², Wohnweisen oder

³⁶ Friedrich Lenger und Dieter Schott: Die europäische und die amerikanische Stadt seit dem 19. Jahrhundert: Geschichtsbilder-Leitbilder-Trugbilder, in: IMS 1 (2007), S.5-10; Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde: Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung - Entwicklung – Erosion, Köln 2006; Werner Rietdorf (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts, Berlin 2001; Walter Siebel: Die europäische Stadt, Frankfurt 2004.

³⁷ Thomas Krämer-Badoni: Das Verschwinden der Städte. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen (mit Werner Petrowsky). Forschungsberichte der ZWE „Arbeit und Region“ Nr. 8 (1997).

³⁸ William J. Mitchell: City of Bits: Leben in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Basel, Boston und Berlin 1996.

³⁹ Frances Cairncross: The Death of Distance. How the communications revolution will change our lives. Cambridge MA 1997.

⁴⁰ Michale Fritsch und Michael Stützer: Die Geographie der Kreativen Klasse in Deutschland, in: Raumforschung und Raumordnung 1 (2007), S. 15-29; Richard Florida: The rise of the Creative Class, New York 2002; Dieter Läßle: Das Internet und die Stadt – Virtualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse? In: Walter Siebel (Hrsg.): Die europäische Stadt, Frankfurt am Main 2004, S. 406-421; Martina Hessler: Die kreative Stadt. Zur Neuerfindung eines Topos, Bielefeld 2007; Vgl. zu Stadt und Medien den Forumbeitrag von Clemens Zimmermann, IMS 1 (2007), S. 70-85. Kultur als Standort- und Produktivfaktor wurde auch auf der GSU-Tagung „Culture, Economy, and the City“ im Februar 2007 in Saarbrücken behandelt.

⁴¹ Gemeente Amsterdam / Dienst Ruimtelijke Ordening: Productiemilieus van de creative industrie in Amsterdam, Amsterdam 2006.

⁴² Georg Adlbert: Chancen für das Wohnen in der Stadt, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnbauen in

Eigentumsverhältnissen⁴³, sondern auch, warum in Deutschland oftmals andere Wege beschritten wurden als in den Nachbarländern.

Während die Geschichte des Wohnens von Arbeitern, des städtischen Notwohnens, die unterschiedlichen Formen des städtischen sozialen Wohnungsbaus und das suburbane Wohnen in den Villenvierteln relativ gut aufgearbeitet sind,⁴⁴ fehlten Längsschnittuntersuchungen zum Stadtwohnen gerade jener sozialen Gruppen, die die finanzielle Freiheit hatten, ihren Wohnstandort frei zu bestimmen. Die Frage, welche städtebaulichen, rechtlichen, wohntypologischen und sozialen Faktoren das Wohnen dieser sozialen Gruppen in den Städten förderten oder behinderten, wurde in einer soeben abgeschlossenen, von der Wüstenrot-Stiftung geförderten Untersuchung zum Stadtwohnen⁴⁵ behandelt.

Über Jahrhunderte hinweg war das Zentrum als Ort der politischen Machtdarstellung und der kulturellen Repräsentation in den europäischen Städten der bevorzugte Wohnort gesellschaftlicher Eliten. Mit den „Entfestigungen“ der Städte, die im 17. Jahrhundert in Deutschland vereinzelt begonnen und nach 1800 auf breiter Front weitergeführt wurden, büßte das Stadtwohnen im Zentrum seine frühere Bedeutung ein. Die Wohnwünsche des Bürgertums führten aber keineswegs dazu, dass sozial privilegierte Schichten generell suburbane Wohnverhältnisse in den Villenkolonien oder die Gartenstadt bevorzugten. Stadtfucht des wohlhabenden Bürgertums bedeutete vorrangig eine Ablehnung und eine daraus resultierende Abwanderung aus den historischen Altstädten.

In Europa entwickelten sich im 19. Jahrhundert zwei grundlegend verschiedene Modelle des gehobenen Stadtwohnens. Für beide Modelle stehen exemplarisch Paris und London: In Paris, wo die mittelalterlichen Stadtmauern bereits Ende des 17. Jahrhunderts abgerissen worden waren, konzentrierte sich die Bevölkerung noch Anfang des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet der ursprünglichen Bebauung. Weit über Frankreich hinaus prägend wurden im 19. Jahrhundert die Planungen zur Umgestaltung (Straßendurchbrüche) der gewachsenen Stadt und zur kompakten

Deutschland, Ludwigsburg, Stuttgart und Zürich 2002, S. 104-123.

⁴³ Wüstenrot-Stiftung (Hrsg.): Wohneigentum in Europa (Bearb.: Karin Behring und Ilse Helbrecht), Ludwigsburg 2002; Günther Schulz: Zur Sozialgeschichte des Wohneigentums, in: Schwäbisch-Hall-Stiftung (Hrsg.): Kultur des Eigentums, Berlin und Heidelberg 2006, S. 369-376; Johann Jessen und Christina Simon: Urbanes Wohnen – Wohnen im Eigentum? Stadtstrukturelle Gegensätze und städtebauliche Annäherungen, in: Forum Wohneigentum 3 (2000), S.86-92.

⁴⁴ Adelheid von Saldern: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995; Hans J. Teuteberg und Clemens Wischermann: Wohnalltag in Deutschland 1850-1914, Münster 1985. Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bände. 3, 4 und 5, Stuttgart 1997-1999.

⁴⁵ Tilman Harlander (Hrsg.), gem. m. Harald Bodenschatz, Gerhard Fehl, Johann Jessen und Gerd Kuhn: Stadtwohnen. Geschichte-Städtebau-Perspektiven, München 2007.

Stadterweiterung unter Haussmann.⁴⁶ In London hingegen wurde nicht der Weg der kompakten Stadterweiterung und Aufwertung beschritten, sondern diese Stadt expandierte vielmehr in die Peripherie, nahm weiträumig eine mehrkernige Struktur an und gilt somit als Pionierstadt der Suburbanisierung.

Zur Entfaltung des bürgerlichen Lebens benötigten die neuen urbanen Wohnquartiere für jene städtischen Schichten, die ihren Wohnstandort wählen konnten, standesgemäße Einrichtungen, wie Schulen, Kultureinrichtungen, aber auch Parks. Trotz erster Überblicksdarstellungen sind unsere Kenntnisse über die urbane Wohn- und Alltagskultur in den neuen bürgerlichen Wohnquartieren im 19. Jahrhundert noch defizitär.⁴⁷ Die Notwendigkeit, europäische Erfahrungen des Stadtwohnens einzubeziehen, ergibt sich auch aus dem Umstand, dass nach 1900 die Möglichkeiten zur Schaffung von urbanem Wohneigentum sich in Deutschland ganz anders als im europäischen Ausland entwickelten. Während in Deutschland das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) die Schaffung des „überkommenen“ Stockwerkeigentums in Deutschland verhinderte, war in z.B. Italien oder Frankreich, gerade der Ausbau von städtischem Etagenwohnungen im Eigentum charakteristisch. Im Ergebnis führte dies dazu, dass innovative innerstädtische Wohnprojekte in der gesamten Zwischenkriegszeit fast ausnahmslos im Ausland entstanden und Deutschland von dieser Entwicklung abgekoppelt war. Erst mit der Verabschiedung des Wohneigentumsgesetzes von 1951 war die Bildung von städtischem Wohneigentum in nennenswertem Umfang wieder möglich. Diese Tatsache trug maßgeblich zu der niedrigen Wohneigentumsquote in Deutschland bei.

Da mit der derzeit vorherrschenden Konzentration auf urbane Mittelschichten zweifellos eine Aufwertung des Wohnens von begüterten sozialen Gruppen in der Stadt erfolgt, sollten die sozialen und räumlichen Auswirkungen dieser Entwicklung für das Stadtwohnen benachteiligter und von einem weiteren Marginalisierungsschub bedrohter Gruppen im Blick behalten werden. Wenn der „Mensch der Zukunft ein Städter“ sein wird, so ist auch zu fragen, wo jene Menschen leben werden, die sich das Stadtwohnen zukünftig nicht mehr leisten können.⁴⁸

Dr. Gerd Kuhn, Wiss. Mitarbeiter am Institut Wohnen und Entwerfen der Universität Stuttgart, gerd.kuhn@iwe.uni-stuttgart.de

⁴⁶ David Jordan: Die Neuschaffung von Paris. Baron Haussmann und seine Stadt, Frankfurt am Main 1996.

⁴⁷ Einige kultur- und kunstgeschichtliche Forschungen haben die Debatte bereichert, beziehen sich aber nicht primär auf die urbanen Wohnverhältnisse: Richard von Dülmen (Hrsg.): Entdeckung des Ich, Köln, Weimar und Wien 2001; Hans Ottomeyer, Klaus Albrecht Schröder und Laurie Winters (Hrsg.): Biedermeier. Die Erfindung der Einfachheit, Ostfildern 2006.

⁴⁸ Vgl. Birgit Ochs: Der Mensch der Zukunft ist Städter, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11. Nov. 2007, Immobilien V17.

„Stadt-Ökonomie – Stadt-Vergnügen – Stadt-Natur“

*Nachwuchstagung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und
Urbanisierungsforschung Offenbach, Hochschule für
Gestaltung, 29.-30. Juni 2007
(Tagungsbericht)*

Die von *Martina Hessler* im Namen der GSU veranstaltete Nachwuchstagung versammelte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem Ziel, einschlägigen Dissertations- und Habilitationsprojekten aus der historischen und interdisziplinären Stadt- und Raumforschung ein Forum zu bieten und Diskussionen anzuregen. Die zwei Wochen vorher verschickten Tagungspapiere dienten sowohl als Ergänzung für die Präsentationen als auch als Grundlage für intensive Diskussionen. Die Hochschule für Gestaltung in Offenbach am Main mit ihren hellen und großzügigen Räumen bot ein angenehmes Umfeld und optimale Voraussetzungen für die Präsentationen.

Clemens Zimmermann begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellte kurz die GSU vor, die unter anderem die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zum Ziel hat. Er stellte außerdem die IMS vor und leitete die drei Themenfelder Stadt-Ökonomie, Stadt-Vergnügen und Stadt-Natur ein. Die ineinander verschränkten und nicht klar voneinander zu trennenden Felder spiegelten sich in den einzelnen Beiträgen jeweils unter unterschiedlicher Perspektivsetzung wider.

Martina Fendt aus *Braunschweig* referierte als erste über „städtische Freiräume in der Nachkriegszeit“. Ausgehend vom Konzept der „durchgrüneten Stadt“ stellte sie die Gestaltung städtischer Freiräume in der Nachkriegszeit dar und problematisierte die angewandten Gestaltungsprinzipien im Kontext ihrer Leitbilder. Die an die Charta von Athen angelehnte Planungspolitik, an Stelle von privaten Gärten öffentliche Grünflächen zu schaffen, wurde sowohl funktional als auch gestalterisch als Wunsch nach einer klaren Ordnung des Raums interpretiert und mit der gegen-

wärtigen städtebaulichen und sozialen Realität in (groß-) städtischen Kontexten kontrastiert. Abschließend wurden ausblickhaft die ideologischen Prägungen des Freiraumbegriffes im Kontext personeller und paradigmatischer Kontinuitäten des NS in der Bundesrepublik thesenartig dargestellt.

In ihrem Beitrag erörterte *Kristina Vagt* aus *Hamburg* die „Internationalen Gartenbauausstellungen als Instrument der städtischen Imagepolitik“. Die bisher kaum aus historischer Perspektive untersuchten „Blümchenolympiaden“ wurden anhand der Frage untersucht, wie die ausrichtenden Städte diese „als Plattform der Selbstdarstellung“ konzipierten und welche Debatten sich in Fachkreisen und Öffentlichkeit entwickelten. Hatte Lucius Burckhardt noch Anfang der 1970er Jahre geglaubt, die Zeit der Gartenschauen sei vorbei, da es sich lediglich um „schöne und unpolitische Ereignisse“ handelte, erlebte die Internationale Gartenausstellung 1973 in Hamburg einen Aufschwung, indem sie sich zum Ziel setzte, der „Krise der City“ zu begegnen. Gartenschauen seien deshalb als wesentlicher Bestandteil des Instrumentariums von Stadtpolitik zu betrachten, denen neben städtebaulichen Lösungen für problematische Bereiche im Stadtraum über die Ausstellungsdauer hinaus ökonomischer Aufschwung und Belebung des Tourismus zugeschrieben werden.

Vera Vicenzotti aus *München* analysierte die „Stadt-Wildnis“ innerhalb der gegenwärtigen stadt- und landschaftsplanerischen Diskussion um die „Zwischenstadt“ (Sieverts 1997). Aufgrund der Beobachtung, dass Stadt und Wildnis zunächst einen Gegensatz darstellen („Stadt als Schutz vor der Wildnis“), lieferte die „Zwischenstadt“ den Ausgangspunkt für die Betrachtung der „räumlichen Auflösungserscheinung der Städte“ unter dem Aspekt von „Wildnis“. Unter Rückgriff auf Webers „Idealtypen“ stellte sie ihre Typisierung von Planungs- und Gestaltungspositionen im Umgang mit der Zwischenstadt vor, die in der Triade von Zwischenstadt-Gegnern, Qualifizierern der Zwischenstadt und Euphorikern der Zwischenstadt ausgemacht werden könne.

Der nächste Beitrag thematisierte das Verhältnis zwischen Metropole, Theater und Bürgertum am Beispiel Berlins. *Stefanie Wazka* aus *Mainz* konstatierte ein Wechselverhältnis zwischen „Theater“ und „Metropole“ und untersuchte den Einfluss des Theaters auf die Stadtentwicklung und das Berliner Bürgertum. Der für die Metropole charakteristische „strukturelle Reichtum an materiellen wie kulturellen Ressourcen“ (Reif 2006) ließ Berlin zu einem kulturellen, politischen wie auch wirtschaftlichen Knotenpunkt werden, doch hatten die Urbanisierungswellen ihrerseits Konsequenzen für die Entwicklung des Berliner Bürgertums. Unter Rückgriff auf die Transformation eines substanziell zu fassenden Bürgerbegriffs hin zu seiner Neudefinition aufgrund umfassender sozialer Verschiebungen könne

andererseits auch die „Verbürgerlichung“ des Theaters ausgemacht werden. Wurde einerseits aus einem bildungsidealistischen Verständnis vom Theater als ‚moralischer Anstalt‘ (Schiller) der Wunsch des Publikums nach Unterhaltung durch das Theater negativ gewertet, so interpretierte die Referentin auf der anderen Seite den bürgerlichen Wunsch nach Unterhaltung durch die Institution Theater auch als Ort der Identitätsfindung eines neuen Bürgertums, das sich über kulturellen Konsum definierte. Die Diskussion kulminierte in der Frage nach dem Bürgerlichen am Theater bzw. dem Theatralischen am Bürgertum sowie nach der kulturellen Zentralität Berlins.

Nach den vier Vorträgen und mitunter sehr kontroversen Diskussionen des ersten Tages stand die Mitgliederversammlung der GSU auf der Tagesordnung, die offen für Gäste war und den ReferentInnen einen Einblick in die Arbeit der Gesellschaft ermöglichte. Ein gemeinsames Abendessen rundete den ersten Tag kulinarisch ab.

Martin Rühlemann aus *Köln* leitete den zweiten Teil der Tagung mit seinem Vortrag über „neue städtische und kommerzielle Vergnügungskultur Ende des 19. Jahrhunderts in München“ ein und referierte über Varieté, Stadtentwicklung und urbane Identität. Unter Rückgriff auf Löws Raumbegriff stellte er die Produktion und Aneignung von Raum ins Zentrum seines Verständnisses von Stadt und der Erforschung ihrer Geschichte. Thematisch an den letzten Vortrag des Vortages anknüpfend, wurde die Zuwanderung vor allem junger Menschen in die süddeutsche Metropole mit der Entstehung und Verbreitung von konsumkulturellen Massenveranstaltungen in Zusammenhang gebracht. Als spezifisch städtische und kommerzielle Vergnügungsform sei das Varieté maßgeblich an der Herausbildung urbaner Identität beteiligt gewesen, die sowohl zu einer Ausdifferenzierung zwischen Stadt und Land führte als auch zu neuen Disziplinierungstechniken im Zuge der Staatengründung.

Der urbane Raum als Raum der Konsumtion stand auch im Zentrum des Beitrages von *Anna Richter* aus *Leeds*, die anhand der These von der „Touristifizierung des Bürgers“ das sich wandelnde Verhältnis zwischen dem bürgerlichen Subjekt und dem politischen Konstrukt „Stadt“ erörterte. So könne gegenwärtig ein Wandel vom Bürger zum Kunden ausgemacht werden, wobei der Tourist als Kunde par excellence anzusehen sei. Unter Bezugnahme auf zwei theoretische Überlegungen stellte sie einerseits das Verschwinden kritischer Perspektiven aus dem akademischen Diskurs über die Stadt und aus der stadtplanerischen Praxis fest und wies andererseits auf die Verbreitung unklarer Begriffe bzw. „fuzzy concepts“ hin, die für die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Entwicklungen politisch bedeutsame Konsequenzen habe. So diene nicht zuletzt das Motto Liverpools als Europäische

Kulturhauptstadt 2008 – „The World in One City“ – als Legitimationsstrategie einer unternehmerischen Stadtentwicklung, qua Instrumentalisierung des urbanen Events neue Formen sozialer Kontrolle und Privatisierung des öffentlichen Raums zu etablieren. In der anschließenden Diskussion wurde vor allem der Bürgerbegriff diskutiert, der weniger der historischen Entwicklung des Bürgertums entlehnt war, sondern auf den Stadtbewohner und damit auf das städtische Subjekt abzielte.

Andreas Loring aus *Darmstadt* referierte über Stadt- und Luftverkehr in Deutschland und rückte die zentrale Bedeutung des Verkehrs für die Entwicklung der Städte ins Zentrum des Interesses. So beschrieb er Flughäfen als urbane Zentren, obwohl sie der Idee von Urbanität gleichzeitig diametral widersprächen. Unter Rückgriff auf Kasardas Begriff der „Aerotropolis“ stellte er die Bedeutung auch kleinerer Flughäfen für die regionale Planung dar, die in Deutschland etwa in Bremens Airport Stadt oder Frankfurts und Münchens Airport Cities an der Standortentwicklung des tertiären Sektors im Bereich der Hochtechnologie ersichtlich werde. Die Potenziale der luftverkehrsinduzierten Stadtentwicklung lägen dabei im Spannungsfeld zwischen ökonomischen Chancen und ökologischen Risiken, die zur zentralen Arbeitshypothese verdichtet wurde: Könne einerseits der Luftverkehr als Motor einer Suburbanisierung und Ansiedlung zahlreicher Wirtschaftsbetriebe verstanden werden, seien andererseits die steigende Umweltbelastung und daraufhin gesetzlich bestimmte Siedlungsbeschränkungen als Ausdruck einer sozialen Segregation im Umfeld von Flughäfen anzusehen.

Anschließend untersuchte *Aline Steinbrecher* aus *Zürich* „Hundeverordnungen als Form der Zivilisierung frühneuzeitlichen Stadtraums“. Anhand der Hundehaltung sowie der von den Obrigkeiten erlassenen Regelungen ging sie auf das sich wandelnde Verhältnis des Zusammenlebens zwischen Menschen und Tieren in städtischen Kontexten ein. So stand zum einen die Transformation vom Nutz- zum Lusttier bzw. Haustier im Mittelpunkt, die mit der Formierung städtischer und adliger Eliten einherging. Unter Berücksichtigung diverser Quellen wie Darstellungen städtischen Lebens, kirchlichen Ornamenten und Kinderbüchern könne die Haustierhaltung in der frühneuzeitlichen Periode als genuine Entwicklung von sozialer, psychologischer und sogar ökonomischer Bedeutung gesehen werden, die auch Erkenntnisse über das bürgerliche Selbstverständnis ermögliche. Diverse Spannungsverhältnisse wie Stadt – Natur (bzw. Land), Gefahr – Schutz und romantische Sehnsucht – urbane Industrialisierung ließen sich anhand der Hundehaltung als spezifische Disziplinierungsunternehmungen verstehen, die gegenwärtig in der Kampfhunddiskussion eine neue Aktualität erfahren würden.

Im letzten Beitrag zeichnete *Heike Weber* aus *Darmstadt* „Wege und Orte des Mülls 1870 - 1970“ nach, wobei sowohl die Herausbildung des Müllsystems als

technische Infrastruktur als auch die sich verändernden Lebensweisen und ein sich wandelnder Umgang mit Gegenständen, ihrer Entsorgung oder Wiederverwendung betrachtet wurde. Am Beispiel von Frankfurt am Main untersuchte sie die drei ineinander greifenden Forschungsstränge Müllgeschichte, Stadt- und Infrastrukturge-schichte sowie Konsumgeschichte und skizzierte eine „Topologie des Mülls“. Unter Bezugnahme eines Denkens in Stoffströmen erläuterte die Referentin ihre holistische Perspektive, die eine systemische Betrachtung von Müll erweitert und den Warenstrom als über die Entsorgung des Abfalls hinaus betrachtet. Neben der histo-rischen Analyse der Entstehung des Reste-Managements und der Berücksichtigung räumlicher, materieller und zeitlicher Dimensionen des Mülls wurde außerdem der consumer citizen und der Umgang einer Gesellschaft mit dem Müll in Hinsicht auf normative Ordnungsmuster der Alltagswelt problematisiert.

Insgesamt trafen auf der Tagung Beiträge mit unterschiedlichen Bezügen zur Stadt zusammen, die in ihrer Bandbreite das jeweils Besondere allgemeiner gesell-schaftlicher Entwicklungen im urbanen Raum artikulierten. Die durchaus kontro-versen theoretischen und disziplinären Hintergründe der TeilnehmerInnen eröffne-ten dabei einen Überblick sowohl zu aktuellen Debatten im Forschungsbetrieb als auch zu Positionen und Ansätzen, die in ihrer Gesamtheit fast eklektisch das histo-risch Gewachsene der europäischen Stadt und des Diskurses über sie wieder-spiegeln. Die interdisziplinäre Tagung gab nicht nur Gelegenheit zur Reflexion über Fachgrenzen, sondern verdeutlichte auch, wie stark Theorie und Praxis, Kritik und Erfahrung im Gegenstand – in der Stadt, ihrer Ökonomie, dem Vergnügen an ihr und (in) ihrer Wildnis – ineinander verschränkt zum Ausdruck kommen.

Anna Richter, Leeds Metropolitan University, A.Richter@leedsmet.ac.uk

Society for American City and Regional
Planning History –
*Twelfth National Conference on Planning History, Portland,
Maine (25.10.-28.10.2007)*
(Tagungsbericht)

Die gemeinsam von der „Society for American City and Regional Planning History“ (SACRPH) und der „Northern New England Chapter der American Planning Association“ organisierte Tagung in Portland, Maine, brachte Stadtplaner und Historiker zum Austausch über aktuelle Trends der Stadtentwicklung und deren historische Hintergründe zusammen. Die Konferenz begann mit einem Symposium zu „urban waterfronts“, das sich explizit mit der Situation Portlands befasste. In der Diskussion, an der sich auch zahlreiche Aktivisten aus der gastgebenden Stadt beteiligten, wurde deutlich, dass der Zugang zum Wasser ein kontroverses lokalpolitisches Thema sein kann. Die äußerst lebhafteste Debatte entzündete sich an der Dominanz des Leitbilds, Ufer als bevorzugte Wohnlagen oder als Erlebnisräume zu entwickeln. Eine Gruppe lokaler Unternehmer wies auf die unverändert große Bedeutung von Häfen als Schnittstellen internationaler Güterströme und den Beitrag maritimer Industrie zur wirtschaftlichen Entwicklung Portlands hin. Beides werde durch die aktuellen Trends der Stadtplanung ungerechtfertigt in den Hintergrund gedrängt, so die Kritiker. Die für wissenschaftliche Tagungen ungewöhnliche Konfrontation wirkte belebend auf den weiteren Verlauf der Konferenz und unterstrich die Notwendigkeit, in der Planungspraxis langfristige historische Entwicklungslinien zu berücksichtigen.

Gegenstand programmatischer Diskussionen der Tagung waren dann aber nicht die „urban waterfronts“, sondern das Trendthema US-amerikanischer Stadtforschung: das unregelmäßige Wachstum von Metropolregionen. Ausgehend von der Debatte um „world cities“ werden nun die Auswirkungen der räumlichen Konzentration wirtschaftlicher Aktivität auf das Umland zu einem neuen Forschungsdesiderat erklärt. Die aktuellen Entwicklungen in den Agglomerationen des Sun Belts, wie Atlanta, Houston oder Los Angeles, aber auch im atlantischen Städteband zwischen Boston und Washington, geben Anlass, Fragen nach Städtewachstum, Subur-

banisierung und Sprawl aus Perspektive der Region neu zu stellen. Die Bedeutung dieses Forschungsfeldes unterstrich Greg Hise in seiner SACRPH Presidential Address: „Whither the Region, or Why Ought There to Be an 'R' in SACRPH“. Er argumentierte, dass die Forschung zu Regionen trotz der gestiegenen Notwendigkeit de facto zurückgegangen sei und dass auch in der amerikanischen Öffentlichkeit das Regionalbewusstsein immer stärker verblasse. In der anschließenden Diskussion wurde auch deutlich, dass nicht alleine der Mangel auf die Region bezogener historischer Arbeiten beklagt wird, sondern die allgemeine Vernachlässigung der Regionalplanung in den USA. Insofern waren die Stellungnahmen auch ein Plädoyer für eine Stärkung der Regionalplanung, um das bisher ungehemmte Wachstum der Metropolregionen lenken zu können.

Während im Anschluss an die Presidential Address zukünftige Forschungsfragen diskutiert wurden, reflektierten die insgesamt 53 Sektionen eine Vielzahl von Ergebnissen und Zwischenständen bisheriger Arbeiten. Die Mehrheit der behandelten Themen läßt sich grob drei Schwerpunkten zuordnen. Einige umweltgeschichtlich orientierte Beiträge schlossen sich unmittelbar an die Auseinandersetzung mit „urban waterfronts“ an. Mehrere Sektionen thematisierten Aspekte der wechselseitigen Abhängigkeit von Natur und Stadt, angefangen beim städtischen Grün über „Planning for Tourism“ bis hin zu „Planning after Disaster“, wiederum ergänzt durch hochaktuelle Probleme wie: „Locating Wind Power Facilities“. Ein zweiter Themenkomplex kreiste um die Frage nach Exklusion und Integration in der Stadtplanung. In der US-amerikanischen Forschung dominiert in dieser Hinsicht immer noch die Kategorie „Race“ als Trennlinie zwischen Afro-Amerikanern und Weißen – Sektionen wie „Baltimore '68 Riots and Rebirth“ zeugten davon. Unterdessen kamen z.B. Gender Aspekte nur am Rande vor und es wurde offen bemängelt, dass die Situation der wachsenden Latino-Gemeinschaft in den USA praktisch nicht erforscht würde. Angestoßen durch eine aktuelle Debatte um das Wirken des New Yorker Stadtplaners Robert Moses hatte allerdings die Frage nach Rassismus in der Stadtplanung vor den 1960er Jahren eine neue Richtung bekommen, die auch auf der SACRPH-Konferenz zur Sprache kam. Darin setzt sich eine zunehmend differenzierte Bewertung liberaler Reformpolitik der 1940er und 1950er Jahre durch. Nicht rassistische Intentionen, Kernpunkt bisheriger Kritik, seien Planern wie Moses anzukreiden, sondern dass sie existierende Segregation als Planungsgrundlage hinnahmen. Die Stadterneuerungsmaßnahmen der 1950er und 1960er Jahre als dritter Schwerpunkt der Tagungsbeiträge scheinen ebenfalls ein erneuertes Interesse geweckt zu haben. Eng mit den Fragen nach Exklusion und Integration verbunden, werden die Ergebnisse der bisherigen Forschung, die sich auf staatliche Interventionen konzentriert hatte, vermehrt auf Basis lokaler Fallstudien hinterfragt.

„Rethinking the Federal Bulldozer“, so der Titel einer Sektion, umfasst dabei sowohl die Aufarbeitung der Fehlschläge früher Flächensanierungen als auch die anschließende Suche nach Alternativen etwa im „Community Development“ oder in Versuchen in Richtung „Lighting Up Main Street“.

In allen Bereichen, sei es in der umweltgeschichtlich orientierten Stadtforschung oder in der weiterhin aktuellen Suche nach Wegen zur Integration, wirkte sich die Kooperation von Planern und Historikern bei der Gestaltung der SACRPH-Tagung äußerst positiv auf die Diskussionen in den einzelnen Sektionen aus. Das breite Spektrum an Teilnehmern forderte dazu heraus, Fragestellungen und Thesen über die Grenzen des jeweiligen Fachgebiets hinaus zu rechtfertigen. Deutlich geringer war dagegen die Anzahl derer, die die geographischen Grenzen Nordamerikas überschritten. Zwar kamen vor allem transatlantische Zusammenhänge durchaus in den Blick einzelner Präsentationen, aber die Mehrzahl der Beiträge war auf die USA fixiert. Für die weitere Entwicklung planungsgeschichtlicher Forschung in den USA bleibt abzuwarten, in wie weit die Forderung, sich verstärkt der Entwicklung von Metropolregionen zu widmen, Wirkung zeigt. In Hinblick auf die Aktualität der vielfältigen Probleme des ungeplanten Städtewachstums in diesen Regionen ist zu vermuten, dass zur nächsten SACRPH-Konferenz in zwei Jahren erste Zwischenberichte dazu vorgestellt werden.

Sebastian Haumann, Doktorand am Graduiertenkolleg „Topologie der Technik“, Technische Universität Darmstadt, haumann@pg.tu-darmstadt.de

„The Nationalization of Cities in the 20th Century. East Central Europe and Palestine/Israel Compared.”

Berlin, 17.-18.09.2007

(Konferenzbericht)

Die im Rahmen des Forschungsprojekts „Out of place: Ethnic Migration, Nation State Formation and Property Regimes in Poland, Czechoslovakia and Israel“ der German-Israeli Foundation (GIF) organisierte Konferenz, die im September 2007 am Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas stattgefunden hat, beschäftigte sich mit der Nationalisierung von Städten in Mittelosteuropa und Palestina/Israel im 20. Jahrhundert. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Marga- und Kurt-Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.

Der im Konferenztitel verwendete Begriff „Nationalisierung“ bezeichnet zwei eng miteinander in Verbindung stehende Phänomene: Er bezieht sich zum einen auf die Umwandlung von ursprünglich multinationalen in ethnisch beinahe homogene Städte im Kontext der zwei Weltkriege in Polen, der Tschechoslowakei und Israel. Zum anderen schließt er auch die Übertragung von Eigentum im Zusammenhang mit Nationalstaatsbildungen und daraufhin folgender ethnischer Migration in diesen Städten mit ein. Ein weiteres Thema der Konferenz war die Erforschung kultureller und rechtlicher Aspekte von Eigentumsaneignungen im Kontext von Nationalstaatsbildungen.

Philipp Ther (Florenz / Frankfurt an der Oder) eröffnete die Konferenz mit einem Vortrag über die neue Bedeutung der Stadtgeschichtsschreibung seit 1989: Während sie bis zum Zusammenbruch des Sozialismus der nationalen Geschichtsschreibung untergeordnet gewesen war, kam es mit dem Aufbrechen des national-kommunistischen Paradigmas in der Geschichtsschreibung seit den 80er Jahren zu einer Diversifizierung in der Herangehensweise an Stadtgeschichte. Unter Bezugnahme auf die gegenwärtig sehr populäre Erinnerungsforschung stellte er fest, dass Stadtgeschichte eine geeignete Ebene darstellen könnte, um Zusammenhänge zwischen Eigentumsübertragungen und Erinnerung nachzuzeichnen und um die Nebeneinanderstellung von nationalen Erinnerungskulturen zu überwinden.

Die Einleitung zu den rechtlichen Aspekten des Konferenzthemas übernahm Dieter Gosewinkel (Berlin) mit seinem Vortrag über die Funktion und die soziale Bedeutung von Eigentum. Er ging von dem liberalen Eigentumsbegriff des 19. Jahrhunderts aus, der ein allgemeines, international gültiges Recht auf Privateigentum unabhängig von Nationalität und Staatsbürgerschaft konstatiert habe und dann in Folge der zwei Weltkriege immer stärker relativiert worden sei.

Anschließend wurden vier Fallstudien zur nationalen Aneignung von städtischem Raum vorgestellt: Yfaat Weiss (Haifa) porträtierte die israelische Stadt Haifa, in der das zerbrechliche Gleichgewicht von arabischer und jüdischer Bevölkerung durch den Unabhängigkeitskrieg von 1948 zerstört wurde. Ein weiteres Beispiel aus Israel wurde von Danna Pirovansky (Haifa) vorgestellt, die sich mit der Enteignung und Umverteilung materiellen Eigentums in der ehemals arabischen Stadt Ramle – dem heutigen Ramla - in den unmittelbaren Nachkriegsjahren 1948 bis 1950 beschäftigte. Es wurden in diesen Umbruchsjahren kaum Versuche gemacht, das Eigentum der zum Großteil geflohenen oder vertriebenen arabischen Bewohner zu schützen; der öffentliche Diskurs konzentrierte sich stattdessen vor allem auf den neuen Eigentümer, den Staat Israel, und auf Fragen der „gerechten“ Verteilung der Güter unter den neuen Immigranten.

Im nächsten Beitrag illustrierte Anna Moskal (Frankfurt an der Oder) die Nationalisierung der Stadt Posen am Beispiel des ehemals deutschen Stadttheaters, einer Institution, die einem zweifachen Nationalisierungsprozess ausgesetzt war: Auf lokaler Ebene konzentrierte man sich auf die Verwandlung der deutschen in eine polnische Kultureinrichtung, während man sich auf staatlicher Ebene um die Verstaatlichung dieser bedeutendsten kulturellen Institution der Stadt bemühte. Iris Engemann (Frankfurt an der Oder) präsentierte ein analoges Beispiel aus Bratislava: Hier war das städtische Theater ein Brennpunkt des Kampfes verschiedener ethnischer Gruppen um die politische und kulturelle Vormachtstellung in der Stadt.

Der zweite Konferenztag war rechtlichen Aspekten von Nationalisierungsprozessen gewidmet: Jeremy Forman (Haifa) eröffnete seinen Vortrag mit einem historischen Überblick über die Entwicklung des Bodenrechts in Palästina/Israel; anschließend analysierte er die interne Diffusion von Gesetzen über Landeigentum am Beispiel rechtlicher Normen, die während der Regelung der Eigentumsverhältnisse („settlement of title“) in Galiläa in den 1950er Jahren entstanden sind und später auch in anderen Gegenden, wie dem Westjordanland und der Negev angewandt wurden. Das Beispiel der Negev wurde von Sandy Kedar (Haifa) aufgenommen, der die räumlich-rechtliche Position der Negev-Beduinen in den Auseinandersetzungen um Eigentumsrechte diskutierte. Er machte in seinem Vortrag deutlich, dass „settlement of title“ vom Staat Israel mit dem Ziel der Landüber-

nahme instrumentalisiert worden war.

Dieter Gosewinkel (Berlin) und Stefan Meyer (Berlin) widmeten ihren gemeinsamen Vortrag dem rechtlichen Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Eigentumsrechten in Polen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Obwohl das Staatsbürgerschaftsrecht in beiden Zeiträumen auf die Enteignung der deutschen Bevölkerung abzielte, gab es dennoch große Unterschiede in Hinblick auf das Ausmaß und die Auswirkungen: Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Möglichkeiten, deutsches Eigentum zu enteignen, durch den Versailler Vertrag eingeschränkt; nach dem Zweiten Weltkrieg spielten dagegen durch Völkerrecht gesetzte Grenzen keine Rolle mehr und Enteignungen konnten so zur Erreichung unterschiedlicher Ziele eingesetzt werden.

Auf die Referate folgten Kommentare und eine lebhafte Podiumsdiskussion. Man stellte fest, dass eine erste Parallele zwischen den beiden Regionen das Aufbrechen nationaler „master narratives“ betrifft: Die Entwicklung in Mitteleuropa nach 1989 ist vergleichbar mit dem Verlust der Monopolstellung, die die zionistische Ideologie in Palästina/Israel innegehabt hatte.

Eine heftige Diskussion entwickelte sich um den liberalen Eigentumsbegriff, den es aufgrund seines normativen Charakters bei der Anwendung auf konkrete Beispiele zu relativieren gilt.

Auch die Frage nach dem Ursprung und der Verbreitung von Recht wurde in der Diskussion wieder aufgegriffen: Rechtliche Normen entstehen auf internationaler, nationaler und regionaler bzw. lokaler Ebene, manchmal auch zur nachträglichen Legitimierung einer bereits durchgeführten Enteignung. Im Kontext der Schaffung von Nationalstaaten stellt sich auch die Frage nach rechtlicher Kontinuität oder auch bewusster Revision von bzw. Kompensation für frühere Rechtsnormen. Neben der Diffusion von Recht innerhalb eines Staates sollte das Forschungsprojekt darüber hinaus der Frage nach Diffusion über Grenzen hinweg, z.B. von Mitteleuropa nach Palästina/Israel, nachgehen.

Diese und viele andere während der Diskussion thematisierte Fragen und Probleme weisen auf den großen Forschungsbedarf hin, der zu diesem Thema besteht. Daher darf man auf die nächste GIF-Konferenz gespannt sein, die Ende 2008 in Israel stattfinden wird.

**Dr. Iris Engemann / Dr. Anna Moskal, Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Polen- und Ukrainestudien Univ. Frankfurt/Oder,
iris.engemann@web.de, anna.moskal@gmx.de**

Osmanische Stadtforschung am Zentrum Moderner Orient, Berlin (Projektbericht)

Migrationsforschung befindet sich in den letzten Jahren deutlich im Aufschwung, doch viele Untersuchungen betrachten massenhafte Mobilität als ein neueres Phänomen. Jedoch waren auch das Wachstum, der Wandel und die zunehmende Bedeutung der Städte im 19. und frühen 20. Jahrhundert in bedeutendem Maße auf die zunehmende globale Verknüpfung und den Zuzug zurückzuführen. Dies gilt nicht nur für die industriellen Zentren Westeuropas, sondern auch gerade für die europäischen Randgebiete und die angrenzenden Regionen.

Die Arbeitsgruppe „Migration und städtische Institutionen in der späto-osmanischen Reformperiode“ am Zentrum Moderner Orient (ZMO), Berlin, geht der Frage nach, wie die Städte des Osmanischen Reichs auf die Wanderbewegungen reagierten. Sie bündelt verschiedene Ansätze der stadthistorischen Forschung zum osmanischen Raum. Im Zentrum stehen dabei die Veränderungen, denen Städte im Osmanischen Reich während der Umbruchperiode des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ausgesetzt waren und die zur Entstehung neuer Formen von Urbanität führten. Einerseits waren es städtische Institutionen, die den Rahmen für diese neuen Formen von Urbanität definierten. Andererseits wurden sie von sozialen Prozessen beschleunigt und von Migranten teilweise aktiv gestaltet. Wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse zwischen städtischen Institutionen und Migration eröffnen neue Erkenntnisse über Modernisierungsprozesse in Städten des osmanischen und postosmanischen Raums. Die Arbeitsgruppe wurde Anfang 2006 im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprogramms ‚Translokalität‘ des ZMO konstituiert. Die vier Mitglieder der Arbeitsgruppe, Prof. Ulrike Freitag, Dr. Nora Lafi, Dr. Florian Riedler und Dr. Malte Fuhrmann konzentrieren sich hierbei auf so unterschiedliche Städte wie Thessaloniki, Istanbul, Izmir, Alexandria Kairo, Djidda, Tripolis und Tunis, um herauszuarbeiten, welche Veränderungen regionale Besonderheiten in den jeweiligen Reichsteilen (Balkan, Anatolien, Arabien, Nordafrika) darstellen und welche das ganze Reich betrafen. Besondere Untersuchungsgebiete sind der Zugang von Migranten zu städtischen Machtinstanzen, ihre Bedeutung für Neuerungen in der Stadtplanung, ihr

Verhältnis zu den Zünften, für das Zusammenleben von Gruppen unterschiedlicher Herkunft im städtischen Raum und ihre Rolle in interreligiösen und internationalen Konflikten.

Im Mai 2007 veranstaltete die Arbeitsgruppe eine internationale Tagung am ZMO mit 16 TeilnehmerInnen aus sechs Ländern, auf der versucht wurde, gemeinsame Grundzüge für das Verhältnis von Migration und Stadt im Bereich zwischen dem Moldaufürstentum im Norden und Syrien im Süden herauszuarbeiten. Dabei wurde festgestellt, dass mit der Ausnahme der Einwanderung von Muslimen der osmanische Zentralstaat und auch die regionalen Machtinstanzen eine im europäischen Vergleich restriktive Handhabung von Ein-, Aus- und Binnenwanderung vorgaben. Diese Vorgabe konnte jedoch nicht verhindern, dass es zu umfassenden unregulierten oder unregelmäßigen Wanderungsbewegungen kam, die aufgrund ihres semi- oder illegalen Charakters quellenmäßig und statistisch nur schwer zu erfassen sind. Die Auswirkungen dieser Migration beschäftigten die städtischen Instanzen. Gleichzeitig bildete sich in der städtischen Öffentlichkeit ein negativer Topos über Zuwanderer heraus. Auch wenn die Zuwanderer über lange Perioden oft innovative und/oder notwendige Segmente der städtischen Ökonomie abdeckten, den urbanen Raum mitgestalteten und in ihrer Rolle geduldet wurden, konnte der negative Topos über Zuwanderer, oft durch interreligiöse oder internationale Spannungen verstärkt, in Krisenzeiten die Basis für gewalttätige Übergriffe bis hin zu pogromartigen Auseinandersetzungen bilden.

Des Weiteren veranstaltete die Arbeitsgruppe ein Panel bei der Jahrestagung der *Middle Eastern Studies Association* in Montreal im November 2007.

Das Tätigkeitsfeld der Arbeitsgruppe wird ergänzt durch das von Nora Lafi und Ulrike Freitag geleitete Forschungsfeld „Städtevergleich: Kosmopolitismus im Mittelmeerraum und den angrenzenden Regionen“. Es handelt sich hierbei um einen Teilbereich des gemeinsamen Forschungsprogramms „Europa im Nahen Osten – Der Nahe Osten in Europa“ (EUME) der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der Fritz Thyssen Stiftung und des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Im Rahmen des 2006 etablierten Forschungsfeldes „Städtevergleich“ werden jährlich mehrere postdoc-Stipendien vergeben für WissenschaftlerInnen, die zu osmanischen oder postosmanischen Städten und Fragen des urbanen Zusammenlebens forschen und am ZMO angesiedelt werden. 2007/8 sind dies Gergana Georgieva (zu Sofia), Marc Aymes (zu Larnaka auf Zypern) und Mohammad Sabri Al-Dali (zu ägyptischen Städten). Zusammen mit dem Forschungsfeld „Städtevergleich“ organisiert die Arbeitsgruppe das „Ottoman Urban Studies Seminar“, auf dem vierzehntägig Themen der osmanischen Stadtgeschichte diskutiert werden. Während 2006/7 der Schwerpunkt des Seminars auf Institutionen- und Sozialgeschichte

lag, werden im laufenden akademischen Jahr Kosmopolitismus als historisches Phänomen und als Forschungsbegriff thematisiert. Hierzu werden zu Gastvorträgen WissenschaftlerInnen aus Europa, dem Mittelmeerraum und Nordamerika eingeladen. Das Seminar hat sich als Berliner Anlaufpunkt für HistorikerInnen mit Interesse an osmanischen urbanen Themen etabliert. Die Vorträge des ersten Jahres des Seminars werden voraussichtlich 2008 in einem Themenband erscheinen. Auch eine Publikation der Tagung der Arbeitsgruppe vom Mai 2007 befindet sich in Vorbereitung.

2008 wird die Arbeitsgruppe „Migration und städtische Institutionen in der spätoomanischen Reformperiode“ in das am ZMO neu gegründete, durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Forschungsfeld „Mikrokosmen und Praktiken des Lokalen“ integriert, in dem sie ihre bisherige Fragestellungen in einen thematisch, zeitlich und geographisch deutlich weiter gefassten Rahmen einbringen und erweitern kann. Gleichzeitig wird das Forschungsfeld „Städtevergleich“ jedoch auch weiterhin einen institutionellen Rahmen für regelmäßigen Austausch zu urbanen Fragen im nahöstlichen und europäischen Kontext bieten.

Dr. Malte Fuhrmann / Dr. Florian Riedler, Wiss. Mitarbeiter am Zentrum Moderner Orient, maltefuh@gmx.net, florianriedler@gmx.net

M I T T E I L U N G E N

Termine

1. Halbjahr 2008

24. – 25. Januar *10. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR*
IRS, Erkner/Berlin
<http://www.gsu.uni-saarland.de/aktuell.htm#Tagungen>
7. – 9. Februar *Fremde in der Stadt. Ordnungen, Repräsentationen und Praktiken (13.-15. Jahrhundert)*
Universität Trier
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine>
3. – 5. März *Das Europa der Städte*
38. Frühjahrskolloquium des Kuratoriums für vergleichende Städtegeschichte, Münster, Deutschland
<http://www.uni-muenster.de/Staedtegeschichte/Veranstaltungen/Tagungen.shtml>
27. – 28. März *Urban Boundaries and Margins*
Urban History Group Conference
Nottingham, Großbritannien
<http://www.le.ac.uk/urbanhist/news/conferences.html>
27. – 29. März *Measuring and representing the modern and contemporary city*
CROMA International Conference
Rom, Italien
<http://www.le.ac.uk/urbanhist/news/conferences.html>
29. Mai – 1. Juni *Die alte Stadt - Bedeutung für Stadtmarketing und Tourismus*
Internationale Städtetagung
Klausen, Italien
<http://www.alte-stadt.de/intert.html>

20. – 22. Juni *UTOPOLIS. Wunschfabrik Stadt*
Technische Universität Chemnitz
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine>

25. Juni *Global Cities and The Sea: Highway of Change*
Seventeenth Annual WHA Conference
London, Großbritannien
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/>

2. Halbjahr 2008

3. – 6. Juli *The Place of the City in Environmental History*
5th International Roundtable on Urban Environmental
History
<http://www.irs-net.de/index.php>

10. – 13. Juli *Public Versus Private Planning: Themes, Trends and*
Tensions
13th Biennial Conference of the International Planning
History Society
Chicago, USA
<http://www.planninghistory.org/>

27. - 30. August *Comparative History of European Cities*
IXth International Conference on Urban History
Lyon, Frankreich
<http://eauh.ish-lyon.cnrs.fr/>

September *Die deutsche Stadt im 12. Jahrhundert*
(noch ohne Termin)
Institut für Geschichtswissenschaft ,
Abteilung für rheinische Landesgeschichte, Bonn
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine>

11. - 13. Sept. *Common ground, converging gazes: Integration the social and environmental in History*
International Conference organised by the Centre de Recherches Historiques École des Hautes Études en Sciences Sociales Paris
Paris, Frankreich
<http://eseh.org/social>
- 19 - 20. Sept. *Cities in Print: Historiography and representation in urban history*
University of Liverpool, UK
<http://www.le.ac.uk/urbanhist/news/conferences.html#jun08>
19. - 20. Sept. *Bourgeois Seas: Revisiting the Middle Classes of Eastern Mediterranean Port Cities*
European University Institute, Florence, Italy
<http://www.le.ac.uk/urbanhist/news/conferences.html#2008>
30. Sep. - 3. Okt. *Deutscher Historikertag*
(dabei auch MV der GSU)
Dresden, Deutschland
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/>
16. - 17. Okt. *The City and the Elderly. Urban living spaces of the elderly population, between social needs and the built environment from the Middle Ages to the Contemporary World*
Institute for the Contemporary Urban Project,
Università della Svizzera Italiana, Mendrisio, Schweiz
<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine>